

Antrag

Initiator*innen:

Titel: Zukunft wählen – Einleitung zum Wahlprogramm

Antragstext

Zukunft wählen – Einleitung zum Wahlprogramm

Wir haben viel erreicht und noch viel vor.

Wir machen Politik für alle Menschen in Münster. Dabei haben wir die ganze Stadt im Blick: Münster mit allen Stadtteilen, Vierteln und Nachbarschaften.

Ob Wirtschaft und Arbeit, Bildung und Gesundheit oder Wohnen und Stadtentwicklung – wir setzen auf Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Teilhabe in allen Lebensbereichen.

Denn unser Handeln hat Auswirkungen – heute und für kommende Generationen, in Münster und weltweit.

Was erwartet die Leser*innen?

Unser „Wahlprogramm 2025 | 2030“ beginnt mit zentralen Perspektiven, die unser politisches Handeln leiten. Wer mehr über unsere Grundhaltungen erfahren möchte, findet sie im ersten Kapitel "Was uns bewegt". Dort werden die fünf Querschnittsthemen Klima- und Naturschutz, Demokratie, Gerechtigkeit, Migration sowie Stadtteilorientierung vorgestellt.

Kern unseres Wahlprogramms sind vier umfassende Kapitel, die alle wesentlichen politischen Handlungsfelder abdecken. Hier stellen wir unsere politischen Ziele

18 und Maßnahmen vor – konkrete Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit:

- 19 • Nachhaltiges Münster: klimagerecht , grün, mobil
- 20 • Lebendiges Münster: bildungsstark, gesund, generationengerecht
- 21 • Gerechtes Münster: inklusiv, vielfältig, bezahlbar
- 22 • Starkes Münster: wirtschaftlich, demokratisch, sicher

23 Wer wissen möchte, wie wir in Münster die Kitakrise bewältigen, die Wärmewende
24 voranbringen, attraktive Alternativen zum Auto schaffen und unsere Demokratie
25 stärken, findet hier Antworten. Wir setzen auf pragmatische, nachhaltige
26 Konzepte, die das Leben für alle einfacher und lebenswerter machen. Gemeinsam
27 mit Bürger*innen gestalten wir eine Stadt, die sozial, klimafreundlich und
28 zukunftsfähig ist.

29 Wir wünschen allen Münsteraner*innen eine spannende Lektüre!

30 BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN Münster

31 Münster, den 17. Mai 2025

Antrag

Initiator*innen:

Titel: Was uns bewegt

Antragstext

Was uns bewegt

Fünf Querschnittsthemen durchziehen das grüne „Wahlprogramm 2025 | 2030“. Sie spiegeln unsere Grundhaltungen wider und leiten unser politisches Handeln.

1. Klima- und Naturschutz – weil jede Entscheidung zählt!

Der Schutz des Klimas und der Artenvielfalt ist die dringlichste Aufgabe für die Zukunft unserer Gesellschaft und unseres Planeten – und die Zeit drängt. Deshalb setzen wir uns mit ganzer Kraft dafür ein, dass Münster so schnell wie möglich klimaneutral wird. Denn jedes eingesparte Zehntelprozent an CO₂-Emissionen zählt. Gleichzeitig holen wir mehr Grün in die Stadt, denn jedes Stückchen zusätzliche Natur bedeutet einen Gewinn sowohl für die Vielfalt der Tier- und Pflanzenarten als auch für das Wohlbefinden der Menschen.

Klima- und Umweltschutz erfordern mutiges und vernetztes Handeln. Deshalb denken wir groß und setzen verstärkt auf bereichsübergreifende, wirkungsorientierte Strategien. Angesichts des Klimanotstands müssen alle politischen Entscheidungen auf ihre Umweltverträglichkeit geprüft werden. Welche Folgen hat der Wohnungsbau für das Klima? Wie gestalten wir eine ökologische Stadtplanung, die soziale Vielfalt und nachhaltige Nutzungsmischungen fördert? Welche Auswirkungen haben kulturelle, sportliche und soziale Maßnahmen auf den ökologischen Fußabdruck unserer Stadt?

Eine erfolgreiche Politik für Klima und Artenvielfalt gelingt nur, wenn

möglichst viele Menschen in der Stadtgesellschaft einbezogen werden. Echter Wandel entsteht gemeinsam. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gehören untrennbar zusammen – sie bedingen einander. Denn es geht um mehr Lebensqualität und echte Chancengleichheit – klimafreundliche Standards dürfen dabei niemanden mit geringem Einkommen ausschließen.

Das Ziel der Klimaneutralität bis 2030 bleibt für uns richtungsweisend. Jetzt gilt es, eine sozial gerechte, wirkungsvolle Wende in Energie, Verkehr und Naturschutz entschlossen voranzutreiben.: Für eine zukunftsfähige Stadt, in der heutige und künftige Generationen gut leben können.

2. Demokratie verteidigen – Vielfalt stärken!

Münster ist eine vergleichsweise junge Stadt, und sie war noch nie so vielfältig und international wie heute. Dieses plurale Miteinander verteidigen wir entschlossen gegen alle, die es bedrohen. Denn Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit: Sie steht unter Druck, von innen wie von außen. Münster ist bekannt für relativ niedrige Wahlergebnisse der AfD, doch auch hier gewinnt diese rechtsextreme Partei an Boden. Wir stellen uns ihr mit voller Kraft entgegen.

Wir machen unsere Demokratie widerstandsfähiger: mit klarer Haltung gegen Rassismus und Demokratiefeindlichkeit und einer Politik, die allen eine Stimme gibt. Pluralität bedeutet Anerkennung und Respekt unterschiedlicher Lebensentwürfe, Schutz von Minderheitenrechten und echte Teilhabe für alle. Diese Werte prägen uns GRÜNE.

Eine lebendige Demokratie braucht soziale Bewegungen, kulturellen Austausch und persönliche Begegnungen. Mit einer starken Zivilgesellschaft im Rücken schaffen wir noch mehr Orte, die Demokratie erlebbar machen: Offene, nicht-kommerzielle Räume und grüne Plätze, die einladen statt ausschließen – überall in der Stadt.

Eine Stadtdemokratie lebt davon, dass möglichst viele Menschen aktiv mitgestalten. Besonders im Blick haben wir dabei Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene – jene, die von Politik und Gesellschaft allzu oft übersehen werden und bei wichtigen politischen Entscheidungen nicht mitreden können oder dürfen. Was ältere Generationen als „Krise“ empfinden, ist für sie bereits Normalzustand – eine Realität, die sie nicht anders kennen. Umso wichtiger ist es, ihnen die nötigen Werkzeuge an die Hand zu geben, damit sie sich unter schwierigen, herausfordernden Rahmenbedingungen selbstbewusst für die plurale Demokratie einsetzen können.

Wir treten entschieden gegen populistische Narrative an. Niemand darf gegen andere ausgespielt werden. Denn Münster ist eine Stadt der Vielfalt, in der alle Menschen mit gleicher Würde und denselben demokratischen Rechten leben – hier gibt es keine Menschen zweiter Klasse.

3. Gerechtigkeit, Gleichstellung, Inklusion – eine Stadt für Alle!

Münster soll für alle Bewohner*innen lebenswert sein. Strukturelle Diskriminierung muss abgebaut, Barrieren müssen beseitigt werden. Alle Menschen sollen selbstbestimmt leben und gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Eine solidarische und inklusive Stadt entsteht nur, wenn niemand ausgeschlossen wird und alle gleichberechtigt mit ihren Möglichkeiten mitgestalten können.

Wir engagieren uns für soziale und generationenübergreifende Gerechtigkeit: Alle Münsteraner *innen sollen die gleichen Chancen haben – in der Bildung, auf dem Arbeitsmarkt, beim Wohnen oder in der Gesundheitsversorgung. Besonders wichtig sind uns Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und zur Unterstützung benachteiligter Gruppen. Auch eine nachhaltige Haushaltsführung, die die Interessen künftiger Generationen berücksichtigt, liegt uns am Herzen.

Die Geschichte des Kampfs für Gleichstellung ist lang – auch in Münster. Doch heute beobachten wir einen besorgniserregenden Backlash von rechts: Antifeministische Hetze, rückwärtsgewandte Frauen- und Familienbilder, Sexismus sowie offene Feindlichkeit gegenüber queeren und trans Menschen gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir werden mit Nachdruck die historischen Errungenschaften der sozialen Kämpfe von Frauen und LSBTIQ*- Menschen verteidigen und weiterentwickeln.

Münster ist bereits auf einem guten Weg zur inklusiven Stadt. Der Stadtrat hat beschlossen, Inklusion und Barrierefreiheit als grundlegende Prinzipien in allen städtischen Prozessen zu verankern. Jetzt liegt es an uns, dieses Versprechen gemeinsam mit allen Akteur*innen in die Praxis umzusetzen. Wenn wir öffentliche Räume, Mobilität und Kommunikation barrierefrei gestalten, profitieren alle Münsteraner*innen.

4. Migration – Münsters Zukunft!

Münster ist eine Stadt der Vielfalt – auch geprägt von Menschen mit migrantischer, jüdischer und PoC-Biografie. Bereits heute hat etwa ein Viertel der Münsteraner Bevölkerung eine eigene oder familiäre Migrationsgeschichte,

unter den Kindern sind es sogar 40 Prozent. Durch internationale Einwanderung wird sich die Stadt weiter verändern. Wir GRÜNE setzen uns für eine stabile, gut funktionierende Einwanderungsstadt ein, die gemeinsam von allen Münsteraner*innen – mit und ohne Migrationserfahrung – gestaltet wird.

Migration ist eine Erfolgsgeschichte für Münster. Wir machen deutlich, dass alle Münsteraner*innen davon profitieren – im Gegensatz zu den emotional aufgeladenen Erzählungen, die von populistischen und rechtsextremen Kräften geschürt werden. Das bedeutet nicht, dass es keine Konflikte gibt. Unterschiede in Religion, Sprache, politischen Erfahrungen und kultureller Prägung können zu Spannungen führen – das ist normal. Doch grüne Kommunalpolitik schafft die Rahmenbedingungen, um diese Auseinandersetzungen konstruktiv und erfolgreich zu gestalten.

Wir leben in einer Stadt, die sich stetig wandelt. Münsteraner*innen – egal, ob alteingesessen oder zugezogen – müssen sich immer wieder aufs Neue in das sich verändernde Stadtbild, in neue Nachbarschaften und eine zunehmend mehrsprachige Kommunikation einfügen. Münster soll ein Ort sein, an dem alle gern leben – unabhängig von der Herkunft ihrer Eltern, der eigenen oder familiären Einwanderungsgeschichte, ihrer Sprache oder Religion. Das gelingt nur, wenn sich möglichst viele Münsteraner*innen aktiv an diesem Aushandlungsprozess beteiligen. Denn die Teilhabe aller sozialen Gruppen ist ein grundlegender Baustein unserer Demokratie. Und Migrant*innen sind ein selbstverständlicher Teil dieses demokratischen Wir.

5. Starke Stadtteile – ganz Münster im Blick!

Wir stehen für eine quartiersorientierte Politik, die Begegnung, Teilhabe und soziale Gerechtigkeit stärkt. Jeder Stadtteil soll gut mit Nahversorgung, Bildung, Kultur und Grünflächen ausgestattet sein – und all das leicht erreichbar. Wir fördern lebendige Nachbarschaften, in denen sich alle Menschen wohlfühlen, unabhängig von Alter, Herkunft oder Einkommen.

Durch eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung und starke lokale Netzwerke machen wir Münster noch lebenswerter – für alle, die hier zu Hause sind. Wir GRÜNE setzen auf starke Stadtteile und werden die bereits vorhandenen Quartierskonzepte weiterentwickeln. Wir sorgen für eine verlässliche Versorgung und Pflege im Stadtteil und schaffen leicht zugängliche Quartiersstützpunkte. Wichtig ist uns dabei, bestehende Strukturen zu stärken und die wertvolle Stadtteilarbeit zu fördern.

Wir wissen: Nicht alle Stadtteile haben die gleichen Chancen. Einige sind

127 stärker von sozialer Ungleichheit, unzureichender Infrastruktur und schlechter
128 Anbindung betroffen. Deshalb engagieren wir uns für eine Stadtentwicklung, die
129 gezielt benachteiligte Quartiere stärkt. Nach dem Prinzip „Ungleiches ungleich
130 behandeln“ investieren wir besonders in jene Stadtteile, in denen viele
131 einkommensschwache und erwerbslose Menschen leben.

132 Benachteiligte Stadtteile? Für uns sind das auch Orte voller Möglichkeiten! Wir
133 setzen auf ihre Stärken – gerade in Vierteln, die von Vielfalt und Migration
134 geprägt sind. Denn die Menschen, die hier leben und Münster zu ihrer Heimat
135 machen, sind der Schlüssel für eine lebendige, zukunftsfähige Stadt.

Antrag

Initiator*innen:

Titel: Klimaschutz und Energiewende

Antragstext

1 Klimaschutz und Energiewende

2 Wer GRÜN wählt, stimmt für ...

- 3 • den größtmöglichen Beitrag zum globalen Klimaschutz.
- 4 • eine resiliente Stadt: selbstversorgend mit erneuerbaren Energien.
- 5 • bezahlbare, nachhaltige und sichere Wärmeversorgung.
- 6 • mehr Energieeffizienz, durch innovative Angebote und verlässliche Beratung.
- 7 • ein gutes Klima in unserer Stadt, mit Schutz vor den Auswirkungen von
- 8 Starkregen oder Hitzesommern.

9 Die Bekämpfung der Klimakrise ist eine der größten Aufgaben unserer Zeit. Auch
10 auf kommunaler Ebene tragen wir Verantwortung für den Klimaschutz und für
11 kommende Generationen. Wir werden deshalb unseren Teil zur Einhaltung des
12 Pariser Klimaschutzabkommens beitragen. Denn die Auswirkungen der Klimakrise
13 sind längst auch bei uns in Münster spürbar.

14 Für uns gilt: Klimaschutz ist nicht verhandelbar. Der Schutz unserer natürlichen
15 Lebensgrundlagen steht im Zentrum unserer politischen Entscheidungen. Indem wir
16 die CO₂-Emissionen deutlich reduzieren und alle Maßnahmen sozial gerecht
17 begleiten, machen wir Münster zur Klimastadt: klimagerecht, zukunftssicher und
18 lebenswert für alle.

19 Erfolge der letzten Ratsperiode

- Wir haben den Ausbau von Wind- und Solarenergie in Münster konsequent vorangetrieben. Heute zählt Münster im bundesweiten Vergleich zu den Vorreitern im Bereich Solarenergie. Davon profitieren wir gleich mehrfach: durch eine verlässliche Energieversorgung, die einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz leistet und uns finanzielle Erträge bringt.
- Auch im Gebäudebereich setzen wir auf Klimaschutz und Energieeffizienz. Mit einem gezielten Förderprogramm unterstützen wir die energetische Sanierung von Wohngebäuden. Gleichzeitig investieren wir in die Modernisierung des städtischen Gebäudebestands, um auch hier den Energieverbrauch zu senken und als Stadt Vorbild zu sein (Verweis Kapitel Bauen).
- Die Stadtwerke Münster sind heute ein Grünstrom-Versorger und bieten im Privatkundenbereich ausschließlich attraktive Ökostrom-Tarife an. Mit der Projektierung von Windkraftanlagen und Speichern konnten neue Geschäftsfelder in der Energiewirtschaft erschlossen werden. Mit einem Transformationsplan für die Fernwärme haben wir den Grundstein für die Wärmewende gelegt und wichtige Projekte, zum Beispiel für die Geothermie, angeschoben.

Münster übernimmt Verantwortung fürs Klima

Wir GRÜNE stehen zum Ziel der Klimaneutralität bis 2030, das wir vor fünf Jahren im Rat durchgesetzt haben. Damit ist der politische Anspruch verbunden, dass wir in der Klimastadt Münster die grüne Transformation, die Energie- und die Verkehrswende deutlich schneller vorantreiben, als es andere Städte und die Bundesrepublik Deutschland insgesamt tun.

Gleichzeitig ist uns bewusst, dass dieses Ziel uns und unsere Stadt, gemeinsam mit den Bürger*innen und den Unternehmen, vor große Herausforderungen stellt. Nicht alles, was für eine schnellstmögliche Reduzierung der Treibhausgasemissionen wichtig ist, können wir allein umsetzen. Gleichwohl haben wir als Stadt einen großen Teil der erforderlichen Maßnahmen, zum Beispiel in der Verkehrspolitik, der Stadtentwicklung oder über die Angebote unserer Stadtwerke, selbst in der Hand.

Wir richten daher unsere Politik in Münster darauf aus, das Ziel der Klimaneutralität so schnell wie möglich zu erreichen. Dabei konzentrieren wir uns auf das, was wir als Stadt sowie mit unseren städtischen Unternehmen selbst beeinflussen können. Denn die kommenden Jahre bis 2030 sind die entscheidenden, um die erforderlichen Weichenstellungen auf internationaler, nationaler und

nicht zuletzt auf kommunaler Ebene für den Klimaschutz zu stellen.

Wer Ziele erreichen will, muss einen Überblick über den Stand der Zielerreichung haben und wissen, wo nachgesteuert werden muss. Den auf unsere Initiative eingeführten Klimahaushalt entwickeln wir konsequent weiter, damit wir in Zukunft noch besser wissen, wo wir mit der Umsetzung unserer Klimaschutzmaßnahmen stehen und in welchen Sektoren wir schneller werden müssen. Als Stadt fangen wir damit bei uns selbst an und setzen die Maßnahmen zur klimaneutralen Stadtverwaltung weiter um.

Erneuerbare Energien – Grundpfeiler für Klimaschutz und Resilienz

Raus aus Öl und Gas, hin zu den Erneuerbaren: Die Energiewende ist der zentrale Eckpfeiler für den Klimaschutz. Ihre politische Bedeutung geht aber noch weit über den Klimaschutz hinaus: Erneuerbare Energien machen unsere Stadt resilient und unabhängig von Energieimporten, fördern die Wirtschaft vor Ort und sind zugleich ein wichtiger Beitrag zu globaler Gerechtigkeit.

Der Weg zu einer sauberen und bezahlbaren Energieversorgung für Münster ist komplex und erfordert viele Weichenstellungen. Ein möglichst hoher Anteil an Wind- und Solarenergie bei der Stromerzeugung ist dafür zentral und muss im Ausgleich mit dem Natur- und Artenschutz erfolgen.

Die Stadtwerke Münster nehmen bei der Energiewende in Münster eine Schlüsselstellung ein. Gemeinsam mit Geschäftsführung und Betriebsrat werden wir auch künftig die Aktivitäten der Stadtwerke beim Ausbau erneuerbarer Energien stark ausweiten, sowohl in Münster als auch im Münsterland. Damit schützen wir das Klima und sichern zugleich wertvolle finanzielle Erträge für kommunale Aufgaben. Auch in ihrer Rolle als Versorgerin sollen die Stadtwerke vorbildlich sein. An der Umstellung aller Verträge auf Ökostrom halten wir fest und werden zudem bis 2030 alle Privathaushalte in Münster mit selbsterzeugtem Ökostrom versorgen. Zugleich werden wir durch weitere Wind- und Solarprojekte die Grundlagen legen, um bis spätestens 2035 auch für Münsters Industrie und Gewerbe ausreichend sauberen Strom für eine verlässliche Energieversorgung selbst zu erzeugen.

Sauberer Strom aus Wind und Sonne

Schon heute ist Münster, nicht zuletzt dank unserer Politik der letzten Jahre, bei der Erzeugung sauberen Stroms aus Wind und Sonne weit vorangeschritten.

Bei der Solarenergie nimmt Münster regelmäßig einen Spitzenplatz unter den deutschen Großstädten ein. Durch gezielte Anreize, Beratung und Förderung sowie die Aufhebung baurechtlicher Beschränkungen, zum Beispiel in der Altstadt, konnten wir den Ausbau von Solaranlagen auf Dächern deutlich steigern. Trotzdem sind immer noch mehr als 90 Prozent der für Solarenergie geeigneten Dachflächen ungenutzt. Um dieses Potenzial zu nutzen, werden wir die Angebote der Stadtwerke für Solarverpachtung und Mieter*innen-Strom stärken und die städtische Solarberatung, auch für Balkonkraftwerke, ausweiten. Auch beim Zubau auf städtischen Gebäuden verfolgen wir einen klaren Plan: Bis 2030 statuen wir alle dafür geeigneten städtischen Gebäude mit einer Solaranlage aus.

Neben den Dächern können auch Freiflächen-Solaranlagen einen wichtigen Beitrag zur Energiewende leisten. Baurecht für neue Projekte wollen wir bevorzugt entlang großer Infrastrukturtrassen (Autobahnen, Bundesstraßen, Schienenwege) sowie im direkten Umfeld von Windenergieanlagen schaffen, wobei wir auch ökologische Kriterien berücksichtigen werden. (Verweis Kapitel Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft).

Für die Windenergie bietet Münsters großer Außenbereich viele Chancen, auf einem großen Teil der geeigneten Flächen werden heute schon Windkraftanlagen betrieben. Verbleibende Potenziale wollen wir nutzen, dabei nehmen wir Rücksicht auf die gesetzlichen Abstände zur Wohnbebauung sowie auf unsere wertvollen Vogelschutzgebiete. Wo Interesse am Bau einer Anlage besteht, werden wir, wo immer möglich, durch Ergänzung mit Freiflächen-Solaranlagen kleine Energieparks entstehen lassen. An Standorten, wo sich heute noch alte Windkraftanlagen drehen (z.B. in Sprakel, Häger), werden wir eine Modernisierung („Repowering“) ermöglichen. Dabei setzen wir auf Bürger*innenenergie und werden, bevor Baurecht geschaffen wird, immer eine Beteiligungsoption für die Menschen vor Ort vorsehen.

Speicher, Netze, Wasserstoff: wichtige Bausteine der Energiewende

Münsters zukünftige Energieversorgung steht auf vielen Füßen. Für eine sichere und klimaneutrale Energieversorgung braucht es große Investitionen in die Infrastruktur wie Stromnetze, Umspannwerke oder Speicher. Die dafür erforderlichen Flächen werden wir bereitstellen und eine Priorität auf die Genehmigung der Bau- und Planvorhaben legen. Großspeicher und andere Zukunftstechnologien sind für uns auch ein zukünftiges Geschäftsfeld der Stadtwerke, von dem Münster auch finanziell profitieren kann.

Grüner Wasserstoff wird ein wichtiger Bestandteil der zukünftigen Rohstoff- und Energieversorgung, vor allem für die Industrie. Wir werden den Industriestandort Münster klimaneutral machen und damit Wertschöpfung und Arbeitsplätze für die

Zukunft sichern. Dafür stellen wir bis Ende des Jahrzehnts einen Anschluss Münsters an das nationale Wasserstoffkernnetz her, das zwischen Ruhrgebiet und Norddeutschland verlaufen soll.

Zugleich sind wir realistisch, was die Grenzen von Wasserstoff betrifft: Für den Einsatz in der Gebäudeheizung und als Treibstoff für Autos gibt es schon heute effizientere klimaneutrale Lösungen wie die Elektromobilität oder Wärmepumpen. Daher setzen wir in diesen Bereichen in erster Linie auf diese Technologien.

Wärmeversorgung für Münster: klimaneutral, verlässlich, bezahlbar

Eine warme Wohnung ist ein Grundbedürfnis und darf für niemanden ein Luxus sein. Lange war das eine Selbstverständlichkeit, die angesichts steigender Preise für Öl und Gas aber immer mehr in Frage steht. Deshalb steht für uns die Wärmewende ganz oben auf unserer politischen Agenda: für den Klimaschutz, für Verlässlichkeit und für Bezahlbarkeit. Dabei lassen wir niemanden im Stich.

Wärme braucht Planung. Dafür werden wir die kommunale Wärmeplanung im ersten Halbjahr 2026 abschließen. Das ist wichtig, damit alle Münsteraner*innen eine Orientierung bekommen, wie sie in Zukunft heizen und in welche Technik sie investieren können. Uns ist wichtig, dass die Wärmeplanung ambitioniert und realistisch ist und zugleich niemanden überfordert. Dafür werden wir Münsters Wärmeplan mit einer breiten Beteiligung und Energieberatung verbinden.

Fernwärme als Rückgrat der klimaneutralen Wärmeversorgung

Die Fernwärme spielt in Münster eine wichtige Rolle: Sie bietet Verlässlichkeit, stabile Preise und eine klare Perspektive für die Umstellung zur Klimaneutralität. Den Anteil der Fernwärme am Wärmemix werden wir deutlich steigern, vor allem in Münsters dicht bebautem Zentrum.

Dafür werden wir möglichst viele Quartiere der inneren Stadt erschließen, die heute noch nicht von der Fernwärme profitieren können. Durch konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien machen wir die Fernwärme, die heute fast vollständig aus Gas erzeugt wird, bis 2030 zu mindestens 35 Prozent, bis 2040 vollständig erneuerbar. Besondere Chancen bietet hierfür die tiefe Geothermie, bei deren Ausbau Münster Vorreiterin in NRW ist. Großwärmepumpen, Solarthermie und andere innovative Techniken sind wichtige Bestandteile des zukünftigen Energiemix.

Nahwärmenetze sorgen schon heute in Roxel, Albachten, Hiltrup und Amelsbüren für eine verlässliche Wärmeversorgung. Auch für diese Netze werden wir, analog zur

Fernwärme, einen Transformationspfad hin zur Klimaneutralität entwickeln und sie damit für die Zukunft sichern. Neue Baugebiete entwickeln wir konsequent ohne fossile Infrastruktur.

Heizungstausch mit Plan: Gemeinsamer Ausstieg aus Öl und Gas

Alle Haushalte, für die ein Anschluss an ein Wärmenetz nicht möglich ist oder die schon jetzt ihre Heizung gegen eine klimafreundliche Wärmepumpe austauschen wollen, werden wir beim Umstieg unterstützen.

Die Grundlage dafür schaffen wir mit dem kommunalen Wärmeplan. Damit stellen wir umfangreiche Informationen über die vor Ort nutzbaren Wärme- und Energiequellen bereit. Beim Einbau von Wärmepumpen unterstützen wir durch schnelle und unbürokratische Baugenehmigungen sowie eine umfassende Energieberatung in Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale und dem Handwerk. Das von uns geschaffene Programm „Klimafreundliche Wohngebäude“ bleibt auch zukünftig das zentrale Instrument, um die Münsteraner*innen (in Ergänzung zu den Bundesfördermitteln) beim Heizungstausch und den notwendigen Sanierungsmaßnahmen finanziell zu unterstützen.

Der Ausstieg aus Öl und Gas setzt einen ehrlichen Umgang mit unserer fossilen Infrastruktur voraus. Dazu zählt die Frage, wie lange wir unsere Gasnetze noch wirtschaftlich betreiben können. Denn wenn immer weniger Menschen das gleiche Netz nutzen, wird dieses für die Kund*innen immer teurer. Ein geplanter Ausstieg und eine etappenweise Stilllegung des Netzes, mit Rücksicht auf die Situation vor Ort, hat für uns deshalb gegenüber einem ungesteuerten Weiterbetrieb oder einer flächendeckenden Abschaltung klaren Vorrang. Bei der Planung einer solchen Stilllegung stehen für uns die Versorgungssicherheit und der individuelle Verbraucherschutz an erster Stelle.

Energie effizient nutzen – Klimaschutz für alle

Energie, die gar nicht erst verbraucht wird, ist die beste Klimaschutzmaßnahme. Deshalb setzen wir auf eine umfassende Einspar- und Effizienzstrategie.

Die Stadtwerke wollen wir noch stärker als Energiedienstleister aufstellen. Sie sollen nicht nur sauberen Strom liefern, sondern aktiv dabei unterstützen, ihn intelligent zu nutzen und einzusparen. Ein Schlüssel dazu sind dynamische Stromtarife, die Anreize bieten, Strom dann zu nutzen, wenn er besonders klimafreundlich erzeugt wird – etwa bei viel Sonne oder Wind. Voraussetzung dafür ist die zügige Einführung intelligenter Messsysteme, deren Einbau wir vereinfachen und mit verständlicher Beratung sowie attraktiven Tarifen

197 kombinieren wollen.

198 Auch die Energieberatung werden wir weiterentwickeln. Neben klassischen
199 Angeboten braucht es aufsuchende Formate, die auch Menschen ohne Fachwissen
200 erreichen. Besonders Mieter*innen sollen von innovativen Modellen wie
201 gemeinschaftlichem Mieterstrom oder Balkon-Kraftwerken profitieren können. Im
202 Gewerbe- und Unternehmensbereich gibt es ebenfalls große Effizienzpotenziale.
203 Programme wie „Münsters Allianz für Klimaschutz“ oder das Ökoprotit-Zertifikat
204 zeigen, dass Klimaschutz und Wirtschaftlichkeit kein Widerspruch sind. Wir
205 werden diese Angebote ausweiten, mehr Betriebe einbinden und auch die
206 Wirtschaftsförderung deutlich aktiver einbeziehen. So erleichtern wir
207 Investitionen in moderne, energiesparende Technik.

208 Energiesparen darf kein Privileg sein. Gerade Haushalte mit geringem Einkommen
209 müssen gezielt gefördert werden. Dafür unterstützen wir Informations-Initiativen
210 wie die Stromsparchecks der Caritas, der Verbraucherzentrale oder des
211 Umweltforums. Sie zeigen mit niedrigschwelliger Beratung und konkreten
212 Maßnahmen, wie sich sofort Energie und Kosten einsparen lassen.

213 Auch beim Thema Energie- und Ressourceneffizienz geht die Stadt Münster als
214 Vorbild voran. Die Sanierung des Gebäudebestands werden wir kontinuierlich
215 steigern, und den Neubau weiter an energetische Standards koppeln. (Verweis
216 Kapitel Bauen)

217 Extremwetter und Hitzesommer zeigen: Die Klimakrise ist in Münster spürbar. Mit
218 dem Schwammstadt-Prinzip, mehr Grünflächen und Entsiegelung schützen wir die
219 Stadt vor Starkregen und verbessern gleichzeitig das Mikroklima. Technische und
220 natürliche Maßnahmen wie Beschattung, Begrünung und der Ausbau der
221 Trinkwasserversorgung helfen in Hitzeperioden nicht nur vulnerablen Gruppen,
222 sondern allen Münsteraner*innen. (Verweis Kapitel Umwelt, Naturschutz und
223 Landwirtschaft)

Antrag

Initiator*innen:

Titel: Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft

Antragstext

Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft

Wer GRÜN wählt, stimmt für ...

- mehr Grün in der Stadt für Hitzeschutz und Artenvielfalt.
- den Schutz der Natur und mehr Raum für Tiere und Pflanzen.
- eine saubere Umwelt durch weniger Vermüllung.
- eine gesunde Zukunft mit mehr Ökolandbau und nachhaltiger Landwirtschaft.

Das globale Artensterben ist eine der größten Krisen unserer Zeit, doch ist das Problem längst nicht so präsent wie die Klimakrise. In den nächsten Jahrzehnten drohen Millionen von Arten auszusterben – mit nicht absehbaren Folgen für unsere Lebensgrundlagen. Auch auf kommunaler Ebene bestimmen wir entscheidend mit, wie wir unsere Flächen nutzen, ob, wo und wie gebaut wird, wie wir unsere eigenen Grün- und Ackerflächen bewirtschaften und wie wir unsere Stadt gestalten. Für uns Grüne steht fest: Wir werden Münster grüner, artenreicher, schöner, sauberer und resilienter gegen die Folgen der Klimakrise machen – mit mehr Grünflächen in allen Stadtteilen, mehr Raum für Tiere und Pflanzen, mehr Flächen für Versickerung und Regenwasserspeicherung, weniger Müll, mehr ökologischem Landbau und gesunden Lebensmitteln für alle.

Erfolge der letzten Ratsperiode

- Münster hat endlich eine Baumschutzsatzung! Damit schützen wir den wertvollen Baumbestand auf privaten Flächen und sorgen dafür, dass große,

alte Bäume nicht ohne Weiteres gefällt werden.

- Wir bewirtschaften unsere städtischen Flächen nachhaltig. Die naturnahe Grünflächenpflege haben wir in den letzten Jahren stetig ausgebaut, und auch auf städtischen Ackerflächen darf ab Herbst 2025 kein Glyphosat mehr ausgebracht werden.
- Auf städtischen und privaten Neubauten haben wir eine Pflicht zur Anlage von Gründächern eingeführt, und wo es geht, rüsten wir auch Bestandsgebäude mit Gründächern nach. Privatpersonen können sich die Anlage von Gründächern finanziell fördern lassen. So sorgen wir Schritt für Schritt für ein gutes Mikroklima.
- Der Durchgangsverkehr in den Rieselfeldern ist Geschichte! Wir haben umfangreiche Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in den Rieselfeldern durchgesetzt. So schützen wir das Europareservat Rieselfelder und die vielen Vogel- und anderen Tierarten in diesem besonderen Lebensraum.

Umwelt

Gesunde Städte brauchen eine gesunde Umwelt! Wir werden auch weiterhin Klima-, Umweltverträglichkeit und Artenschutz als Leitkriterien für alle städtischen Entscheidungen ansetzen. Damit schützen wir andere Lebewesen und zugleich auch uns selbst. Denn alle Stadtteile werden lebenswerter, wenn das menschliche Wohlbefinden durch eine gesunde Umwelt gestärkt wird.

Die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) (Verweis Kapitel Bildung) macht Wissen über zukunftsfähiges Denken und Handeln zugänglich. Bildungsangebote in außerschulischen Einrichtungen wie dem Emshof oder dem Haus der Nachhaltigkeit werden wir ausbauen. Analog zur Idee der Klimaschutz-Trainer*innen unterstützen wir die Ausbildung von Artenschutz-Coaches, die derzeit von der NABU Naturschutzstation für junge Menschen angeboten wird, und werden diese auf weitere Altersgruppen ausweiten. Naturschutzgebiete sollen durch die Einstellung von Ranger*innen besser geschützt werden, die vor Ort Aufklärungsarbeit leisten.

Als innerstädtisches Naherholungsziel und wichtige Frischluftschneise werden wir den Aasee weiter ökologisch optimieren und das Handlungskonzept Aasee konsequent umsetzen, um einen Sauerstoffkollaps wie 2018 zu verhindern. Dafür werden wir mehr Flachwasserzonen schaffen und mehr Röhricht und Unterwasservegetation einbringen, die die Wasserqualität verbessern und den Schadstoffeintrag verringern. Fließgewässer werden wir renaturieren und, wo baulich möglich, Überschwemmungsbereiche schaffen. So machen wir unsere Stadt nicht nur schöner

und lebenswerter, sondern puffern auch Starkregenereignisse ab. Zur Sicherung der vorgeschriebenen Wasserqualität werden wir auch die Uferrandstreifen von Aa, Ems und Werse überprüfen und vor schädlichen Einträgen schützen.

Müll in unserem Stadtbild ist ein wachsendes Problem. Vor allem Einweg-Verpackungen werden oft achtlos weggeworfen. Das sieht nicht nur unschön aus und verschmutzt die Umwelt, sondern verbraucht auch enorme Ressourcen. Das Bundesverwaltungsgericht hat nun die Rechtmäßigkeit von kommunalen Verpackungssteuern bestätigt. Wir werden daher eine solche Steuer und ein einheitliches Mehrwegpfandsystem für den Außer-Haus-Verzehr in Münster einführen, um die Stadtsauberkeit zu verbessern. Wir unterstützen die Vision „Abfallfreies Münster 2030“ und werden gemeinsam mit unseren städtischen Abfallwirtschaftsbetrieben die kommunale Kreislaufwirtschaft voranbringen und so eine Kultur des Reparierens und Tauschens fördern.

Nach dem Verschärfen der Grenzwerte für Luftreinhaltung auf EU-Ebene werden diese auch in Münster wieder regelmäßig überschritten. Wir werden die Luftqualität in Münster verbessern, indem wir Tempo 30-Zonen ausweiten und bei schlechter Luftqualität Empfehlungen und Einschränkungen zur Verbesserung ausgeben.

Wir wollen einen klaren Sternenhimmel über Münster! Dafür werden wir die Lichtverschmutzung in Münster besser dokumentieren und als Problem für die Artenvielfalt angehen. Wo Beleuchtung notwendig ist, sorgen wir dafür, dass das Licht auf die Straße scheint, statt es in den Himmel zu schicken. Dazu werden wir auch adaptive Beleuchtung oder angepasste Lichtfarben einsetzen.

Kunstrasenflächen können ein großes ökologisches und gesundheitliches Risiko darstellen, wenn Mikroplastikpartikel und PFAS (Per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen) durch Abrieb und Witterung in die Umwelt gelangen. Daher setzen wir uns dafür ein, weitere Kunstrasenplätze nur zu bauen, wenn es keine organisatorischen und umweltverträglichen Alternativen gibt, um ganzjährig Trainingsmöglichkeiten zu bieten.

Natur- und Artenschutz

Unsere städtischen Grünflächen müssen lebendiger und naturnäher werden! Die Stadt hat hier eine wichtige Vorbildfunktion und kann ganz konkret zu Artenvielfalt und Klimaschutz beitragen. So sollen Wiesen und Grünstreifen weniger häufig gemäht und der Grünschnitt besser auf den Rhythmus der Natur abgestimmt werden, damit Wildblumen blühen und Insekten, Vögel oder Kleinsäuger genug Rückzugsräume finden. Bunte und artenreiche Wiesen mit heimischen

Wildblumen machen die Stadt schöner und bieten vielen Tieren Nahrung. Auch bei Bäumen und Sträuchern gilt: Weniger Eingriffe, mehr Natur! Wo möglich, bleibt Laub liegen, Totholz erhalten und wird um Nisthilfen ergänzt.

Wir werden eine umfassende Strategie für mehr Artenvielfalt in Münster entwickeln. Dabei geht es nicht nur um Schutz, sondern auch um aktive Wiederherstellung der Natur, wie es das EU-Gesetz zur Renaturierung (Nature Restoration Law) vorsieht. Wir werden gezielt Flächen in Münster identifizieren, die sich für Renaturierung eignen. Gleichzeitig wollen wir den Biotopverbund in und um Münster stärken, das heißt, Lebensräume besser miteinander zu verbinden. Renaturierung ist auch aktiver Klimaschutz: Moore, Feuchtwiesen und naturnahe Wälder speichern CO₂, kühlen die Stadt und machen sie widerstandsfähiger gegen die Folgen der Klimakrise.

Die bestehende Baumschutzsatzung werden wir konsequent anwenden und weiterentwickeln. Wir lehnen Baumfällungen für (vorübergehende) Straßenbaumaßnahmen ab. Wir streben an, dass für jeden gefälltten Baum zwei neue gepflanzt werden. Damit unsere Stadt grüner wird, werden wir Hausbesitzer*innen kostenlos heimische Bäume bereitstellen.

Auch die Stadt- und Bauleitplanung werden wir unter ökologischen Gesichtspunkten weiter entwickeln. Baulandvergaben werden wir an ökologische Kriterien knüpfen, etwa an Fassadenbegrünung, ökologische Freiflächenplanung und nachhaltige Konzepte für Gewerbegebiete. Frischluftschneisen und Biotopverbunde werden wir von jeglicher Bebauung freihalten und die Grünordnung als Instrument zum Schutz der Grünzüge, Frischluftschneisen und Erholungsräume stärken.

Zum Schutz bedrohter Arten der Roten Liste – zu denen der Kiebitz gehört – fordern wir die konsequente Anwendung des Bundesnaturschutzgesetzes. Ist ein Neubau notwendig, müssen geeignete Ausgleichsflächen rechtzeitig und in ausreichender Größe bereitgestellt werden. Diese Flächen müssen naturschutzfachlich sinnvoll gestaltet und idealerweise in zusammenhängenden Flächenpools (Hotspots) gebündelt sein. Nur wenn die betroffenen Arten sich nachweislich auf der Ausgleichsfläche angesiedelt haben, darf mit dem Bau begonnen werden.

Bürger*innen binden wir aktiv in den Artenschutz und den Erhalt der Artenvielfalt ein und bauen Beratungsstellen wie das Haus der Nachhaltigkeit und Beratungsangebote der Naturschutzverbände aus. Dort können Privatpersonen gezielte Informations- und Unterstützungsangebote zur ökologischen Gestaltung von privaten und öffentlichen Räumen einholen. Den Runden Tisch zur Biodiversität erweitern wir um Kirchen und Naturschutzverbände. Gemeinsam mit allen Akteur*innen werden wir so Naturschutzstrategien entwickeln, die für alle

funktionieren.

Zu einer nachhaltigen Stadtgestaltung gehört die Schaffung grüner Naturinseln in jedem Stadtteil. Besonders in stark versiegelten Gebieten sowie in (Außen-)Stadtteilen, in denen Menschen mit geringem Einkommen leben, werden wir verstärkt Begrünungsmaßnahmen durchführen. So verbessern wir Mikroklima und Artenvielfalt und schaffen gleichzeitig Orte der Erholung und Begegnung. Öffentliche Grünanlagen und Parks gestalten wir inklusiv, damit möglichst viele Menschen sich gerne in ihnen aufhalten.

Klima-Anpassung: Vorausschauend handeln

Die Klimakrise ist auch in Münster heute schon spürbar: Extremwetter wie Starkregenereignisse und Überschwemmungen werden häufiger und stärker. Auch die zunehmenden Hitzesommer zeigen deutlich, wie wichtig Klimaanpassung ist. Wir wollen unsere Stadt aktiv auf die veränderten Bedingungen vorbereiten. (Verweis: siehe auch Kapitel Sicherheit)

Bei allen Neu- und Umplanungen in der Stadt steht für uns eine klimaangepasste Gestaltung an vorderster Stelle. Denn spätestens der „Jahrhundertregen“ 2014 mit zwei Toten und beispiellosen Schäden hat deutlich gezeigt, wie anfällig unsere Stadt gegenüber Starkregen und Hochwasser ist. Um Münster langfristig vor solchen Ereignissen zu schützen, werden wir mehr öffentliches Grün schaffen und das Prinzip der „Schwammstadt“ verfolgen: Die Böden in der Stadt sollen Wasser möglichst lange speichern und gezielt versickern lassen. Dafür wollen wir versiegelte Flächen entsiegeln oder mit wasserdurchlässigen Belägen umgestalten.

Schotter- und Asphaltflächen verwandeln wir so zurück in grüne Oasen. Dabei unterstützen wir auch private Entsiegelungen und die Umgestaltung von Schottergärten. Schulhöfe werden wir naturnäher gestalten, um Schüler*innen Erholung und Schatten zu bieten.

Die Neuversiegelung werden wir auf das nötige Minimum beschränken und streben perspektivisch eine Netto-Null-Versiegelung an, das heißt, wo immer neu versiegelt wird, muss an anderer Stelle Fläche entsiegelt werden. Dazu entwickeln wir eine Entsiegelungsstrategie, die aufzeigt, wo in Münster Entsiegelung sinnvoll ist. So gehen Klimaanpassung, Artenschutz und eine lebenswerte Stadt Hand in Hand.

Hitzeperioden treffen nicht nur, aber besonders vulnerable Gruppen wie ältere Menschen oder Kinder. Deshalb wollen wir Münster besser vor sommerlicher Überhitzung schützen. Wir setzen auf eine Kombination aus technischen und

natürlichen Lösungen. Die öffentliche Trinkwasserversorgung werden wir ausbauen, Beschattung und Begrünung vorantreiben. Den Hitzeaktionsplan und die Maßnahmen aus dem Klimaanpassungskonzept setzen wir konsequent um und hinterlegen die darin vorgeschlagenen Maßnahmen mit finanziellen Mitteln.

Landwirtschaft und Ernährung

Die Art und Weise, wie wir Landwirtschaft betreiben und uns ernähren, beeinflusst nicht nur das Klima und die globale Artenvielfalt, sondern ist wesentlich für unsere Gesundheit. Regional und in gemeinsamer Selbstversorgung angebautes Obst und Gemüse schafft gesellschaftliche Teilhabe und Begegnung.

Die Vergabe landwirtschaftlich genutzter Flächen der Stadt werden wir nach sozial-ökologischen, bewertbaren Kriterien ausrichten. Verlängerte Pachtzeiträume geben Planungssicherheit und ermöglichen Landwirt*innen, in langfristige Bodenschutztechniken zu investieren.

Wir werden den Anteil ökologisch bewirtschafteter städtischer Flächen schrittweise auf mindestens 30 Prozent erhöhen. Dabei setzen wir auf Humusaufbau, Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität und einen reduzierten Einsatz von Pflanzenschutzmitteln.

Bei der Nutzung von Freiflächen für Photovoltaik (PV) folgen wir einer klaren Priorisierung: Versiegelte Flächen werden wir vorrangig mit PV ausstatten, um Flächenverbrauch zu minimieren. Biotopverbundkorridore halten wir konsequent von PV-Projekten frei, um ökologische Vernetzungsräume für bedrohte Arten zu schützen. Die Errichtung von Freiflächen-PV planen wir primär entlang von Infrastrukturtrassen, werden sie an ökologische Kriterien knüpfen und bei der Vergabe von Flächen hochwertige Ackerböden sowie naturschutzfachlich wertvolle Flächen aussparen. Um Synergien zwischen Energieerzeugung, Landwirtschaft und Naturschutz zu erzielen, werden wir Agri-PV und Biodiversitäts-PV fördern, die durch breite Modulabstände, Aufständigung und Anreicherung mit Blühstreifen, Teichen oder Totholz vielfältige Lebensräume bieten und bei extensiver Pflege effektiv Biodiversitätsziele unterstützen.

Die Nahrungsmittelerzeugung werden wir wieder näher an die Menschen und in unsere Region holen. Dazu schaffen wir Rahmenbedingungen für solidarische Landwirtschafts-Modelle durch Bereitstellung städtischer Flächen und Vernetzung mit regionalen Produzent*innen. Bildungsprogramme und Direktvermarktungsstrukturen bauen wir aus, um die Wertschöpfungskette lokal zu halten.

200 Gesunde Ernährung ist die Grundlage für ein gesundes Aufwachsen und
201 erfolgreiches Lernen – besonders für Kinder und Jugendliche. Wir setzen uns
202 dafür ein, dass alle jungen Menschen in unseren Kitas und Schulen Zugang zu
203 frischen und gesunden Mahlzeiten erhalten. Dafür werden wir das
204 Schulobstprogramm des Landes stärker nutzen und Schulmensen so gestalten, dass
205 sie auch zu Lernorten werden. Durch Kooperationen mit lokalen Höfen und
206 Landwirt*innen werden wir den Dialog zwischen Stadt und Land fördern.

207 Den Bio-Anteil und den Anteil an vegetarischen und veganen Gerichten in
208 städtischen Kantinen und in der Gemeinschaftsverpflegung in Schulen und Kitas
209 werden wir weiter erhöhen, unterstützt durch Kooperationen mit der Öko-
210 Modellregion Münsterland.

211 Unter dem Motto „Essbare Stadt“ legen wir frei zugängliche Obstwiesen,
212 Kräuterbeete oder Gemüseinseln an. Wir unterstützen das Kleingartenwesen sowie
213 die Einrichtung von Gemeinschaftsäckern oder öffentlichen Gemüsebeeten, sodass
214 Bürger*innen sich selbst mit lokalen Produkten versorgen können. Hierbei
215 fokussieren wir uns auf benachteiligte Quartiere, verwandeln Flächen in „essbare
216 Orte“ und schaffen so auch Gemeinschaft und soziale Teilhabe.

217 Wir setzen uns aktiv gegen Lebensmittelverschwendung ein. Mit
218 Aufklärungskampagnen und Praxisberatung werden wir die Verschwendung von
219 Lebensmitteln eindämmen. Gemeinsam mit Mensen und Gastronomiebetrieben
220 entwickeln wir Strategien, um Überschüsse zu vermeiden und Reste sinnvoll zu
221 nutzen. So fördern wir den ressourcenschonenden Umgang mit Lebensmitteln und
222 stärken das Bewusstsein für die Wertschätzung von Nahrung.

Antrag

Initiator*innen:

Titel: Mobilitätswende

Antragstext

1 Mobilitätswende

2 Wer GRÜN wählt, stimmt für ...

- 3 • eine konsequente Verkehrswende in Münster und eine Umverteilung des
- 4 Straßenraums zugunsten von Fuß-, Rad- und Busverkehr
- 5 • Stärkung des Busverkehrs mit guter Taktung, schnellen Verbindungen, guter
- 6 Anbindung der Stadtteile und bezahlbaren Tickets
- 7 • Verbesserung der Infrastruktur für den Radverkehr und den Ausbau von
- 8 Fahrradstraßen und Velorouten
- 9 • mehr Platz für den Fußverkehr in der Altstadt und auf barrierefreien Gehwegen
- 10 • Ordnung beim Parken, Bewirtschaftung des Parkraums und weitere Bewohner*innen-
- 11 Parkzonen in der Innenstadt

12 Wir GRÜNE stehen für eine konsequente Verkehrswende in Münster. Denn ohne eine
13 Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs und die Stärkung von Bus und
14 Bahn sowie Rad- und Fußverkehr werden wir die klimapolitischen Ziele unserer
15 Stadt nicht erreichen.

16 Wir stehen für eine Verkehrswende, die Klimaschutz, Gesundheitsschutz und
17 Sicherheit zusammen denkt. Dazu gehört eine gerechte Verteilung des
18 Verkehrsraums, und das heißt: Die umweltfreundlichen Verkehrsmittel Fuß, Rad,
19 Bus und Bahn müssen konsequent Vorrang haben.

20 Dieses Ziel entspricht dem mehrheitlichen Wunsch der Menschen in Münster: In der

repräsentativen Bürger*innenbefragung 2023 sagten 60,7 Prozent der Befragten, dass sie sich eine Neuaufteilung des Straßenraums zugunsten des Fuß- und Radverkehrs wünschen.

Im Straßenverkehr müssen sich Menschen mit Behinderung oder Kinder auf dem Fahrrad, auf Gehwegen und an Kreuzungen ebenso sicher fühlen wie ältere Menschen, die per Rad oder zu Fuß unterwegs sind.

Damit das gelingt, brauchen wir eine Verwaltung, die den Mut hat, Beteiligungs- und Planungsprozesse zu straffen, Experimente zu wagen und auch mit provisorischen Lösungen zu zeigen, wie sich Straßenräume für Menschen statt für Autos verändern und lebenswerter gestalten lassen.

Gerade für die Stärkung des regionalen Bus- und Bahnverkehrs werden wir spürbare Verbesserungen nicht allein erreichen können. Wir werden die Verkehrswende nur in Zusammenarbeit mit den Münsterlandkreisen, dem Land und dem Bund zum Erfolg führen.

Erfolge der letzten Ratsperiode

- Wir haben die Verkehrswende in Angriff genommen und an vielen Stellen für eine Umverteilung des Straßenraums zugunsten von Radfahrenden und Fußgänger*innen gesorgt, zum Beispiel mit dem autofreien Domplatz, den Fahrradstraßen Bohlweg und Schillerstraße oder der Busspur am Bahnhof und temporärer Busbevorrechtigung wie an der Friedrich-Ebert-Straße.
- Für gute Radverbindungen ins Umland haben wir den weiteren Ausbau der Velorouten vorangebracht. Wir zeigen mit Projekten wie der Kanalpromenade, dass gute Infrastruktur Radverkehr anzieht. Wir haben ein Fahrradnetz 2.0 beschlossen, das in den nächsten Jahren eine wichtige Richtschnur für Radinfrastrukturausbau und -sanierung sein wird.
- Mit dem MünsterAbo haben wir für preiswertes Busfahren gesorgt. Wir haben eine Mio. Euro für die Verbesserung des Busverkehrs in den Haushalt eingestellt – für mehr Busspuren, mehr Busbevorrechtigung und Ampelschaltungen, die dem Bus Vorrang geben.
- Wir haben nach vielen Jahren der Blockade endlich den Durchgangsverkehr durch das Vogelschutzreservat Rieselfelder gestoppt und stärken damit den Arten- und Naturschutz. (Verweis Umwelt)
- Wir haben den Umstieg auf E-Mobilität erleichtert. Im gesamten Stadtgebiet wird die E-Ladeinfrastruktur flächendeckend ausgebaut. Die Busflotte der

Stadtwerke ist bereits zu 60 Prozent elektrifiziert.

- Zum Pkw-Parken haben wir eine breite öffentliche Debatte gestartet. Wir haben für das Problem des ordnungswidrigen Gehwegparkens sensibilisiert und in der Melchersstraße gezeigt, wie Fair Parken funktioniert. Wir haben mit dem integrierten Parkraumkonzept die Grundlage dafür geschaffen, dass es in der Altstadt zukünftig keine oberirdischen Parkplätze mehr geben muss. Wir haben für Bewohner*innenparkzonen das Mischprinzip und damit eine flächendeckende Bewirtschaftung beschlossen und die entsprechenden Gebühren angepasst.

Zur Wahrheit gehört auch: Wir hatten uns deutlich mehr vorgenommen. Wir sind an vielen Stellen auf Hindernisse durch die CDU-geführte Verwaltung gestoßen. Das werden wir unter grüner Führung in der nächsten Wahlperiode besser machen.

Räume für Menschen – Verkehrsraum umgestalten

Allen Menschen muss es möglich sein, sicher und gleichberechtigt am Verkehr teilzunehmen. Dafür muss der Verkehrsraum entsprechend fair verteilt sein. Die autogerechte Stadt erfüllt diesen Anspruch nicht und steht ihm oft entgegen, auch in Münster. Denn in ihr hat der motorisierte Individualverkehr (MIV) überproportional viel Platz, während Menschen und umweltfreundliche Verkehre behindert und buchstäblich an den Rand gedrängt werden.

Für uns ist die Umverteilung des Verkehrsraums kein Selbstzweck, sondern ein Mittel, um unsere übergeordneten Ziele zu erreichen:

Vision Zero – keine Verkehrstoten und weniger Unfälle: Auch in Münster verunglücken zu viele Menschen im Straßenverkehr, immer wieder auch tödlich. Temporeduzierungen und eine faire Umverteilung des Verkehrsraums leisten durch mehr Platz und gute Infrastruktur einen Beitrag, das Ziel von null Verkehrstoten – die so genannte „Vision Zero“ – zu erreichen.

Raum zum Verweilen: Der alljährliche Parking Day zeigt, wie viel Raum durch den MIV in unserer Stadt zum Leben und Verweilen verloren geht. Eine konsequente und systematische Umverteilung von Verkehrsflächen zugunsten von Fuß-, Rad- und Busverkehr sowie von Grün- und Aufenthaltsflächen schafft ein besseres Mikroklima und Räume für Begegnung, Erholung, Spiel, Sport und Gastronomie.

Raum und Sicherheit für alle: Rollatoren, Kinderwagen und Rollstühle brauchen mehr Platz. Entspannt nebeneinander zu gehen muss überall möglich sein, und Familien mit Kindern brauchen Platz, um sich frei und sicher im Verkehrsraum zu

bewegen. Enge Rad- und Fußwege, zu wenig Platz beim Ein- und Aussteigen aus dem Bus und die unsichere Querung zu großer und unübersichtlicher Straßen werden wir für diese und alle Menschen umgestalten.

So schaffen wir Raum für Menschen und umweltfreundlichen Verkehr

Wir arbeiten weiter für eine autofreie Altstadt, das heißt eine Altstadt ohne Durchgangs- und Parksuchverkehr und ohne Parkplätze am Fahrbahnrand – selbstverständlich mit Zufahrt für Menschen mit Behinderung, Handwerker*innen- und Lieferverkehre, Rettungs- und Pflegedienste.

Den Bült werden wir für den Pkw-Durchgangsverkehr sperren, um die Aufenthaltsqualität im Kern unserer Altstadt zu verbessern und an der zentralen Altstadt-Haltestelle für die Busgäste sichere und komfortable Ein-, Aus- und Umstiege zu ermöglichen. Dadurch wird außerdem der Busverkehr auf der Achse beschleunigt.

Wir werden die Umgestaltung der Wolbecker Straße fortführen und die Neugestaltung der Hammer Straße forcieren, damit in diesen Straßen Bus-, Rad- und Fußverkehr endlich sicher und zügig unterwegs sein können.

Den Durchgangsverkehr auf der Achse Weseler Straße werden wir ab Koldering über den Schlossplatz bis zum Neutor reduzieren und Umweltpuren für Bus und Rad einrichten. Den Ausbau des Kolderings lehnen wir ab und plädieren weiterhin für eine Überplanung im bestehenden Straßenquerschnitt ohne zusätzliche Versiegelung und Baumfällungen.

Wir werden die Ideen der FH Münster zur Umgestaltung der Corrensstraße und der angrenzenden Knotenpunkte aufgreifen und Flächen entsiegeln. Auch die Planungen für die Ortsmitte Gievenbeck werden wir umsetzen und für eine Verkehrsberuhigung sorgen.

Wir setzen uns weiterhin für die Verkehrsberuhigung der Ortszentren in Handorf und Wolbeck ein, für eine fußverkehrsfreundliche Gestaltung und eine Verlagerung der Durchgangsverkehre auf die vorhandenen Umgehungsstraßen. Den Ausbau der Eschstraße lehnen wir ab.

Auf der Bahnhofstraße werden wir die Durchgangsverkehre reduzieren und in die Planung eines neuen Busbahnhofs einsteigen.

Mit uns GRÜNEN wird es keine neuen Straßenbauten (außer in neuen Bau- und

Gewerbegebieten) geben. Wir lehnen den vierstreifigen Ausbau der B51 ab und positionieren uns klar gegen die Aufweitung von Kreuzungen für die Beschleunigung des MIV.

Mehr Platz für Carsharing

Carsharing ist für viele eine attraktive Alternative zum eigenen Fahrzeug. Durchschnittlich ersetzt ein Carsharing-Auto 15 bis 20 private Pkw und ermöglicht zugleich individuelle und flexible Mobilität. Wir werden weitere Parkflächen, verstärkt auch in den Stadtteilen und in Wohngebieten, für Carsharing umwidmen – bevorzugt für elektrifizierte Flotten.

Parksuchverkehr steuern – Bewohner*innenparken ausbauen

Wir werden intelligente Parksysteme einführen, um den Parksuchverkehr insbesondere in der Altstadt zu reduzieren und den Verkehr gezielt in die Parkhäuser zu leiten. Mit der zügigen Einführung von Parkzonen für Bewohner*innen sorgen wir dafür, dass innenstadtnahe Wohnquartiere weitergehend von auswärtigen Autos frei bleiben.

Lieferlogistik in der Altstadt

Um den motorisierten Verkehr in der Altstadt zu reduzieren, werden wir gemeinsam mit den Gewerbetreibenden Konzepte für eine nachhaltige Lieferlogistik entwickeln, die auf Lastenräder oder E-Fahrzeuge setzt, und dafür die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen.

Fußverkehr – barrierefrei und ohne Umwege

Gehen ist die Mobilitätsform, die fast allen Menschen möglich ist. Gehen ist kostengünstig, körperlich meist weniger fordernd als das Radfahren und klimaneutral. Beim Gehen kann man sich gut unterhalten und soziale Kontakte pflegen. Eine fußverkehrsfreundliche Stadt ist eine inklusive, eine barrierearme und eine generationengerechte Stadt.

Für barrierefreie Gehwege

Wir werden die Empfehlungen des Fußverkehrs-Checks aufgreifen und umsetzen. Das heißt, dass wir konsequent daran arbeiten werden, die Gehwege barrierefrei zu machen. Dafür werden wir durch Bordsteinabsenkungen niveaugleiche Querungen an den Kreuzungen schaffen und entschlossen gegen das Gehwegparken vorgehen. Auch

152 behinderd abgestellte Fahrräder, E-Scooter und Mülltonnen müssen entfernt
153 werden.

154 Wo viele Fahrräder die Gehwege blockieren, werden wir die Errichtung von
155 Fahrradbügeln am Fahrbahnrand verstärken. Wir werden weitere Parkzonen für E-
156 Scooter einrichten und dafür sorgen, dass diese nicht mehr auf Gehwegen
157 eingerichtet werden, sondern auf umgewidmeten Pkw-Parkplätzen.

158 Auch durch mehr Übergänge auf dem Kopfsteinpflaster in der Altstadt wollen wir
159 für mehr Barrierefreiheit sorgen. Wir werden uns um die Instandhaltung von
160 Fußwegen kümmern und diese gemeinsam mit den Radwegen bei der Beseitigung von
161 Schäden priorisieren.

162 **Zufußgehen optimieren**

163 Damit man ohne Umwege zu Fuß gehen kann, werden wir außerdem für eine bessere
164 Wegweisung sorgen. Zu Fuß hat man den einfachsten und schnellsten Zugang zu
165 anderen Verkehrsmitteln, insbesondere zu Bussen und Bahnen. Busfahrpläne müssen
166 jedoch einfacher verständlich und barrierefrei gestaltet werden. Wir werden
167 dafür sorgen, dass die Fahrgäste an möglichst jeder Haltestelle wettergeschützt
168 warten und sitzen können. Dies gilt insbesondere auch für temporäre
169 Haltestellen.

170 **Zu Fuß sicher im Verkehr**

171 Fußgänger*innen sind häufig die schwächsten Verkehrsteilnehmer*innen. Im
172 Straßenraum werden sie zu oft an den Rand gedrängt. Gerade für Kinder, ältere
173 Menschen und Menschen mit Behinderung sind schlechte Sichtbeziehungen an
174 Kreuzungen und Einmündungen, zu kurze Ampelphasen und zu wenige Zebrastreifen
175 echte Sicherheitsrisiken.

176 Wir werden die Perspektive der Fußgänger*innen in der Verkehrsplanung
177 priorisieren – durch längere Grünphasen, mehr Zebrastreifen und breitere Wege.

178 Wer zu Fuß geht, braucht unterwegs die Möglichkeit, sich zu setzen, etwas zu
179 trinken und eine Toilette aufzusuchen. Zu einer fußverkehrsfreundlichen Stadt
180 gehören daher beschattete Plätze mit Bänken, öffentliche Toiletten und
181 Trinkbrunnen.

182 **Radverkehr – nachhaltig und sicher in die Zukunft**

Fahrradfahren ist ein zentraler Baustein für klimafreundliche Mobilität, gesündere Menschen und lebenswertere Städte. Wir setzen uns für eine konsequente Förderung des Radverkehrs ein, um unsere Klimaziele zu erreichen und gleichzeitig die Lebensqualität aller Bürger*innen zu verbessern. Dabei steht für uns die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer*innen im Mittelpunkt.

Radinfrastruktur ausbauen und verbessern

Die bestehende Radinfrastruktur wird den wachsenden Anforderungen nicht mehr gerecht. Zu schmale Radwege, gefährliche Kreuzungen und komplizierte Wegeföhrungen im Radwegenetz behindern den Umstieg aufs Fahrrad. Wir werden das Radwegenetz 2.0 beschleunigt ausbauen und den Anschluss an die Umlandgemeinden stärker in den Fokus nehmen. Dazu werden wir die Velorouten schneller ausbauen und beschildern, um ihre Sichtbarkeit und Akzeptanz zu stärken.

Besonders wichtig ist uns die Qualität der Radwege. Wir setzen uns für ausreichend breite Radwege ein, die auch für Menschen mit Behinderung, ältere Menschen und Familien mit Kindern sicher nutzbar sind. Die Instandhaltung und der Ausbau von Radwegen müssen Vorrang vor anderen Verkehrswegen haben. Baumaßnahmen für den Radverkehr gehen nicht zu Lasten des Fußverkehrs oder von Grünflächen. Wir müssen die Mittel für Sanierung und Ausbau kommunaler Radwege deutlich erhöhen.

Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer*innen

Die Sicherheit im Straßenverkehr muss für alle gewährleistet sein. Wir werden Kreuzungen radverkehrsfreundlich umgestalten und für mehr Sichtbarkeit sorgen. Gefährliche Stellen, bei getrennter oder gemischter Verkehrsföhrung, werden wir mit modernen Maßnahmen sicherer machen und Konflikte zwischen Fuß-, Rad- und Autoverkehr verringern. Wir werden darauf achten, dass der Rad- und Fußverkehr nicht ausgebremst und der Kfz-Verkehr nicht schneller wird.

Für einen sicheren Radverkehr der unterschiedlichen Geschwindigkeiten werden wir die Radwegebenutzungspflicht weiter aufheben. So können E-Bikes, Lastenräder und alle, die schnell unterwegs sein wollen, auf der Fahrbahn fahren. Alle anderen sind dann sicherer und mit weniger Stress auf den Radwegen unterwegs.

Die Promenade werden wir als wichtige Verbindungsachse und für alle Nutzer*innen sicherer gestalten. Wir fordern eine konsequente Durchsetzung der StVO bezüglich des Parkens und Haltens auf Rad- und Gehwegen. An Ampeln werden wir Vorrangschaltungen für den Rad- und Fußverkehr einrichten, um umweltfreundliche Mobilität attraktiver zu machen.

218 **Vorrang für nachhaltige Mobilität**

219 Fahrradstraßen müssen ihrem Namen gerecht werden. Wir werden den Kfz-Verkehr
220 dort konsequent reduzieren und dem Radverkehr echten Vorrang einräumen,
221 insbesondere bei der Kreuzung anderer Straßen.

222 Unser Ziel ist eine echte Fahrradstadt, in der Fahrradfahrende und
223 Fußgänger*innen an deutlich mehr Stellen Vorrang vor dem Autoverkehr erhalten.
224 So schaffen wir mehr Klimaschutz, Gesundheit und Lebensqualität für alle.

225
226 Fahrradparken an Mobilstationen und am Hauptbahnhof wird weiter ausgebaut.
227 Sichere Parkplätze mit Lademöglichkeit machen das Fahrradparken auch für
228 hochwertigere Räder und E-Bikes attraktiv.

229 **Bequem und schneller unterwegs mit Bus und Bahn**

230 Ein leistungsfähiger, gut vernetzter öffentlicher Nahverkehr ist das Rückgrat
231 einer nachhaltigen Mobilität. Damit Menschen den Umstieg vom Pkw auf Bus und
232 Bahn schaffen, werden wir den Busverkehr verbessern, beschleunigen und ausweiten
233 und uns für einen attraktiveren Bus- und Bahnverkehr mit dem Umland einsetzen.
234 Wir werden die Bestandteile des Konzeptes S-Bahn Münsterland weiterentwickeln,
235 nächster Umsetzungsschritt ist die Reaktivierung der Westfälischen
236 Landeseisenbahn (WLE). Zugleich ist eine stärkere Fokussierung auf den Erhalt
237 und taktmäßigen Ausbau des regionalen Schnellbusnetzes erforderlich.

238 **Vorfahrt für den Bus**

239 Der Erfolg der durchgängigen Busspur vom Ludgerikreisel bis zum Landeshaus und
240 die guten Resultate der temporären Busspur an der Friedrich-Ebert-Straße machen
241 deutlich, dass mit einfachen Maßnahmen für den Busverkehr spürbare
242 Verbesserungen zu erzielen sind.

243 Wir werden den Bus auf der Weseler Straße durch eine verbesserte Ampelschaltung
244 bevorzugen. Auch auf der Steinfurter Straße, der Greverer Straße, dem
245 Albersloher Weg und Richtung Universitätsklinikum sorgen wir für schnelleres
246 Vorankommen der Busse, damit Menschen auf dem Weg zur Arbeit eine gute
247 Alternative zum Auto haben.

248 **Schneller und flexibel Bus fahren**

249 Um zügiger zu werden und mehr Fahrgäste aufnehmen zu können, haben wir ein
250 hierarchisches Busnetz beschlossen. Damit soll es schnelle Achsen zum
251 Hauptbahnhof geben und zugleich eine Feinerschließung der Quartiere. Schnelle

Metrobusse verkehren dann auf Hauptachsen mindestens im 5- bis 10-Minutentakt und bedienen den Hauptbahnhof sowie die großen Umsteigepunkte rund um die Altstadt wie Bült, Ludgeriplatz und Schlossplatz. Die Stadtbus-Linien verdichten das Netz der Hauptachsen und erschließen Wohngebiete in der Innenstadt und den Stadtteilen sowie die Altstadt. Dabei können auch kleine Busse zum Einsatz kommen. Ein verbessertes nachfrageorientiertes Nachtbus-Angebot ergänzt im Abend- und Nachtverkehr das Tagesnetz des öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Mit dem vierten Nahverkehrsplan, den wir beauftragt haben, wird dies stadtweit geplant. Wir haben dabei alle Stadtteile im Blick: Nicht alle Buslinien müssen über den Hauptbahnhof geführt werden. Wir setzen auf attraktive Umstiegsmöglichkeiten und werden insbesondere die Erreichbarkeit der Altstadt für die Busse sichern. Wichtig sind auch gute Verbindungen zwischen den Stadtteilen.

Münster braucht einen attraktiven Busbahnhof. Wir wollen die Angebote rund um den Hauptbahnhof bündeln und genügend Platz für die Busse und die Umstiege der unterschiedlichen Verkehrsträger schaffen. Auch den Platz, auf dem die Fernbusse abfahren, werden wir sicherer und attraktiver gestalten. Zugleich wollen wir gute Arbeitsbedingungen für unsere Busfahrer*innen – darunter viele mit internationaler Geschichte – schaffen und ein diskriminierungssensibles Arbeitsklima, das zur Verkehrswende beiträgt.

Hand in Hand mit dem Münsterland

Eine starke Verbindung zwischen Stadt und Region ist der Schlüssel zu einer nachhaltigen, stressfreien und zukunftsgerechten Mobilität. Täglich pendeln tausende Menschen zwischen dem Münsterland und Münster, sei es zur Arbeit, zur Ausbildung oder zu Freizeitangeboten. Wir wollen diesen Menschen klimafreundliche, komfortable und zukunftsweisende Alternativen zum Auto bieten.

Gemeinsam mit den Menschen und Unternehmen der Region gestalten wir eine zukunftsfähige Verkehrspolitik – für weniger Stau, mehr Lebensqualität und eine starke Verbindung zwischen Münster und dem Münsterland.

Schnell, bequem und zuverlässig ins Münsterland und zurück

Unser Ziel ist es, den ÖPNV in der Region massiv zu verbessern, damit Pendler*innen und Besucher*innen schnell und unkompliziert ans Ziel kommen: Wir setzen uns für eine schnelle und regelmäßige Anbindung Münsters an das Münsterland im 20-Minuten-Takt ein. Schnellbusse, die die Region mit Münster verbinden, sind ein kurzfristig umsetzbarer Schritt. Bestehende Linien müssen ausgeweitet und neue Verbindungen geschaffen werden, damit mehr Menschen ohne

288 Umwege und Wartezeiten in die Stadt gelangen.

289 Um das Klima zu schützen und Emissionen zu mindern sowie unsere Stadt lebenswert
290 zu halten, braucht es klare Prioritäten: Wer mit dem Auto kommt, soll bereits
291 weit vor der Stadt umsteigen und die Bahnhöfe und Schnellbus-Haltepunkte nutzen.

292 Wir werden die Velorouten fertigstellen. Denn sichere und gut ausgebaute
293 Radschnellwege verbinden Münster mit dem Umland und machen das Fahrrad zur
294 echten Alternative.

295 **S-Bahn Münsterland und WLE-Reaktivierung**

296 Die Realisierung der S-Bahn Münsterland ist für die Verkehrswende im Münsterland
297 langfristig unabdingbar. Wir werden die Planungen energisch vorantreiben und die
298 institutionellen Kontakte zum Land und Bund intensivieren, um Finanzierungs-,
299 Planungs- und Umsetzungskapazitäten zu erhöhen.

300 Erstes Ziel ist die Reaktivierung der WLE-Strecke zwischen Münster und
301 Sendenhorst. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Beteiligten (Stadt,
302 Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe, WLE, Bahn und andere) für eine zügige
303 Realisierung sorgen und wir 2027 die Strecke wieder für den Personenverkehr
304 nutzen können. Perspektivisch muss die Strecke bis Neubeckum fortgeführt werden.

305 Wir wollen Potenziale bereits existierender Verbindungen heben, so
306 beispielsweise auf der Strecke Münster – Telgte – Warendorf mit einer guten
307 Alternative zum überflüssigen Ausbau der B 51.

308 Mit der Region wollen wir die Reaktivierung von Bahnstrecken im Münsterland
309 erreichen, zum Beispiel Bocholt-Borken-Coesfeld, die von vielen Pendler*innen
310 genutzt werden wird.

311 **Intelligente Mobilität durch Vernetzung**

312 Der Umstieg auf den ÖPNV muss so einfach wie möglich sein. Wir setzen auf
313 intermodale Mobilität: Sichere Fahrradabstellanlagen, Car- und Bike-Sharing-
314 Angebote sowie bequeme Umstiege zwischen Bus, Bahn und Rad machen den Übergang
315 zum ÖPNV nahtlos. Mit dem Mobilstationenkonzept sind die Voraussetzungen
316 geschaffen. Jetzt gilt es, das Konzept schnellstmöglich umzusetzen. Gemeinsam
317 mit den Kommunen setzen wir uns im Rahmen des Projekts „Mobiles Münsterland“ für
318 ein regionales Verkehrskonzept ein, das Mobilität neu denkt und Menschen früher
319 auf den ÖPNV umleitet.

320 **Flughafen Münster-Osnabrück**

321 Für den Geschäftsreisenden-Flugverkehr ist der FMO heute weitgehend
322 bedeutungslos. Als Start- und Zielort für den touristischen Flugverkehr hat er
323 eine regionale Bedeutung, die wir akzeptieren. Dennoch gilt: Von allen
324 Verkehrsträgern ist der Flugverkehr der klimaschädlichste. Deshalb werden wir
325 für den FMO keine Subventionen und Kapitaleinlagen zur Verfügung stellen. Wir
326 begrüßen, dass der FMO auf den Flächen der nicht realisierten Verlängerung der
327 Start- und Landebahn einen Energiepark für erneuerbare Energien errichtet.

Antrag

Initiator*innen:

Titel: Stadtplanung und regionale Zusammenarbeit

Antragstext

1 Stadtplanung und regionale Zusammenarbeit

2 Wer GRÜN wählt, stimmt für ...

- 3 • klimagerechte Stadtentwicklung.
- 4 • urbane, lebendige Quartiere.
- 5 • nachhaltiges Stadtwachstum.
- 6 • Kooperation mit der Stadtregion.

7 In der Stadtplanung ist unser Hauptanliegen, für ein ökologisch, ökonomisch und
8 sozial nachhaltig florierendes Münster langfristig zu sorgen. Hier setzen wir
9 Maßstäbe und Grundlagen für grüne Quartiere der Zukunft sowie für eine echte
10 Klimastadt für alle Menschen, die sich in gesundem Tempo und in enger Verbindung
11 mit der Stadtregion weiterentwickeln kann.

12 Erfolge der letzten Ratsperiode

- 13 • Wir haben die klimagerechte Bauleitplanung auf den Weg gebracht. Damit
14 werden anhand eines Leitfadens die Belange von Klimaschutz und
15 Klimaanpassung in der Baulandentwicklung verbindlich verankert. Dazu
16 gehören Regenwassermanagement, Solarpflicht, Dachbegrünung,
17 Energiekonzept, umweltfreundliche Mobilität und vieles mehr.
- 18 • Wir haben Konzeptvergaben für städtebaulich besonders wichtige
19 Entwicklungen, zum Beispiel auf den ehemaligen Kasernengeländen York und

Oxford, zum Standard gemacht. Dadurch werden die soziale Durchmischung, klimafreundliche Baustandards und zukunftsweisende Mobilitätskonzepte zur Voraussetzung für die Grundstücksvergabe gemacht und genossenschaftliches und gemeinschaftsorientiertes Wohnen gefördert.

- Wir haben die Fortschreibung des Regionalplans kritisch-konstruktiv begleitet. Gegenüber der Bezirksregierung haben wir erreicht, dass nicht – wie vorher üblich – so viel potenzielles Bauland wie möglich ausgewiesen, sondern die Belange von Freiraum und Siedlungsbau sorgfältig miteinander abgewogen wurden. Die Wohn- und Gewerbebedarfe der nächsten Jahre werden somit mit weniger Flächenverbrauch und größerer Flächeneffizienz gedeckt.
- Wir unterstützen die Entwicklung der fünf urbanen Modellquartiere mit hohen sozial-ökologischen Standards. Hier sollen Quartiere mit Modellcharakter entstehen, die bei Nachhaltigkeit, Klimaschutz, Vielfalt und Mobilität neue Maßstäbe für Münster setzen.

Nachhaltiges Stadtwachstum

Münster wird auch in den kommenden Jahren weiter wachsen, voraussichtlich um 10.000 Menschen bis 2033. Wir stellen uns den Herausforderungen, die damit auf uns zukommen. Das Wachstum innerhalb unserer Stadt ist notwendigerweise begrenzt. Zugleich ist eine ungehemmte Suburbanisierung, also die Verlagerung des Wachstums in Münsters Nachbargemeinden, mit ihren höheren Flächenbedarfen und wachsenden Pendelverkehren für uns keine Alternative. Wir werden daher weiterhin die Weichen für ein nachhaltiges und gesteuertes Wachstum der Stadt Münster stellen.

Münsters Grünordnung ist ein starkes Instrument zum Schutz der Grünzüge, Frischluftschneisen und Erholungsräume. Die Grünordnung haben wir zuletzt mit dem integrierten Flächenkonzept gestärkt. Wir werden die Grünordnung weiterentwickeln und zu einem verbindlichen Instrument der Stadtentwicklung machen, das auch auf regionaler Ebene verankert ist. [Verweis Kapitel Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft]

Fläche ist ein kostbares Gut. Daher setzen wir weiterhin und verstärkt auf verträgliche Nachverdichtung und die Wiedernutzung von Brachflächen. Innenentwicklung hat für uns weiterhin Vorrang vor Außenentwicklung. In Gebieten mit geringer Nutzungsdichte fördern wir Aufstockungen und Anbauten sowie die Schließung von Baulücken, um zusätzlichen Wohnraum zu schaffen. [Verweis Kapitel Wohnen]

Wir stellen uns dem Zielkonflikt zwischen dem Schutz der Fläche vor Versiegelung auf der einen Seite und dem Bedarf an Fläche auf der anderen Seite. Wir schaffen einen Ausgleich und stellen für ein Miteinander verschiedenster Interessen und Bedürfnisse mit klugen Entwicklungskonzepten, Bebauungsplänen und städtebaulichen Verträgen die Weichen so, dass flächensparend genug Platz für alle wichtigen Bedürfnisse da ist: Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Landwirtschaft und Natur.

Wir setzen uns dafür ein, dass schon bei der Planung von neuen Quartieren eine komfortable Erschließung durch den öffentlichen Nahverkehr mitgedacht wird. Das beinhaltet zum Beispiel die Anbindung an bestehende Bahnhaltepunkte oder an schnelle Buslinien. [Verweis Kapitel Mobilitätswende]

Klimagerechte Stadtentwicklung

Wir setzen uns für eine klimagerechte Stadtentwicklung ein, die den Herausforderungen des Klimawandels aktiv begegnet und gleichzeitig die Lebensqualität aller Münsteraner*innen verbessert. Unser Ansatz integriert ökologische, soziale und wirtschaftliche Aspekte, um eine nachhaltige und resiliente Stadtentwicklung zu fördern.

Grünflächen, Parks und urbane Gärten sind essenziell für eine gesunde Stadt. Sie verbessern die Luftqualität, fördern die Biodiversität und helfen, städtische Hitzeinseln zu reduzieren. Wir setzen uns für die Schaffung und den Erhalt dieser wichtigen Lebens- und Erholungsräume ein. [Verweis Kapitel Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft]

Die bereits spürbaren Auswirkungen des Klimawandels erfordern sofortige Maßnahmen. Wir werden den Ausbau von Regenwassermanagement-Systemen nach dem Prinzip der „Schwammstadt“ vorantreiben und die Infrastruktur zur Bewältigung extremer Wetterereignisse verbessern. [Verweis Kapitel Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft]

Unsere Politik zielt darauf ab, Münster als eine Stadt zu gestalten, die ihre Wirtschaft im Einklang mit den natürlichen Lebensgrundlagen entwickelt und damit soziale Sicherheit über Generationen hinweg fördert. Das bedeutet zum Beispiel eine flächensparende und zukunftsfähige Gewerbeflächenentwicklung, in der Gebäude in die Höhe statt in die Fläche gehen und die Erneuerbare Energieversorgung schon vor Ort mitgedacht wird, sowie eine Förderung von klimafreundlichem Gewerbe. [Verweis Kapitel Wirtschaft]

Urbane, lebendige Quartiere

Wir haben eine klare Vorstellung davon, wie Quartiere der Zukunft aussehen sollen. Prägend ist das Leitbild gemischter und vielfältiger Nutzungen und Angebote, ein Miteinander von Wohnen und Arbeiten, die „Stadt der kurzen Wege“ statt monofunktionaler Wohnbebauung. [Verweis Kapitel Wohnen, Gleichstellung] Das Quartier als eine alles umfassende kleinste Einheit der Stadtgesellschaft in all ihren Facetten ist unser Ziel.

Urbane Quartiere bieten ihren Bewohner*innen die Möglichkeit, ihre Wege zu Einrichtungen des täglichen Bedarfs in kurzer Zeit zu Fuß oder mit dem Rad zu bewältigen. Autoarmes Wohnen reduziert die Belastung durch Pkw-Verkehr im Quartier und trägt wesentlich zu einer energie- und flächeneffizienten Stadt bei. [Verweis Kapitel Mobilitätswende]

Wohnen, Arbeiten, Lernen und Forschen unter einem Dach – dazu Einrichtungen der sozialen Infrastruktur, Kitas und Schulen, Einzelhandel und „aktive“ Erdgeschoss sowie attraktiv und inklusiv gestaltete Quartiersplätze als soziale Treffpunkte: Das sind die Qualitäten insbesondere der fünf urbanen Modellquartiere, die wir in den kommenden Jahren an der Steinfurter Straße, der Busso-Peus-Straße sowie der Kanalkante südöstlich des Hafens konstruktiv weiter begleiten werden.

Bei der Entwicklung neuer Quartiere sind uns partizipative Bürger*innenbeteiligungen wichtig, in denen alle Beteiligten adäquat mitgenommen und einbezogen werden. [Verweis Kapitel Demokratie]

Kooperation mit der Stadtregion

Münster ist keine Insel. Daher denken wir eine nachhaltige Stadtentwicklung nicht ohne die Region. Die Stadt profitiert vom Umland. Die Umlandgemeinden profitieren umgekehrt von Münster mit ihren vielfältigen Angeboten. Planungsentscheidungen in Münster haben Auswirkungen auf Verkehr, Bildung, Wirtschaft und Demografie in der ganzen Region. Mehr als bisher werden wir Konzepte und Projekte mit den Umlandgemeinden auf Augenhöhe gemeinsam umsetzen. Dabei müssen Erträge und Lasten fair geteilt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass nicht jede Kommune ihre eigene Wohnungspolitik verfolgt und ihr eigenes Gewerbegebiet entwickelt. In gemeinsamer und abgestimmter Planung können wir Synergien heben. Das gilt insbesondere auch bei der Entwicklung bezahlbarer und flächensparender Wohnflächen.

Antrag

Initiator*innen:

Titel: Bauen

Antragstext

Bauen

Wer GRÜN wählt, stimmt für ...

- klimaneutrales Bauen: energieeffizient, lebenswert und ökologisch nachhaltig.
- bestmögliche Lernbedingungen in Schulen und Kitas sowie eine moderne Arbeitsumgebung in den Stadthäusern.
- Sanieren statt Abreißen – klimagerecht, ressourcenschonend und zukunftsfähig.

Münster wächst, und mit der Stadt wächst auch die Verantwortung, nachhaltig zu bauen. Für uns Grüne liegt der Schlüssel dazu in ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Bauweise sowie im verantwortungsvollen Umgang mit dem Gebäudebestand. Wir setzen auf Sanierung und Umnutzung statt Abriss, auf flächensparende und ökologisch wertvolle Neubauten und die Wiederverwendung von Baumaterialien.

Erfolge der letzten Ratsperiode

- Wir sind mit unseren städtischen Gebäuden auf dem Weg in Richtung Klimaneutralität und haben in den letzten fünf Jahren viele Kitas, Schulen und Verwaltungsgebäude energetisch saniert. Dazu haben wir die finanziellen Mittel für die Sanierung stetig erhöht, zuletzt auf über 11 Millionen Euro pro Jahr.
- Zur Unterstützung des städtischen Immobilienmanagements haben wir mit der

Bauwerke GmbH eine agile Gesellschaft geschaffen, die den Schulbau zügig vorantreibt und dabei gleichzeitig ökologische und qualitative Standards sichert.

- Wir sind bei der Nutzung ökologischer Baustoffe vorangegangen und haben mehrfach Gebäude in Holzbauweise errichtet oder geplant, zum Beispiel die Mathilde-Anneke-Gesamtschule.

Bauen für die Zukunft: nachhaltig, klimaneutral und nutzer*innenorientiert

Münster wächst weiter – in den letzten zehn Jahren um rund 13.000 Menschen. Damit steigt auch der Bedarf an Schulen, Kitas und anderer städtischer Infrastruktur. Die von uns auf den Weg gebrachten Gebäudeleitlinien stellen sicher, dass öffentliche Gebäude hohen energetischen und ökologischen Standards entsprechen und zugleich eine hervorragende Arbeits- und Lernumgebung bieten.

Ein Beispiel ist das klimaneutrale Stadthaus 4, das derzeit am Hafen entsteht. In dem modernen Null-Emissions-Gebäude werden Verwaltungsdienstleistungen an einem zentralen Standort angeboten, Büroflächen gebündelt, Kosten gesenkt und attraktive Arbeitsplätze in einem modernen Arbeitsumfeld geschaffen. Ein weiteres Beispiel ist die Mathilde-Anneke-Gesamtschule im Herz-Jesu-Viertel: Der moderne Holzbau setzt neue Maßstäbe in Klimaschutz und Energieeffizienz, aber auch für Pädagogik und das schulische Miteinander.

Wir werden die Gebäudeleitlinien nach aktuellen Standards weiterentwickeln und stärken. Neubauten dürfen Münsters CO₂-Budget nicht weiter belasten. Unser Ziel ist, Gebäude nachhaltig, flächeneffizient und ökologisch zu errichten – sowohl beim Thema Energie als auch beim Material. Wir betrachten dabei den gesamten Lebenszyklus eines Gebäudes und setzen daher auf kreislaufgerechtes Bauen nach dem „Cradle-to-Cradle“-Prinzip, um Rückbau und Weiterverwendung zu ermöglichen. Die Nutzung nachwachsender, regionaler Baustoffe als auch Recycling-Materialien ist unerlässlich, um graue Energie, also die Energie, die bei der Herstellung, dem Transport, der Lagerung oder der Entsorgung von Baustoffen verbraucht wird, zu reduzieren.

Energieeinsparung im Bau und im Betrieb erreichen wir außerdem durch kreative und intelligente, am tatsächlichen Bedarf der Nutzer*innen orientierte flächensparsame Planungen sowie die Anwendung der Modulbauweise. Wir setzen bevorzugt auf Umbau, Erweiterung oder Aufstockung im Bestand – das spart nicht nur Ressourcen, sondern reduziert auch die Flächenversiegelung und den Bedarf an teurem Baugrund. Bestehenden Gebäudebestand nutzen wir, wenn möglich, sinnvoll

um und auch Neubauten planen wir so, dass sie bei veränderten Bedarfen flexibel umgenutzt werden können.

In Zeiten des Klimawandels müssen auch Maßnahmen zur Klimaanpassung zentraler Bestandteil öffentlichen Bauens sein, etwa durch grüne Dächer und Fassaden. Sie tragen durch Verdunstung und Verschattung zur Kühlung der Umgebung bei und entlasten durch Rückhalt von Niederschlagswasser die Kanalisation. Zudem wirken sie als natürliche Schall- und Schadstofffilter. Gleiches gilt für die Gestaltung der Außenflächen, welche wir konsequent klimaangepasst und naturnah gestalten werden.

Wir unterstützen den bereits laufenden Transformationsprozess der Verwaltung. Auf Basis der Gebäudeleitlinien schaffen wir stadteigene, moderne und inklusive Arbeitsflächen, die optimal auf Desk Sharing abgestimmt sind und mit flexiblen Rückzugsorten sowie ansprechenden Aufenthaltsbereichen den unterschiedlichen Anforderungen des Arbeitsalltags gerecht werden. Ergänzend dazu fördern wir weiterhin den Ausbau von mobilem Arbeiten. Das ermöglicht die Abmietung teurer und ineffektiver Büroflächen an anderer Stelle. Durch die multifunktionale Ausrichtung von Räumen, sowohl bei Arbeitsräumen als auch im Schulbau, sparen wir Kosten, Baumaterial und Flächen ein und berücksichtigen zugleich die unterschiedlichen Bedürfnisse der Nutzer*innen. Als Teil der Transformation etablieren wir Building-Information-Modelling (BIM) als Planungstool. Dadurch werden Verbindlichkeiten im Projekt gestärkt, Planungskosten gesenkt und Personalmangel abgebaut. So können die Stadt und ihre Töchter künftig mehr Bauaufgaben eigenständig umsetzen, statt diese an Dritte zu vergeben und abzunehmen.

Bestand und Gebäudesanierung

Der kommunale Investitionsstau hat in den letzten Jahren auch vor Münster nicht Halt gemacht. Zu lange wurde zu wenig Geld in unsere Gebäude-Infrastruktur investiert. Diese unterlassenen Investitionen gehen zu Lasten der Nutzenden, der Bürger*innen und kommender Generationen. Wir werden diesen Sanierungsstau auflösen, indem wir deutlich mehr in die Instandhaltung unserer städtischen Gebäude investieren. Erhalt und Sanierung haben für uns gegenüber dem Neubau Priorität. Neue städtische Gebäude bauen wir nur dann, wenn ein realer Bedarf besteht und der langfristige Erhalt der bereits in Betrieb befindlichen Gebäude gesichert ist.

Abriss städtischer Gebäude ist für uns die letzte Option, da er große Mengen Bauabfall erzeugt. Wir werden Abrissplanungen auf den Prüfstand stellen und Möglichkeiten diskutieren, den Abriss von Gebäuden zu vermeiden. Sollten Teil-Rückbauten unvermeidlich sein, setzen wir uns für eine Wiederverwendung der

entnommenen Bauteile und Materialien ein. Der Aufbau eines digitalen Verzeichnisses über gebrauchstaugliche Materialien und ein entsprechendes Baulager werden den Beginn für eine Nutzung der Stadt als Rohstofflager der Zukunft im Zeichen von Urban Mining darstellen.

Die energetische Sanierung städtischer und privater Gebäude ist zentral für die Klimaneutralität. Besonders energieintensive Gebäude haben dabei Priorität. Für eine möglichst schnelle Umsetzung des in der letzten Wahlperiode erarbeiteten Sanierungsprogramms werden wir alle nötigen Ressourcen bereitstellen. Zugleich behalten wir neue Technologien, zum Beispiel die serielle Sanierung oder vertikale Solaranlagen, im Blick und bringen sie, wo immer sinnvoll, in die Umsetzung.

Auch die Bürger*innen werden wir über das Förderprogramm „Klimafreundliche Wohngebäude“ bei der Durchführung einer energetischen Sanierung weiter unterstützen. Zudem bauen wir quartiersbezogene Beratungs- und Managementkonzepte auf, um den Gebäudebestand klimafreundlich zu modernisieren – für gutes Wohnen in allen Stadtteilen, ob Eigentum oder Miete.

Antrag

Initiator*innen:

Titel: Bildung

Antragstext

Bildung

Wer GRÜN wählt, stimmt für ...

- frühkindliche Bildung und lebenslanges Lernen als Grundlage für eine gerechte Gesellschaft und gleiche Chancen für alle Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen.
- moderne, inklusive und nachhaltige Schulen, die auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet sind.
- politische Bildung und Beteiligung sowie Bildung für nachhaltige Entwicklung als Beitrag zu einer demokratischen und zukunftsfähigen Gesellschaft.
- eine digitale Bildungsoffensive, die alle Kinder auf die zukünftige Arbeits- und Lebenswelt vorbereitet und sie gleichzeitig zu einem reflektierten und solidarischen Verhalten im digitalen Raum befähigt.
- eine enge Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Stadt und Zivilgesellschaft.

Unsere Stadtgesellschaft ist bunt und vielfältig, das zeigt sich besonders in unserer Schul- und Bildungslandschaft. In unseren Kitas und Schulen kommen Kinder und Jugendliche mit den unterschiedlichsten Voraussetzungen zusammen: Kinder aus sozial benachteiligten und privilegierten Familien, Schüler*innen mit sprachlichen, kognitiven, emotionalen und anderen Unterstützungsbedarfen, Kinder mit besonderen Begabungen oder auch besonderem elterlichen Leistungsdruck, junge Menschen mit Fluchtgeschichte, queere Jugendliche, Schüler*innen mit psychischen Problemen, vor allem auch viele Kinder und Jugendliche mit internationaler Familiengeschichte. Diese Vielfalt nehmen wir als enorme Herausforderung für Lehrkräfte und schulisches Personal wahr. Gleichzeitig bietet sie Chancen für

unsere gesellschaftliche Zukunft. Wir GRÜNE werden auch auf kommunaler Ebene zu gelingenden Bildungswegen und mehr Chancengerechtigkeit beitragen, indem wir Kinderrechte in den Mittelpunkt stellen, Beteiligung stärken und lebenslanges Lernen fördern. Schulen werden wir zeitgemäß bauen, renovieren und ausstatten.

Erfolge der letzten Ratsperiode

- Mit der Eröffnung der dritten städtischen Gesamtschule in Roxel und der derzeit entstehenden vierten städtischen Gesamtschule im Südosten wurde das Angebot an Gesamtschulplätzen deutlich erweitert, wodurch vielen Familien neue Perspektiven eröffnet wurden.
- Durch gezielte Investitionen, unter anderem über die Bauwerke GmbH, wurden Schulbauprojekte beschleunigt, Ganztagsangebote ausgebaut und frühkindliche Bildung gestärkt.
- Die Ausstattung aller Schüler*innen mit Tablets hat Münster zu einer Vorreiterstadt für digitale Bildung gemacht und allen Kindern, unabhängig vom Einkommen der Eltern, den Zugang zu modernen Lernmethoden ermöglicht.
- Ab 2025 fördert die Stadt Demokratieprojekte an Schulen mit 15.000 Euro jährlich. Schüler*innen können bis zu 5.000 Euro für eigene Projekte beantragen. Antirassismus und Partizipation stehen dabei im Fokus.
- Schulen wurden mit Spendern für kostenfreie Hygieneartikel ausgestattet – ein wichtiger Schritt für mehr Chancengleichheit im Schulalltag.

Frühkindliche Bildung – Grundlage für eine starke Zukunft

Frühkindliche Bildung ist der Schlüssel für mehr Gerechtigkeit. Kitas sind dabei zentrale Lernorte (? Kinder & Familie): Sie bieten weit mehr als Betreuung und sind entscheidend für echte Chancengleichheit. Deshalb wollen wir die Qualität der frühkindlichen Bildung in Münsters Kitas für alle Kinder verbessern. Unser Fokus liegt dabei auf Stadtteilen mit besonderen Herausforderungen – so setzen wir begrenzte Ressourcen gezielt ein. Wir stärken multiprofessionelle Teams mit qualifizierten Fachkräften, die auf unterschiedliche Bedürfnisse eingehen und Kitas zu inklusiven Bildungsorten machen. Dafür intensivieren wir unsere Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung (Verweis Kapitel Kinder und Familie).

Bedarfsgerechter Ausbau des Offenen Ganztags an Grundschulen

Der Offene Ganzttag (OGS) ist eine essenzielle Komponente für mehr Bildungsgerechtigkeit, wenn er allen Kindern zur Verfügung steht, vor allem denen, die in bildungsbenachteiligten Familien aufwachsen. Bereits im Schuljahr 2022/2023 haben wir in Münster eine Versorgungsquote von 63 Prozent aller Grund- und Förderschulkinder erreichen können. Wir erwarten, auch aufgrund des Rechtsanspruchs, in den kommenden Jahren einen steigenden Bedarf.

Um die Qualität der Betreuung zu sichern, treiben wir Maßnahmen zur Gewinnung und Qualifizierung von Fachkräften aktiv voran. Zudem investieren wir in den Ausbau und die Modernisierung von OGS-Räumlichkeiten, um kindgerechte Lern- und Spielumgebungen zu schaffen. Besonders wichtig ist uns eine inklusive und barrierefreie Gestaltung der OGS, damit alle Kinder unabhängig von ihren individuellen Voraussetzungen bestmöglich gefördert werden. Für Eltern, die nur einen halben OGS-Platz benötigen, soll in Zukunft das Teilen eines Platzes möglich sein.

Gründung weiterer Gesamtschulen – Bildungsgerechtigkeit für alle

Wir werden so lange weitere Gesamtschulplätze schaffen, bis jedes Kind in Münster die Möglichkeit hat, seine Wunsch-Schulform zu besuchen. Dies tun wir, weil wir überzeugt sind, dass längeres gemeinsames Lernen die Bildungsgerechtigkeit stärkt. Zugleich hilft es - neben anderen Maßnahmen - dabei, die in PISA-Studien immer wieder belegte Abhängigkeit des Bildungserfolgs vom Elternhaus zu verringern.

Unser Ziel ist es, wohnortnahe Gesamtschulen in jedem Stadtbezirk zu ermöglichen, die allen Kindern unabhängig von ihrer sozialen oder kulturellen Herkunft offenstehen. Dabei investieren wir in moderne Ausstattung und barrierefreie Gebäude, um allen Schüler*innen bestmögliche Bildungschancen zu bieten.

Mit neuen Gesamtschulen schaffen wir mehr Chancengleichheit in Münster. So besteht die Chance, dass die Hauptschulen schrittweise auslaufen – ein überfälliger Schritt. Die dort Lehrenden leisten engagierte Arbeit, doch die Schulform selbst hat sich zunehmend zu einem Ort sozialer Ausgrenzung entwickelt: Über 80 Prozent der Schüler*innen haben eine Migrations- oder Fluchtgeschichte. Diese einseitige Verteilung benachteiligt viele von Beginn an und begrenzt ihre Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe. Das wollen wir ändern – denn alle Kinder verdienen gute Perspektiven.

Gemeinsames Lernen und Inklusion von Kindern mit Behinderung stärken

Wir setzen uns dafür ein, dass gemeinsames Lernen in Münster zur Normalität wird und alle Kinder davon profitieren. Wir werden Schulen dabei unterstützen, sich zu inklusiven Lernorten weiterzuentwickeln, indem wir bei Neubau, Renovierung und Ausstattung der Schulen die unterschiedlichen Bedürfnisse der Kinder sowie die Barrierefreiheit im Blick behalten. Die Vernetzung von multiprofessionellen Teams werden wir fördern, indem wir zum Beispiel eigene Räume hierfür vorsehen.

Die Umgestaltung der Schulen zu inklusiven Lernorten liegt nur teilweise in kommunaler Zuständigkeit. Einige Kinder mit äußerst hohem Förderbedarf werden aktuell an einzelnen Schulen in Münster in intensivpädagogischen Fördergruppen betreut und beschult. Diese gilt es zu begleiten und auch die verantwortlichen Träger zu unterstützen. Gleichzeitig wünschen nicht alle Eltern für ihre Kinder die allgemeine Schule als Lernort. Zusammen mit dem Umland gilt es daher zu überlegen, wo und wie wir den steigenden Lern- und Förderbedürfnissen dieser Kinder auch aus städtischer Verantwortung heraus gerecht werden können.

Schulsozialarbeit und Schutzkonzepte ausbauen

Wir setzen uns für die Fortführung der gezielt eingesetzten Schulsozialarbeit (Verweis Kapitel Jugend, Kinder und Familie) und den Ausbau von Präventionsangeboten an Schulen ein. Wir fordern eine verlässliche Finanzierung der etablierten Träger, die sich in der Präventionsarbeit bewährt haben.

Deren Angebote zur Sensibilisierung und Prävention in den Themenfeldern Sucht, Gewalt, psychische Probleme, Rassismus, Queer- und Transfeindlichkeit und weiteren Formen der Diskriminierung in realen und digitalen Lebenswelten unserer Kinder und Jugendlichen wollen wir stärken, indem wir sie finanziell fördern und bekannter machen.

Wir werden die Zusammenarbeit mit der Polizei intensivieren, um präventiv gegen Vandalismus vorzugehen, damit Schulen sich nicht allein gelassen fühlen. Projekte, die eine gemeinschaftliche Gestaltung des Schulraums fördern, sind auch eine präventive Maßnahme gegen Zerstörung und Verschmutzung. Diese werden wir sichtbar machen, damit vorhandene Fördermittel abgerufen werden.

Moderne Lernumgebungen schaffen

Wir werden das erfolgreiche Konzept der Bauwerke GmbH fortführen und ausbauen, um Schulbau und -sanierung zu beschleunigen. Durch die Bündelung von Kompetenzen und schlanke Prozesse können wir Schulbauprojekte schneller umsetzen. Wir machen unsere Schulen fit für die Zukunft, indem wir sie energieeffizient gestalten und so Betriebskosten senken und das Klima schützen.

Bei Sanierungen und Neubauten berücksichtigen wir moderne pädagogische Konzepte und schaffen flexible Räume für zeitgemäßes Lernen. Wir unterstützen Projekte, damit Schulgemeinschaften ihre Schultoiletten modernisieren und zum Beispiel auch gendersensibel und barrierefrei gestalten können.

Digitale Bildung vorantreiben

Wir werden die Digitalisierung der Schulen in Münster konsequent weiterentwickeln und dabei die Standards des Digitalpakts einhalten. Förderprogramme von Bund und Land nutzen wir gezielt, um die digitale Infrastruktur auszubauen und zu erhalten. Dabei ist uns wichtig, dass alle Schüler*innen weiterhin optimalen Zugang zu digitalen Endgeräten haben und diese sinnvoll im Unterricht einsetzen können.

Darüber hinaus fördern wir einen reflektierten Umgang mit Digitalisierung. Wir fördern Projekte, die Schüler*innen dabei unterstützen, digitale Medien kritisch zu nutzen und sich vor digitaler Gewalt und psychischer Abhängigkeit zu schützen. Wir wollen Träger gezielt unterstützen, die solche Programme entwickeln und den Schulen bei der Umsetzung helfen. Mit diesen Maßnahmen schaffen wir eine digitale Bildungslandschaft, die nicht nur technische Voraussetzungen bietet, sondern auch soziale und pädagogische Herausforderungen aktiv angeht.

Politische Bildung und gelebte Demokratie stärken

Politische Bildung und positive Erfahrungen von Selbstwirksamkeit in unserer Demokratie sind heute – angesichts der multiplen und komplexen Krisen unserer Zeit sowie der Bedrohung unserer Demokratie durch Rechtsextremismus und Fake News – wichtiger denn je. Aus diesem Grund werden wir die politische und historische Bildung fördern, indem wir allen Schüler*innen den pädagogisch begleiteten Besuch einer NS-Gedenkstätte ermöglichen. Zudem werden wir den neuen Fördertopf für Demokratieprojekte von Schüler*innen verstetigen und bei entsprechender Nachfrage eine Aufstockung der Mittel prüfen.

Wir stärken die Schüler*innenvertretungen, den Jugendrat und andere Formen der Jugendbeteiligung als praktische politische Bildung und entwickeln sie in einem städtischen Gesamtkonzept weiter, um allen Jugendlichen positive Selbstwirksamkeitserfahrungen in unserer Demokratie zu ermöglichen (Verweis Kapitel Jugend).

Für eine lebendige politische Bildung sind außerschulische Lernorte und informelle Bildungserfahrungen unabdingbar. Aus diesem Grund unterstützen wir

weiterhin Einrichtungen wie die Villa ten Hompel und machen ihre Angebote bekannter (Verweis Kapitel Kultur). Jugendverbände als informelle Bildungsorte bieten Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen niedrigschwellige Demokratieerfahrungen. Als Werkstätten unserer Demokratie werden wir sie weiterhin bedarfsgerecht fördern.

Bildung für nachhaltige Entwicklung und nachhaltige Bildungseinrichtungen

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ist ein wichtiger Baustein für die nachhaltige Transformation unserer Gesellschaft. Sie verknüpft Fragen von Umwelt- und Klimaschutz mit globaler Gerechtigkeit und politischer Bildung. Durch BNE werden Lernende befähigt, die komplexen Zusammenhänge der globalisierten Welt und ihre Rolle darin zu reflektieren, um auf dieser Basis zukunfts- und lösungsorientiert zu handeln und gemeinsam die Gesellschaft zu gestalten.

Das BNE-Netzwerk in Münster mit wichtigen Lernorten wie dem Emshof, dem NABU-Regionalzentrum, dem Haus der Nachhaltigkeit und vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen werden wir weiterhin unterstützen und bestehende Bildungsangebote ausbauen. Zudem wollen wir die Sichtbarkeit und Vernetzung mit Schulen und Kitas fördern, damit möglichst viele Kinder und Jugendliche BNE-Lernerfahrungen sammeln können.

Als Schritt hin zu nachhaltigeren Bildungseinrichtungen werden wir allen Schüler*innen und Kita-Kindern Zugang zu gesunden und frischen Mahlzeiten mit möglichst ökologischen und regionalen Zutaten ermöglichen. Dazu nutzen wir verstärkt das Schulobstprogramm des Landes. Wir achten bei Um- und Neubau darauf, dass Schulmensen auch als Lernorte der Ernährungsbildung genutzt werden können. Für die Auseinandersetzung mit gesunder und nachhaltiger Ernährung ist der Ernährungsrat ein wichtiger Partner. Zudem werden wir alle Schulen mit kostenlosen Trinkwasserspendern ausstatten, um Zugang zu hochwertigem Trinkwasser zu gewährleisten und Plastikmüll zu reduzieren.

Übergänge gestalten und Ausbildung stärken

Wir werden die Übergänge zwischen den verschiedenen Bildungsphasen in Münster so gestalten, dass sie für alle Beteiligten zu positiven Erfahrungen werden. Wir fördern die Zusammenarbeit zwischen Kitas, Schulen und Ausbildungsbetrieben durch die Herstellung von Kontakten und gemeinsame Projekte. Wir unterstützen weiterhin die individuelle Begleitung von Kindern und Jugendlichen in Übergangsphasen, besonders für diejenigen mit erhöhtem Unterstützungsbedarf.

Projekte, die Vorschulkinder und ihre Eltern durch spielerische Frühförderung und individuelle Elternberatung begleiten, um so den Übergang von der Kita in die Grundschule zu erleichtern, wollen wir insbesondere in Stadtteilen mit besonderen Bedarfen fördern und neu etablieren. Wir unterstützen die Entwicklung von Ausbildungsgängen, die schulische und betriebliche Phasen eng miteinander verzahnen und so Theorie und Praxis optimal verbinden.

Lebenslanges Lernen für alle fördern

Wir setzen uns für den gezielten Ausbau und die Zukunftsfähigkeit des Weiterbildungskollegs und der Berufskollegs in Münster ein. Dabei wollen wir ihre Bekanntheit erhöhen, flexible Lernformate und digitale Angebote fördern sowie Beratungs- und Unterstützungsangebote, besonders für Menschen mit Migrationsbiografie, ausbauen. Die Finanzierung und moderne Ausstattung der Einrichtungen sichern wir langfristig und bedarfsgerecht, um chancengerechte und zeitlich flexible Weiterbildungsmöglichkeiten für alle zu gewährleisten.

Die Volkshochschule (VHS) werden wir als zentrale Bildungseinrichtung in Münster stärken. Wir fördern neue Kursformate zu aktuellen Themen wie Klimaschutz, gesellschaftlichem Zusammenhalt und politischer Bildung sowie verstärkt auch Angebote für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. Damit schaffen wir einen Ort, an dem alle Münsteraner*innen die Möglichkeit haben, sich weiterzubilden, neue Menschen kennenzulernen und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Wissenschaft und Hochschule in Münster stärken

Münster ist eine lebendige Hochschulstadt, deren Hochschulen zur Innovationskraft der Stadt, zum kulturellen Klima und zur Stärkung des Gemeinwesens beitragen. Die Stadtgesellschaft soll – zum Beispiel durch Citizen-Science-Projekte – Anteil am Hochschulstandort Münster haben. Wissenschaft kann ihre spezifischen Erkenntnisse zu Themen wie Klima, Umwelt und Nachhaltigkeit beisteuern und eine Stadtgesellschaft für globale und lokale Herausforderungen sensibilisieren. Durch die Organisation von Veranstaltungen und Events wird der Austausch zwischen Hochschule und Stadtgesellschaft weithin gefördert. Auch räumlich sollen Hochschulareale weiterhin gut in die Stadt integriert sein.

Das wertvolle soziale Engagement der Studierenden für die Stadtgesellschaft, etwa in Mentoring-Projekten oder bei Wissenschaft-Praxis-Transfers, wollen wir sichtbar machen und unterstützen. Auch die Arbeit der studentischen Interessenvertretungen werden wir fördern, indem wir diesen mit ihren Anliegen ausreichend Raum geben. Wir setzen uns für bezahlbaren Wohnraum (Verweis Kapitel Wohnen) und Studierendenrabatte ein, damit Münster langfristig eine attraktive

234 Hochschulstadt bleibt. Auch internationale Studierende und Forschende sollen
235 sich willkommen fühlen – durch mehrsprachige Informationen im öffentlichen Raum
236 (Verweis Kapitel Digitalisierung und Verwaltung) und ein reichhaltiges und
237 vielfältiges Kulturangebot (Verweis Kapitel Kultur). So stärken wir Münster als
238 weltoffenen Wissenschaftsstandort, der Bildung, Forschung und gesellschaftliche
239 Teilhabe miteinander verbindet.

Antrag

Initiator*innen:

Titel: Kinder und Familien

Antragstext

Kinder und Familien

Wer GRÜN wählt, stimmt für ...

- eine Familienfördergarantie, die Familien unbürokratisch die Unterstützung zukommen lässt, auf die sie einen Anspruch haben.
- verlässliche Kindertagesbetreuung, die allen Kindern die gleichen Startchancen bietet und Eltern ermöglicht, Familie und Beruf zu vereinbaren.
- eine starke und finanziell abgesicherte Trägerlandschaft in der Jugendhilfe, die den wachsenden und sich verändernden Herausforderungen im Sinne der Kinder, Jugendlichen und Familien unserer Stadt gewachsen ist.
- konsequente Verbesserungen im Arbeitsfeld der Sozial- und Erziehungsberufe, um neue Fachkräfte gewinnen und erfahrene Fachkräfte binden zu können – egal ob in der Kita, dem offenen Ganzttag, der Jugendarbeit oder der Heimerziehung.

Wir GRÜNE stehen für ein Münster, in dem auch Kinder aus benachteiligten Verhältnissen groß träumen dürfen – und junge Menschen sicher großwerden können, weil wir ihre Rechte konsequent in den Mittelpunkt stellen. Dabei sehen wir Kinder in all ihren Lebensrealitäten: in Vater-Mutter-Kind-Familien ebenso wie in Regenbogenfamilien, bei Alleinerziehenden, in Patchwork-Konstellationen oder in Formen der Co-Elternschaft. Wir unterstützen Eltern darin, dass sie Familie und Beruf partnerschaftlich und gleichberechtigt miteinander vereinbaren können.

Ein solches familienfreundliches und plurales Münster erreichen und erhalten wir nur mit den vielen freien Träger und ihrer wichtigen Arbeit für unsere

Stadtgesellschaft. Wir sehen unsere Verantwortung in den nächsten Jahren daher nicht nur im Ausbau kinder- und familienpolitischer Leistungen, sondern angesichts des Fachkräftemangels und knapper finanzieller Mittel auch im Erhalt und der Unterstützung unserer vielfältigen Trägerlandschaft.

Erfolge der letzten Ratsperiode

- Wir haben Kita-Träger entlastet, sodass Kitas nicht aus finanziellen Gründen schließen müssen und dringend benötigte Betreuungsplätze erhalten bleiben.
- Trotz steigender Kosten haben wir in der Kindertagesbetreuung die Erhöhung der Elternbeiträge abgewendet und stattdessen sogar eine Entlastung für die unteren Einkommensgruppen und eine Rückerstattung für ausgefallene Betreuungszeiten erreicht.
- In einer herausfordernden Haushaltslage haben wir den Erhalt zahlreicher Angebote gesichert und Unterstützungsstrukturen, wie zum Beispiel die Babylotsen oder die Kitasozialarbeit weiter ausgebaut oder neu geschaffen.
- Mit der Einrichtung eines Unterausschusses Jugendhilfe und Fachkräfte sowie einer Koordinierungsstelle Fachkräftegewinnung und -bindung haben wir erfolgreiche Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel in Kitas und dem Offenen Ganztag entwickelt, umgesetzt und begleitet.

Die Familienfördergarantie für Münster

Auch in Münster gibt es Familien und Kinder, die in oder mit Armut aufwachsen. Zwar gibt es viele finanzielle Unterstützungsleistungen, aber zu oft werden diese von den Betroffenen aus Scham, Unwissenheit oder wegen bürokratischer oder sprachlicher Hürden nicht in Anspruch genommen. Das werden wir durch die Einführung einer kommunalen Familienfördergarantie ändern.

Statt für unterschiedliche Leistungen unterschiedliche Anträge bei unterschiedlichen Anlaufstellen einreichen zu müssen, werden wir zukünftig die Verwaltung die Arbeit für die Familien machen lassen. Wer eine Leistung wie zum Beispiel Wohngeld, Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket, Kinderzuschlag usw. beantragt, wird automatisch über den Anspruch auf weitere Leistungen informiert und kann sie unbürokratisch in Anspruch nehmen. Für zusätzlichen Beratungsbedarf im Bereich der Sozialleistungen werden wir eine zentrale Anlaufstelle bei der Stadt einrichten. Natürlich wird die Familienfördergarantie so gestaltet sein, dass alle Münsteraner*innen – ob hier geboren oder hierher

56 geflüchtet, ob mit oder ohne Beeinträchtigung – von den Vorteilen profitieren.

57 **Münster – eine Stadt für Kinder**

58 Kinderrechte sind das Fundament unserer Politik. Wir setzen uns für eine Stadt
59 ein, in der junge Menschen ihre Rechte auf Schutz, Förderung und Mitbestimmung
60 uneingeschränkt wahrnehmen können. Deswegen werden wir in Münster den Prozess
61 zur Zertifizierung als kinderfreundliche Kommune anstoßen und die Kinderrechte
62 systematisch in allen Bereichen unserer Stadt verankern.

63 Die Kinderrechte gelten für alle Kinder und Jugendlichen. Entsprechend werden
64 wir die freien Träger der Jugendhilfe weiterhin darin unterstützen, dass für
65 junge Menschen aus allen Lebenslagen Hilfs- und Unterstützungsangebote
66 vorgehalten werden können.

67 Spielplätze sind Orte der Begegnung für Kinder und ihre Familien. Damit alle
68 Kinder diese Orte nutzen können, also insbesondere auch Kinder mit Behinderung,
69 werden wir Münster zur Vorreiterin inklusiver Spielplätze machen. Dazu gehören
70 barrierefreie Wege, Sitz- und Erholungsmöglichkeiten sowie selbstverständlich
71 auch inklusive Spielgeräte. Auch für Jugendliche werden wir im Sinne ihrer
72 Rechte inklusive Orte im Stadtraum schaffen.

73 **Eine verlässliche und gute Kindertagesbetreuung**

74 Kindertageseinrichtungen sind nicht nur Orte der frühkindlichen Bildung,
75 Entwicklungsförderung und Vorschulförderung, sondern auch unverzichtbare Säulen
76 für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Neben den Kindertageseinrichtungen
77 leisten im U3-Bereich auch die Kindertagespflege und Kindergroßtagespflege einen
78 wichtigen Beitrag zu einer stabilen Betreuungsinfrastruktur.

79 Stadtteile, in denen die Versorgung mit Betreuungsplätzen noch
80 unterdurchschnittlich ist, werden wir besonders in den Fokus nehmen und
81 Ressourcen dorthin lenken, wo hohe Bedarfe anzutreffen sind. Der Bedarf an
82 Fachkräften sowie finanzieller Unterstützung ist in nahezu allen Einrichtungen
83 spürbar und erfordert eine Fortführung unserer bisherigen kommunalpolitischen
84 Anstrengungen.

85 **Mehr Fachkräfte und eine sichere Finanzierung der Kitas**

86 Die Zahl der Bewerber*innen für eine pädagogische Ausbildung übersteigt
87 inzwischen oftmals das Angebot der Berufsschulen. Entsprechend werden wir den

Ausbau der Ausbildungskapazitäten fördern. Gleichzeitig werden wir angesichts hoher Abbruchquoten die Ausbildungsbedingungen verbessern, indem wir die Begleitung in den Praxisphasen professionalisieren und Unterstützungsangebote schaffen, die den Wünschen junger und angehender Fachkräfte gerecht werden.

Wir werden uns für die Fortführung des Unterausschusses Jugendhilfe und Fachkräfte einsetzen, um gemeinsam mit der von uns im Jugendamt geschaffenen Stelle für die Fachkräftegewinnung und -bindung sowie Trägern und dem Jugendamtseaternbeirat weiter an Lösungen zu arbeiten.

Wer sich für einen pädagogischen Beruf entscheidet, tut dies, weil sie oder er Spaß an der Arbeit mit Kindern und Familien hat. Damit sich die Fachkräfte in den Kitas auf diese Arbeit konzentrieren können und insbesondere Leitungspositionen von nicht-pädagogischen Aufgaben entlastet werden, werden wir den Einsatz von Verwaltungs- und anderen unterstützenden Kräften in den Einrichtungen prüfen.

Die Ausgestaltung der Kitafinanzierung liegt zuallererst beim Land NRW und fußt aktuell auf je einem Beitrag von Land und Kommune sowie einem von den Trägern kaum noch zu leistenden Anteil. Wenn die vom Land angekündigte Reform der Kitafinanzierung nicht die gewünschte Entlastung für die Träger bringt, sind wir uns unserer kommunalen Verantwortung bewusst, finanziell einzuspringen, um unsere Betreuungsinfrastruktur aufrechterhalten zu können.

Die Kita als Ort der Entwicklungsförderung und Familienunterstützung

Die Lebensrealitäten von Kindern und ihren Familien sind heute vielfältiger denn je. Viele Kinder wachsen mit einer eigenen oder familiären Migrationsgeschichte auf. Die ökonomischen Voraussetzungen der Familien unterscheiden sich zum Teil stark, und es gibt eine breite Vielfalt an gelebten Familienmodellen. Auch darüber hinaus zeigen sich viele Facetten von Diversität. Unabhängig davon verdient jedes Kind die besten Startchancen, die wir GRÜNE ihm ermöglichen werden.

Frühkindliche Förderung, Bewegung und gesunde Ernährung sind essentiell für eine gesunde Entwicklung. Daher setzen wir uns für die Verbesserung der dafür nötigen Rahmenbedingungen ein. Das Raumprogramm neuer Kitas werden wir beispielsweise so anpassen, dass ab einer gewissen Einrichtungsgröße ein zweiter Bewegungsraum einzuplanen ist. Außerdem werden wir darauf achten, dass die Außenflächen naturnäher und bewegungseinladender gestaltet werden und möchten Träger, die die Bereiche Bewegung und Ernährung besonders berücksichtigen, in ihren Anstrengungen unterstützen. Ebenso werden wir schwerpunktmäßig auf

sprachfördernde und diversitätssensible Angebote achten, um der Vielfalt der Kinder und ihrer Familien gerecht zu werden.

Als Kommune begrüßen wir den Ausbau der Familienzentren durch das Land NRW. Dadurch können Familien und Kinder mit höherem Unterstützungsbedarf bereits niedrigschwellig gefördert werden. Als zusätzliche kommunale Unterstützung für Familien und Fachkräfte haben wir die Kitasozialarbeit in Coerde, einem Stadtteil mit hoher Einkommensarmut und Arbeitslosigkeit sowie vielen Kindern und Familien aus verschiedenen sozialen und kulturellen Kontexten, eingerichtet. Unser Ziel ist es, auch in anderen, ähnlich gelagerten Stadtteilen die Kitasozialarbeit zu etablieren.

Eine große Veränderung für die Kitas wird die Inklusion von Kindern mit Behinderung in die Betreuung in den nächsten Jahren. Damit alle Kinder – ob mit oder ohne Behinderung – die gleichen Bildungs- und Entwicklungschancen genießen können, werden wir mit den Trägern, dem Jugendamt und den Fachkräften diese Veränderung aktiv und positiv gestalten.

Kinderbetreuung und Familie

Ein Betreuungsplatz ermöglicht Eltern – in den meisten Fällen leider immer noch Müttern – eine gleichberechtigte Berufstätigkeit und kann damit Altersarmut vorbeugen. Nicht nur aus diesem Grund besteht für Eltern der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz und ab dem Schuljahr 2026/2027 auch ein Anspruch auf einen Platz im Offenen Ganztag.

Um den Weg zu einem Kita-Platz für Eltern so einfach wie möglich zu gestalten, werden wir den Kita-Navigator weiter verbessern. Unsere Ziele sind dabei eine für die Eltern nachvollziehbare Platzzuweisung und transparente sowie aktuelle Darstellung aller vorhandenen Betreuungsplätze. Der Jugendamtselternbeirat wird an diesem Prozess weiterhin beteiligt und stellt ein wichtiges Scharnier zwischen der Verwaltung, Politik und den Eltern dar.

Auf die Erhebung von Elternbeiträgen für einen Kita-Platz oder OGS-Platz werden wir ohne entsprechende Kompensationen in Millionenhöhe durch das Land oder den Bund nicht verzichten können. Wir werden aber – wie in der Vergangenheit – jeden durch Elternbeiträge eingenommenen Euro weiterhin in die Qualitätssicherung und Weiterentwicklung der Kinderbetreuung investieren. Wir werden die Elternbeitragstabellen so überarbeiten, dass die unteren Einkommensstufen weiter entlastet und Familien mit besonders hohen Einkommen zukünftig stärker an der Finanzierung beteiligt werden. Dadurch schaffen wir ein gerechteres Beitragssystem, in dem alle einen ihrem Einkommen angemessenen Beitrag leisten.

Die Erhebung und den Einzug der Elternbeiträge werden wir zusätzlich vereinfachen und ressourceneffizienter gestalten.

Eine krisenfeste Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Die Jugendhilfe muss sich mehr denn je an gesellschaftliche Veränderungen anpassen: gesetzliche Änderungen, steigende Bedarfe, herausfordernde Fälle – und das alles in einer Zeit, in der Fachkräfte fehlen und der kommunale Haushalt zum Sparen auffordert. Wir sind uns dessen bewusst und werden konstruktiv mit dem Jugendamt und den Trägern zusammenarbeiten. Es ist für uns keine Option, Angebote pauschal und ersatzlos zu streichen. Grüne Familienpolitik folgt dem Grundsatz, dass jeder Euro, den wir heute in das sichere Großwerden der Kinder und Jugendlichen und die frühe Unterstützung der Familien investieren, später mehrere hundert Euro einsparen wird. Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, werden wir die bisherigen Schwerpunkte Kita und Offener Ganztag des Unterausschusses Jugendhilfe und Fachkräfte um weitere Arbeitsfelder erweitern.

Eine Jugendhilfe, die die Inklusion von Menschen mit Behinderung umsetzt

Mit der Reform des Achten Sozialgesetzbuches (SGB VIII), welches sämtliche Leistungen der Jugendhilfe regelt, wird die gleichberechtigte Förderung und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung in allen Lebenslagen eine kommunale Aufgabe. Auf dem Weg dorthin werden wir eine starke Kooperation zwischen den Institutionen sowie der freien und öffentlichen Jugendhilfe schaffen, die Fachkräfte stärken und nicht zuletzt Bewusstsein und Aufklärung für diese wichtige Aufgabe fördern.

Eine stärkere Beteiligung und mehr Fachlichkeit in kommunalpolitischen Entscheidungen werden wir auch Interessenvertretungen wie Wohlfahrtsverbänden oder dem Stadtjugendring durch eine intensivere Einbindung in den Jugendhilfeausschuss ermöglichen.

Eine Jugendhilfe, die Ressourcen klug einsetzt

Wenn die vorhandenen Ressourcen nicht ausreichend sind, muss über neue Wege nachgedacht werden. Dem wachsenden Bedarf an Schulbegleitungen werden wir verstärkt durch Pool-Lösungen begegnen. Dadurch werden wir nicht nur mehr Kinder im Schulalltag begleiten, sondern dabei auch noch schneller werden können. Bis wir die Bewilligungsstrukturen für Schulbegleitungen und Integrationskräfte beschleunigt haben, können auch Kinder, deren Begleitung noch nicht bewilligt wurde, vom flexiblen Einsatz einer Pool-Lösung profitieren.

In Zukunft werden wir stärker den Prinzipien der Sozialraumorientierung folgen, damit die Träger Synergien und vorhandene Ressourcen nutzen und diese bedarfsgerecht und flexibel einsetzen können. Insbesondere in der schulnahen Jugendhilfe werden wir auf einen Träger pro Schulstandort und bestenfalls pro Quartier setzen, damit unnötige Doppelstrukturen vermieden und der Arbeitsplatz Schule für Sozial- und Erziehungsberufe attraktiver werden kann.

Eine Jugendhilfe, die die Kinder schützt

Gerade im Bereich der Hilfen zur Erziehung sind die Kosten in den letzten Jahren gestiegen. Der Grund dafür liegt in zunehmend zeitintensiveren und komplexeren Fällen, die die Träger und das Jugendamt vor wachsende Herausforderungen stellen. Wir werden die Jugendhilfe dabei unterstützen und erkennen gleichzeitig die Notwendigkeit, präventive Angebote zu stärken. Ob schon bei der Schwangerschaftsberatung oder bei den frühen Hilfen: Je früher Entwicklungsdefizite bei Kindern oder Problemlagen in Familien erkannt werden, desto größer sind die Chancen, später auf kostenintensive Hilfen verzichten zu können.

Der Kommunale Sozialdienst (KSD) des Jugendamtes spielt eine wichtige Rolle in Kinderschutzfällen. Der Fachkräftemangel und wachsende Herausforderungen in diesem Arbeitsfeld erfordern auch hier neue Lösungen, die wir politisch gemeinsam mit dem Jugendamt erarbeiten werden.

Die Strukturen im Bereich des Kinderschutzes haben wir in den zurückliegenden Jahren stetig verbessert und den Runden Tisch gegen sexualisierte Gewalt in das Netzwerk Kinderschutz überführt. Die Schnittstellen zwischen medizinischem Kinderschutz, Justiz und Polizei, dem Jugend- und Gesundheitsamt, Schulen, Beratungsstellen und weiteren Trägern werden wir weiter optimieren und die Arbeit des Netzwerks Kinderschutz begleiten. Dabei werden wir einen besonderen Schwerpunkt darauf legen, dass der Dialog und die Weiterentwicklung an die Bereiche herangetragen werden, wo mit Kindern und Jugendlichen gearbeitet wird, damit die Jüngsten unserer Gesellschaft immer und überall bestmöglich geschützt sind. Die von der Landesregierung vorgesehene Errichtung eines Childhood-Hauses in jedem Oberlandesgerichtsbezirk begrüßen wir und sehen Münster mit dem hiesigen Universitätsklinikum als geeigneten Standort für eine solche Einrichtung.

Antrag

Initiator*innen:

Titel: Jugend

Antragstext

Jugend

Wer GRÜN wählt, stimmt für ...

- bessere Jugendbeteiligung und mehr Mitbestimmung durch ein städtisches Gesamtkonzept mit mehr Rechten für den Jugendrat und mehr Kompetenzen für den Jugendring.
- mehr Freiräume für junge Menschen durch konsumfreie Treffpunkte, gesicherte Jugendzentren und bessere offene Kinder- und Jugendarbeit.
- Chancengleichheit und soziale Teilhabe durch eine starke Schulsozialarbeit, die Bekämpfung von Jugendarmut und den Ausbau der Barrierefreiheit.
- Stärkung der freien Träger und des ehrenamtlichen Engagements, um langfristige Unterstützung und sichere Strukturen zu gewährleisten.
- sozial inklusive Mobilität für junge Menschen durch noch gerechtere Preise für Schüler*innen-Tickets.

Münster muss zur jugendgerechten Stadt werden. Jugendliche haben besondere Bedürfnisse, eigene und vielfältige Interessen und vor allem: eigene Rechte. Diese Rechte, die in der UN-Kinderrechtskonvention festgeschrieben wurden, sind das Fundament unserer Politik. Wir setzen uns für eine Stadt ein, in der junge Menschen ihre Rechte auf Schutz, Förderung, Gleichbehandlung und Mitbestimmung uneingeschränkt wahrnehmen können. Münster muss ein Ort sein, an dem Kinder und Jugendliche gehört werden und ihre Lebenswelt aktiv mitgestalten können.

Erfolge der letzten Ratsperiode

- Wir haben die Beteiligungsstrukturen von Jugendlichen ausgebaut. Der Jugendrat und der Stadtjugendring wurden finanziell gestärkt, um jungen Menschen mehr Mitspracherecht zu geben. Wir haben Jugendbefragungen auf den Weg gebracht, sodass die Anliegen der jungen Generation besser in politische Entscheidungen einfließen können.
- Trotz angespannter Haushaltslage haben wir die aufsuchende Jugendsozialarbeit in Coerde ausgebaut und die Finanzierung der wichtigen Arbeit der freien Träger sichergestellt.
- Wir haben durch die Errichtung von Skate- und Pumptrack-Anlagen neue öffentliche Orte und Sportmöglichkeiten für Jugendliche geschaffen.

Bessere Jugendbeteiligung und mehr politische Mitbestimmung

Wir werden die Qualität der Kinder- und Jugendbeteiligung verbessern, indem ein Gesamtkonzept entwickelt wird, das die bestehenden Strukturen – Jugendrat, Stadtjugendring und Bezirksschüler*innenvertretung – verknüpft, stärkt und ergänzt. Dadurch soll auch bislang unterrepräsentierten Jugendlichen - wie z.B. mit internationaler Familiengeschichte, Behinderung, queerer Identität - bedarfsgerechte und wirksame Beteiligung ermöglicht werden. Als Kompetenzzentrum und zentrale Anlaufstelle soll ein kooperatives Kinder- und Jugendbüro entstehen.

Konkret werden wir dem Jugendrat mehr Beteiligungsrechte einräumen. Die Jugendratsvertreter*innen erhalten Rederecht im Rat und in den Ausschüssen und werden an nicht-öffentlichen Sitzungen teilnehmen dürfen. Dem Stadtjugendring werden wir weitere Kompetenzen im Bereich der Fördermittelvergabe und Jugendbeteiligung übertragen, um ihn und seine Mitgliedsverbände als Werkstätten der Demokratie zu stärken. Wir setzen uns dafür ein, dass Vertreter*innen des Stadtjugendrings stimmberechtigt und parteiunabhängig bei der Besetzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien berücksichtigt werden. Den Schüler*innenvertretungen werden wir bei für sie relevanten Themen eine Stimme geben und sicherstellen, dass ihre Mitwirkungsrechte verankert werden.

Auch die Stadtplanung werden wir kinder- und jugendfreundlicher gestalten. Outdoor-Treffpunkte, Freizeitangebote und Spielplätze sollen immer unter wirksamer Mitbestimmung von jungen Menschen gestaltet werden. Dabei sollen insbesondere die unterschiedlichen Bedürfnisse der verschiedenen Geschlechter besser berücksichtigt werden.

Mehr Freiräume und eine starke offene Kinder- und

Jugendarbeit

Kinder und Jugendliche brauchen Orte, an denen sie sich frei entfalten können. Deshalb werden wir mehr konsumfreie und grüne Freiräume dezentral in Wohngebieten sowie in der Innenstadt schaffen. Outdoortreffs sollen als alternative Treffpunkte ohne Konsumzwang ausgebaut werden (Verweis Kapitel Soziale Teilhabe). Um den Bedarf an Freizeit- und Begegnungsräumen besser zu decken, müssen Schulhöfe und Sporthallen außerhalb der Unterrichtszeiten flexibel nutzbar sein.

Wir werden die bestehenden Jugendzentren sichern und alternative Standorte für neue Jugendräume in Münster-Mitte prüfen, um die langfristigen Einschnitte durch die Umstrukturierung des pg-Jugendzentrums auszugleichen. Eine bedarfsgerechte Finanzierung für alle Stadtteile ist essenziell, weshalb wir den Verteilungsschlüssel der offenen Kinder- und Jugendarbeit reformieren werden.

Jugendliche sind keine homogene Gruppe. Sie sind vielfältig, haben verschiedene Interessen, Bedürfnisse und Hintergründe und das muss sich auch in den Freiräumen für Jugendliche widerspiegeln. Sie brauchen sichere und passgenaue Erfahrungsräume. Aus diesem Grund werden wir Angebote für queere Jugendliche und andere Safer Spaces für verschiedene Gruppen von Jugendlichen bedarfsgerecht fördern und sichtbar machen.

Chancengleichheit und soziale Teilhabe für alle

Junge Menschen verdienen gleiche Chancen – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Wir setzen uns für eine Stärkung der aufsuchenden Jugendsozialarbeit ein, um Jugendliche dort zu unterstützen, wo sie es brauchen.

Es ist uns wichtig, Schulsozialarbeit dort zu stärken, wo sie am nötigsten ist. Langfristig streben wir Schulsozialarbeit an allen Schulen an, setzen aber, falls nötig, Prioritäten bei der Besetzung der Stellen in Schulen mit besonderen Herausforderungen. Trotz der engen Haushaltssituation werden wir stetig überprüfen, ob zusätzliche Stellen in diesem wichtigen Bereich geschaffen werden können.

Für eine ganzheitliche Hilfe werden wir die Vernetzung von Schulsozialarbeit mit anderen Unterstützungsangeboten im Stadtteil fördern. Zudem soll die Schulsozialarbeit an eine zentrale Stelle angegliedert und bestehende Doppelstrukturen abgebaut werden, um mehr Effizienz zu schaffen, freien Trägern die Arbeit zu erleichtern und Synergieeffekte zu nutzen.

Die Bekämpfung von Jugendarmut bleibt eine zentrale Aufgabe. Deswegen werden wir eine Familienfördergarantie einführen, die durch gebündelte und gezielte Hilfe und niedrigschwellige Beratung vor Ort dazu beiträgt, soziale Ungleichheiten zu reduzieren. Zudem muss der Zugang zu Kultur für alle gesichert bleiben – das Kulturticket für Kinder und Jugendliche werden wir daher erhalten.

Wir setzen uns für eine inklusive und diskriminierungsfreie Jugendarbeit und Jugendhilfe ein. Interkulturelle, geschlechter- und queersensible Angebote, mehrsprachige Beratung und der Ausbau der Barrierefreiheit sind entscheidende Schritte, um allen jungen Menschen gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen.

Soziale Teilhabe braucht Mobilität unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Deswegen werden wir die bereits erreichten Erfolge in der sozial gerechten Gestaltung der Schüler*innen-Tickets ausweiten, um insbesondere Kindern aus Familien mit geringem Einkommen und mit Geschwistern, unabhängig von der Entfernung zur Schule, günstige Mobilität und damit Teilhabe zu ermöglichen.

Stärkung der freien Träger und des Ehrenamts

Jugendarbeit funktioniert nur mit qualifizierten Fachkräften und engagierten Trägern. Deshalb braucht es eine effektive Fachkräftegewinnung, die wir mit städtischen Programmen unterstützen werden. Der bestehende Unterausschuss zur Fachkräftegewinnung soll sich zukünftig auch mit der Gewinnung von Fachkräften für weitere Bereiche der Jugendhilfe befassen. Zudem werden wir die wichtige Arbeit der Jugendhilfeeinrichtungen, z.B. Jugendzentren und Beratungsstellen, finanziell absichern, um ihnen langfristige Stabilität zu gewährleisten.

Ehrenamtliches Engagement als tragende Säule in der Jugendarbeit werden wir stärker unterstützen. Programme für Sportpat*innen, Nachhilfe oder Bewerbungshilfen tragen dazu bei, Jugendlichen mehr Perspektiven zu bieten. Ehrenamtlich organisierte Gruppenstunden, Freizeitangebote und Ferienfreizeiten schaffen wichtige Erfahrungsräume für Kinder und Jugendliche. Sie verdienen eine angemessene Förderung.

Antrag

Initiator*innen:

Titel:

Alter

Antragstext

Alter

Wer GRÜN wählt, stimmt für ...

- ein altersfreundliches Münster, in dem die Bedürfnisse älterer Menschen in allen zentralen Politikfeldern berücksichtigt werden.
- soziale Teilhabe und Maßnahmen gegen Einsamkeit im Alter.
- Solidarität zwischen älteren und jüngeren Menschen.
- ehrenamtliche und politische Beteiligung älterer Menschen.

Grüne Politik in Münster hat das Ziel, älteren Menschen ein selbstbestimmtes, aktives und erfülltes Leben zu ermöglichen. Im Sinne einer solidarischen Gemeinschaft der Generationen geht es auch um wechselseitige Förderung und Unterstützung. Besonders wichtig ist uns, dass alle Menschen bis ins hohe Alter gesellschaftlich teilhaben können und unter würdevollen Bedingungen leben. Deshalb setzen wir uns dafür ein, alle Quartiere und Stadtteile in Münster altersgerecht zu gestalten.

In Deutschland ist die Zahl der 60-Jährigen derzeit etwa doppelt so hoch wie die der Sechsjährigen. Diese demografische Entwicklung führt zu einer wachsenden und zunehmend vielfältigen älteren Bevölkerung. In Münster zeigt sich diese Diversität deutlich: Immer mehr Senior*innen haben eine Migrationsgeschichte, queere ältere Menschen treten verstärkt für ihre Rechte ein, und erstmals seit der NS-Zeit erreichen Menschen mit einer „geistigen“ Behinderung in größerer Zahl ein hohes Alter. Wir werden dafür sorgen, dass sich diese Vielfalt in den

Angeboten, Maßnahmen und Beteiligungsstrukturen widerspiegelt, um glaubhaft und wirksam die Interessen aller älteren Menschen in Münster zu vertreten.

Erfolge der letzten Ratsperiode

- Seit 2022 sind wir als Stadt Münster Mitglied im Städte-Netzwerk „Age-friendly Cities and Communities“ der Weltgesundheitsorganisation (WHO). In diesem Zusammenhang wurde ein Strategieplan für die altersfreundliche Gestaltung unserer Stadt entwickelt.
- Wir haben die altersgerechte Gestaltung der Stadtteile und Quartiere auf den Weg gebracht und Quartierstreffpunkte ausgebaut.
- Es wurde altersgerechter Wohnraum geschaffen und in der Quartiersplanung verankert.

Münster als altersfreundliche Stadt – eine Querschnittsaufgabe

Mit dem Beitritt zum WHO-Netzwerk „Age-friendly Cities and Communities“ verpflichten wir uns, die Bedürfnisse der über 60-Jährigen in allen Politikbereichen noch stärker zu berücksichtigen. Ein selbstbestimmtes Leben im Alter ist für uns GRÜNE zentral – in allen Handlungsfeldern, die auch der Strategieplan für ein altersfreundliches Münster aufgreift.

So werden wir durch unsere wohnungspolitischen Maßnahmen (Verweis Kapitel Wohnen) das selbstbestimmte Wohnen im vertrauten Quartier und den Ausbau von barrierefreiem Wohnraum fördern. Auch in der Pflege (Verweis Kapitel Pflege) setzen wir auf wohnortnahe und vielfältige Pflegeangebote und eine gute Versorgungsinfrastruktur. Um den unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht zu werden, werden wir die Mobilität (Verweis Kapitel Mobilitätswende) altersfreundlicher gestalten: Wir bauen den ÖPNV barrierefrei aus, stärken den Fußverkehr und schaffen mehr Sitzmöglichkeiten. Auch bei unseren Bemühungen, die Potenziale der Digitalisierung stärker zu nutzen, möchten wir alle Münsteraner*innen einbeziehen – zum Beispiel durch kostenlose Kurse und Leihangebote für digitale Endgeräte, aber auch durch den Erhalt notwendiger analoger Verfahren, um niemand auszuschließen (Verweis Kapitel Digitalisierung und Verwaltung).

Wir nutzen das Netzwerk der weltweit über 1.700 „Age-friendly Cities and Communities“, um von anderen Städten zu lernen, erprobte Lösungen zu übernehmen und unsere Erfahrungen zu teilen. Wir haben bereits wichtige erste Schritte

gemacht, aber es liegt noch viel Arbeit vor uns, um unsere Stadt altersfreundlich zu gestalten. So werden wir Maßnahmen gegen Einsamkeit und Isolation im Alter intensivieren. In Kooperation mit Stadtteil- und Nachbarschaftsinitiativen schaffen wir im ganzen Stadtgebiet wohnortnahe Dritte Orte – das sind nicht-kommerzielle und barrierefreie Treffpunkte, die unter Berücksichtigung der Bedarfe der Zielgruppen zum Austausch und zur Begegnung einladen (Verweis Kapitel Soziale Teilhabe).

Ehrenamt im Alter fördern

Auch ehrenamtliches und zivilgesellschaftliches Engagement hilft, Einsamkeit im Alter vorzubeugen, und stärkt zugleich die körperliche und geistige Gesundheit. Durch den demografischen Wandel steht unsere Gesellschaft vor neuen Herausforderungen – vor allem, wenn bald viele Menschen aus den geburtenstarken Jahrgängen in Rente gehen. Mit ihnen drohen auch wertvolle Kompetenzen und Erfahrungen verloren zu gehen.

Wir werden älteren Menschen ermöglichen, sich weiterhin aktiv einzubringen – ganz nach ihren Interessen und Fähigkeiten. Deshalb setzen wir uns für mehr altersgerechte und generationenübergreifende Möglichkeiten des ehrenamtlichen Engagements ein. Diese sollen sichtbar und leicht zugänglich sein. So schaffen wir sinnvolle Tätigkeiten, fördern den Austausch zwischen den Generationen und stärken den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Politische Beteiligung verbessern

Die ältere Bevölkerung bildet schon heute die strukturelle Mehrheit – auch bei politischen Entscheidungen. Umso wichtiger ist es, dass ältere Menschen auch die Möglichkeit haben, aktiv die eigene Lebenswelt und unsere Stadt mitzugestalten. Die Kommunale Seniorenvertretung ist eine der vielen Interessenvertretungen der Münsteraner*innen über 60 Jahre, die zusammen mit dem breit aufgestellten „Runden Tisch – Seniorinnen und Senioren“ in Politik und Gesellschaft hineinwirkt. Wir GRÜNE engagieren uns mit und für ältere Menschen, die politische Verantwortung übernehmen möchten, und werden dafür sorgen, dass die etablierten Beteiligungsstrukturen die Diversität der Senior*innen besser abbilden.

Antrag

Initiator*innen:

Titel: Sport

Antragstext

Sport

Wer GRÜN wählt, stimmt für ...

- nachhaltige Sportangebote - umweltfreundlich und zukunftsfähig.
- die effiziente Nutzung von Sportstätten und Ressourcen sowie gezielte Investitionen in den Neubau.
- gelebte Vielfalt im Sport, sodass im Sinne der Gesundheit alle Menschen teilhaben können.
- eine starke Basis und die gemeinsame Förderung und Verknüpfung von Breiten- und Leistungssport.

Bewegung und Sport in Münster betrifft alle Münsteraner*innen jeden Alters vom Kleinkind bis zum Senior*innenalter, jeden Geschlechts, mit und ohne Behinderung, mit all ihren unterschiedlichen Bedürfnissen, ob in Münster geboren, zugezogen, mit Migrations- oder Fluchtgeschichte. Wir machen uns dafür stark, dass Sport für alle Münsteraner*inne leicht und sicher zugänglich ist.

Neben Leistungs- und Spitzensport haben Breitensport und der freizeitorientierte Sport für uns GRÜNE und für viele Münsteraner*innen eine große Bedeutung. Bewegung, Gesundheit, Begegnung und Sport sind für den Einzelnen lebenslang wichtig, für den Körper und die Psyche, zur Prävention und Rehabilitation gleichermaßen. Für uns sind Bewegung und Sport, aber auch für das Erleben von Gemeinschaft wichtig. Sie fördern den Zusammenhalt und sind ein wichtiger Beitrag zur Demokratie. Sport hat eine große Integrationskraft in einer

vielfältigen Gesellschaft. Diese Rolle wollen wir stärken und weiter unterstützen. Sportvereine leisten hier einen wichtigen Beitrag. Ein großer Dank gebührt den vielen ehrenamtlichen Helfer*innen in Münsters Sportwelt.

Erfolge der letzten Ratsperiode:

- Wir haben das Sportangebot in Münster nachhaltig verbessert. Von den innovativen, öffentlichen Sportboxen bis hin zur modernen Sporthalle und Sportanlage Hiltrup Ost haben wir den Ausbau der Sportstätten vorangetrieben.
- Wir haben unser Profil als Sportstadt gestärkt. Durch die Ausrichtung von Großveranstaltungen wie den Special Olympics konnte zum Beispiel ein starkes Signal für die Inklusion von Menschen mit Behinderung gesendet werden.
- Wir haben die Sportstättenentwicklungsplanung als Grundlage für weitere Investitionen in eine moderne Sportinfrastruktur mit auf den Weg gebracht.
- Nach langer Wartezeit haben wir den Umbau des LVM-Preußenstadions zu einer nachhaltigen und ökologischen Sportstätte wesentlich mit vorangetrieben.

Die Sportakteur*innen

Münster hat eine bunte Vereinslandschaft, organisiert im Stadtsportbund (SSB) und der Sportjugend, in der sich Breitensport- und gesundheitsorientierte Angebote für Individual- oder Teamsportler*innen finden lassen. Für die professionelle Nachwuchsförderung und eine duale Karriere im Leistungssport stehen exemplarisch das Pascalgymnasium, das Sportinternat und die Uni Münster als Partnerhochschule des Spitzensports.

Der Vereinssport lebt vom Ehrenamt. Dieses bürgerschaftliche Engagement werden wir verstärkt unterstützen, insbesondere im Umgang mit komplexen Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel dem Bauordnungsrecht und der Sicherheit bei den Sportstätten. Wir setzen verstärkt auf Sportangebote, die auch Menschen erreichen, die sonst außen vor bleiben. Ein positives Beispiel dafür ist der Move and Meet e.V., der Frauen und Mädchen mit und ohne Migrations- und Fluchterfahrung den Weg in den Sport ebnet und Safer Spaces bietet.

Wir werden den systematischen Austausch zwischen Sportpolitik und -verwaltung, den Vereinen im SSB, der Bezirksregierung, den Schulen und Hochschulen, den Firmen und sportaffinen Menschen außerhalb der Sportvereine in Münster unterstützen.

Sport und die Infrastruktur – Sportstättenentwicklungsplanung

Damit die sportliche Vielfalt auch erfolgreich gelebt werden kann, werden wir die Sportstättenentwicklung und deren Umsetzung vorantreiben. Dafür investieren wir weiter in bewegungs- und sportfreundliche Räume, Breitensportfreundliche Angebote im vereinsungebundenen Sport und nachhaltige, inklusive und finanzierbare Sportstätten in einer wachsenden Stadt.

Kunstrasenplätze ermöglichen ganzjähriges Training bei verlässlichen Bedingungen. Gleichzeitig sind wir uns der negativen ökologischen Folgen bewusst. Aus diesem Grund werden wir in jedem Einzelfall prüfen, welche Möglichkeit sinnvoll ist: Sanierung, Neubau, oder Ersatz durch Natur- oder Kunstrasen. Weitere, nicht in Planung befindliche Kunstrasenplätze werden wir nur bauen, wenn es keine Alternativen gibt, um ganzjährige Trainingsmöglichkeiten zu bieten.

Bei der weiteren Sportstättenplanung haben wir die Quartiersorientierung im Blick: Bedarfe der Stadtteile berücksichtigen wir beispielsweise durch Umnutzung von Flächen im Sinne der Quartiersentwicklung.

Gleichstellung und Vielfalt im Sport – Prävention ist unerlässlich

Wir machen uns stark für gleichberechtigte Sichtbarkeit und Förderung von Frauen und Mädchen im Sport: Von der vereinsungebundenen Initiative bis hin zum Spitzensport, wo der Frauen- und Mädchensport einen festen Platz bekommen muss. Dafür werden wir im Sportbereich ein konsequentes Genderbudgeting bei der Finanzierung von Projekten umsetzen und fördern die gerechte Nutzungsmöglichkeit von Sportstätten, Vereinsleben und -infrastrukturen.

Wir GRÜNE stehen für einen Sport, in dem sich queere Menschen, Menschen mit Migrationsgeschichte, Menschen mit Behinderung und Menschen aus anderen marginalisierten Gruppen willkommen und sicher fühlen. Wir werden Vereine und Initiativen unterstützen, die sich für eine offene und respektvolle Sportkultur einsetzen. Unser Ziel ist ein in jeder Hinsicht diskriminierungsfreier Sport.

Die Prävention vor sexualisierter Gewalt, wie auch jeder anderen Form von Gewalt und Diskriminierung in Sportvereinen, ist weiterhin Bestandteil grüner Sportpolitik. Denn durch strukturelle Machtgefälle und hohe Körperlichkeit trägt der Sport hier eine besondere Verantwortung. Auch mit dem SSB setzen wir uns dafür ein, dass die Prävention sexualisierter Gewalt konsequent gestärkt wird. Dazu gehört die Weiterentwicklung, Verstetigung und Verbreitung bestehender Schutzkonzepte. Aus diesem Grund werden wir die Finanzierung der Stelle für dieses Thema beim SSB unbedingt und langfristig sichern.

Schwimmen und die Bäder

Gerade im Schwimmsport schaffen wir neue, niedragschwellige Angebote zur Wassergewöhnung und verbessern die Rahmenbedingungen für die Schwimmanfänger*innen. Gleichzeitig fördern wir im Bäderbereich eine strategische Planung zur langfristigen Sicherung und Erweiterung der Öffnungszeiten durch gezielten Personaleinsatz und weitere Maßnahmen zur Personalgewinnung. Um die Angebote wie Schwimmkurse und Schwimmzeiten sicherzustellen und auszuweiten, unterstützen wir Kooperationen mit den Schwimmvereinen oder Bürgerbad-Initiativen.

Effektive Nutzung und Zugang zu den Sportstätten

Wir setzen auf effiziente Nutzung bestehender Ressourcen – von Hallen bis zu den Sportplätzen – anstatt allein auf teure Neubauten. Unser Ziel ist es allen Münsteraner*innen den gewünschten Zugang zu Sportangeboten, ob aktiv oder passiv, zu ermöglichen. Wir werden daher innovative Nutzungskonzepte fördern und mit allen Beteiligten den Status quo überdenken. Beispiele sind das Projekt „Sportflächenbörse“ der Sporttrias aus Sportpolitik, Verwaltung und Vereinen oder auch eine höhere Sichtbarkeit vereinsungebundener Sportmöglichkeiten zum Beispiel durch eine digitale Sportkarte für Sportboxen und Co.

Antrag

Initiator*innen:

Titel: Gesundheit

Antragstext

Gesundheit

Wer GRÜN wählt, stimmt für ...

- eine lebenswerte Stadt mit zielgruppengerechten Angeboten der Gesundheitsförderung.
- eine Gesundheitsversorgung vor Ort, die niemanden zurücklässt.
- Unterstützung der Gesundheitsbedarfe, insbesondere von Menschen, die von Armut betroffen sind, sowie von Kindern, Frauen, LSBTIQ* und Menschen mit Behinderung.
- einen barrierearmen Zugang zu medizinischer Versorgung für alle.
- eine kommunale Gesundheitsstrategie mit Klima- und Umweltschutz und Vorsorge gegen Hitze, Trockenheit und Extremwetterereignisse.

Wir setzen uns für ein solidarisches Münster ein, in dem alle Menschen gesundheitlich gut versorgt werden – unabhängig von Einkommen und Bildung, Geschlecht und Identität sowie Nation und Aufenthaltsstatus.

Erfolge der letzten Ratsperiode

- Mit „Klar für Gesundheit“ haben wir eine Clearingstelle etabliert, die Menschen ohne Krankenversicherung Zugang zur medizinischen Versorgung ermöglicht. Sie berät und klärt den Versicherungsschutz ab. Mit dem ergänzenden Notfalltopf und der Aufstockung der Mittel konnten wir die gesundheitliche Versorgung auch vor abschließender Klärung finanzieren und sicherstellen.

- Der kommunale Hitzeaktionsplan wurde auf den Weg gebracht und gezielt auf gefährdete Bevölkerungsgruppen ausgerichtet.
- Das Projekt „Babylotsen“ konnten wir auf ein weiteres Krankenhaus ausweiten.
- Queere Beratungsangebote konnten gesichert und ausgebaut werden.
- Mit einer Ratsinitiative haben wir uns klar für die kontrollierte Abgabe von Cannabis ausgesprochen und dafür Münsters als Modellregion zu etablieren.

Öffentlichen Gesundheitsdienst stärken

Ein leistungsstarker öffentlicher Gesundheitsdienst gehört zu einer guten kommunalen Daseinsvorsorge. Wir setzen uns deshalb für eine weitere personelle Aufstockung ein und wollen auch Landes- und Bundesmittel nutzen. Gemeinsam mit den Akteuren im Gesundheitswesen werden wir niedrigschwellige, dezentrale Angebote in den Stadtteilen ausbauen. In der Pandemievorsorge unterstützen wir das Gesundheitsamt, insbesondere bei der Entwicklung von robusten Krisenplänen und Schutzstrategien für vulnerable Gruppen sowie bei der Digitalisierung und barrierefreier Kommunikation.

Gute Gesundheit in allen Lebensphasen

Wir werden frühe Hilfen für Familien stärken, Familienhebammen und präventive Bewegungsangebote gezielt fördern. Das bewährte Modell der „Babylotsen“ soll weiterentwickelt und auf weitere Krankenhäuser ausgeweitet werden, um möglichst viele Familien frühzeitig zu erreichen. Wir stärken alle Anstrengungen des Jugendamtes, der Träger und weiterer Akteure, Kinder vor Gewalt in der Familie, im Sportverein und öffentlichen Einrichtungen zu schützen.

Das Kinder- und Jugendgesundheitszentrum wollen wir – wie in Coerde vorgesehen – in weitere Stadtteile bringen, um wohnortnahe Angebote zu schaffen. Die Prävention und Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Erkrankungen soll deutlich verbessert werden. Auch die medizinische und psychotherapeutische Hilfe für geflüchtete und traumatisierte Kinder und Jugendliche werden wir weiterentwickeln.

Eine bedarfsgerechte Erweiterung der ambulanten und stationären Hospizarbeit werden wir unterstützen und das Palliativnetzwerk stärken.

Gute Gesundheit für alle – unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Lebensweise

Gesundheitsangebote sollen geschlechtergerecht, diskriminierungsfrei und diversitätssensibel sein. So setzen wir auf wohnortnahe, niedragschwellige Gesundheitsangebote in unterversorgten Quartieren, etwa durch Gesundheitskioske mit direktem Zugang zu Beratung und Erstversorgung. Die Clearingstelle „Klar für Gesundheit“ für Menschen ohne Krankenversicherung werden wir auch in Zukunft mit kommunalen Mitteln finanziell absichern. Der kommunale Notfalltopf für medizinische Akuthilfen wird ausgebaut. Auch Sexarbeiter*innen haben ein Recht auf diskriminierungsfreien Zugang zu medizinischer Hilfe und entstigmatisierende Angebote.

Wohnungslose Menschen benötigen gezielte Unterstützung – darunter insbesondere Frauen und queere Menschen. Dafür wollen wir zentrale Gesundheitsangebote mit Tagesschutzzräumen, Duschen und Kleiderkammern schaffen. Wir werden sowohl aufsuchende Angebote wie im Haus der Wohnungslosenhilfe, des Gesundheitsamtes und weiterer Träger, als auch Projekte zur Ermittlung von Gesundheits- und Pflegebedarfen wie „Cared.Wende“ unterstützen und weiterentwickeln.

Die medizinische Versorgung von trans Personen soll bedarfsgerecht, qualitätsgesichert und wohnortnah ausgebaut werden. Wir setzen uns für eine ärztliche Vernetzung und für die Weiterförderung der bestehenden Beratungsstellen vor Ort ein.

Die Gesundheitsversorgung muss die Inklusion von Menschen mit Behinderung umsetzen. Die gynäkologische Versorgung von Frauen mit Behinderung werden wir verbessern. Angebote in Leichter Sprache, Gebärdensprache und mobile medizinische Dienste bauen wir aus. Die Projektförderung zur gesundheitlichen Teilhabe wird fortgeführt und die für alle zugängliche Versorgung in Quartieren mit prekärer Infrastruktur weiterentwickelt.

Wir setzen uns für barrierefreie Arztpraxen, Gesundheitszentren und Beratungsstellen ein. Barrierefreie, geschlechtsneutrale Sanitäranlagen im öffentlichen Raum werden spürbar ausgebaut – entsprechend dem Toilettenkonzept der Stadt Münster.

Gesundheitsprävention stärken

Wir setzen auf wirkungsvolle Prävention und Aufklärung, um die Lebensbedingungen im Wohnumfeld zu verbessern und die Gesundheit der Menschen nachhaltig zu fördern. Ein zentraler Baustein ist dabei die Entwicklung stadtteilbezogener

Gesundheitsstrategien, die unter anderem den Schutz vor Emissionen, Maßnahmen gegen den Klimawandel sowie gesundheitsfördernde Angebote vor Ort umfassen. Der kommunale Hitzeaktionsplan muss konsequent umgesetzt werden – mit verständlicher Information und konkreter Unterstützung, insbesondere für besonders gefährdete Gruppen.

Weitere Vorhaben sind uns wichtig: So werden wir gezielt die Ernährungsprävention stärken, den Ernährungsrat dauerhaft fördern sowie Bildungs- und Informationsangebote zur gesunden Ernährung in Kitas, Schulen und Familienzentren verankern. Wir werden weiterhin Bewegungsangebote im öffentlichen Raum gemeinsam mit dem Stadtsportbund gender-, alters- und diskriminierungssensibel in allen Stadtteilen ausbauen. Weiterhin unterstützen wir die Arbeit der AIDS-Hilfe, die mit Aufklärung, Prävention und Begleitung einen wichtigen Beitrag zur sexuellen Gesundheit leistet.

Teilhabe von Menschen mit psychischen Erkrankungen

Psychische Gesundheit ist eine kommunale Aufgabe. Die Unterstützungsangebote werden wir gezielt ausbauen. Wir setzen auf wohnortnahe Krisenhilfe und Stabilisierung, schaffen spezifische Treffpunkte für queere Menschen mit psychiatrischen Erkrankungen und wollen das erfolgreiche Modell „Home Treatment“ auch in Münster umsetzen. Gemeinsam mit dem LWL streben wir mehr betreutes Wohnen sowie niedrigschwellige Tagesstruktur- und Teilhabeangebote an. Psychosoziale Hilfen für geflüchtete Menschen sollen verbessert und durch gezielte Prävention ergänzt werden. Wir fördern Peer-to-Peer-Beratung (Betroffene beraten Betroffene), Selbsthilfegruppen und den Dialog von Betroffenen, Angehörigen und Professionellen, um psychische Erkrankungen zu entstigmatisieren.

Sucht- und Drogenhilfe – realistisch und menschlich

Wir stehen für eine akzeptierende und pragmatische Suchtpolitik, die Hilfe statt Strafe in den Mittelpunkt stellt. Dazu werden wir das niedrigschwellige Drogenhilfezentrum INDRO personell und räumlich erweitern und bedarfsorientiert die Konsumräume ausweiten. Schadensmindernde Maßnahmen wie Drug-Checking sollen ausgebaut und die kommunale Suchthilfeplanung, Berichterstattung und Koordination modernisiert werden. Die Suchtprävention richten wir an aktuellen Entwicklungen und Bedarfen aus. Unsere Suchtpolitik schließt auch die Unterstützung von Menschen mit nicht-stoffgebundenen Süchten wie Magersucht, Spielsucht, Mediensucht ein.

Digitalisierung, Pandemievorsorge und Green Hospitals

124 Wir setzen uns dafür ein, die Gesundheitsversorgung zukunftsfähig – digital,
125 nachhaltig und krisenfest auszurichten. Wir unterstützen den Ausbau
126 telemedizinischer Angebote. Dies kann insbesondere für Menschen, die eine
127 Mobilitätseinschränkung haben oder abgelegen wohnen, eine Unterstützung sein.
128 Die örtliche Gesundheitsversorgung wollen wir ökologisch transformieren: durch
129 mehr Energieeffizienz, nachhaltige Beschaffung und Emissionsminderung – mit dem
130 Ziel, die Gesundheitseinrichtungen Münsters nachhaltig zu gestalten. Dies spart
131 Ressourcen und Kosten. Zu einer guten Gesundheitsversorgung gehört auch eine
132 gesunde Ernährung mit möglichst ökologischen und regional produzierten
133 Lebensmitteln.

Antrag

Initiator*innen:

Titel: Pflege

Antragstext

Pflege

Wer GRÜN wählt, stimmt für ...

- den quartiersorientierten Ausbau ambulanter Pflege sowie gemeinschaftlicher Wohnformen.
- gute Ausbildungen, bessere Arbeitsbedingungen und mehr Fachkräfte.
- diskriminierungs- und diversitätssensiblen Zugang zur Pflege.
- alters- und generationengerechte Stadtteile, die selbstbestimmtes Leben im Alter ermöglichen.
- eine zukunftsfeste Pflege durch die kommunale Pflegebedarfsplanung.

Wir setzen uns für wohnortnahe, inklusive, generationensensible, individuelle Pflegeangebote ein. Statt neuer Großheime bevorzugen wir Gemeinschaftlichkeit in Pflege-WGs, Kurz- und Tageszeitpflege mit einer rehabilitativen Altenpflege. Altersgerechte Stadtteilkonzepte mit Beratung, Hausbesuchen und barrierefreiem Wohnraum stärken die Selbstständigkeit im Alter und entlasten die Angehörigen. Pflege muss gerecht und diskriminierungsfrei sein – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Lebensweise. Wir stärken eine zukunftsgerichtete Pflegeausbildung und eine einfachere Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Mit verbindlicher Pflegeplanung und starken Netzwerken ist Münster eine Stadt, in der Pflege verlässlich, menschlich und nah ist.

Erfolge der letzten Ratsperiode

- Wir haben die verbindliche Pflegebedarfsplanung ausgebaut, damit Pflege zur kommunalen Daseinsvorsorge wird.
- Wir haben das Angebot an Pflege-Wohngemeinschaften deutlich ausgebaut.
- Selbstbestimmtes Wohnen im vertrauten Umfeld haben wir durch die Einrichtung des Förderprogramms „Versorgungssicherheit im Quartier“ ermöglicht.
- Wir haben die Bedürfnisse von Menschen mit Migrationsgeschichte, der LSBTIQ*-Community und die Inklusion von Menschen mit Behinderung bei der Pflegeplanung gezielt einbezogen.

Stärkung der Pflege – Gute Versorgung für alle Generationen

Der Bedarf an Pflegeleistungen steigt – bei gleichzeitig zunehmendem Mangel an Fachkräften.

Doch wir halten an unserem Ziel fest: Statt des Ausbaus von großen Heimen werden wir Unterstützungsangebote für das Leben zu Hause oder in gemeinschaftlichen Wohn- und Pflegeformen ausbauen. Wir werden mit dazu beitragen, dass alle so lange wie möglich eigenverantwortlich leben können sowie Pflegebedürftigkeit vermieden oder zeitlich hinausgeschoben wird.

Stadtteile und Quartiere altersgerecht gestalten

Wir werden in Stadtteilen inklusive – also auch altersgerechte – Quartiere schaffen. Hierzu gehören Begegnungsstätten, Beratung und Sozialarbeit. Mit dem Förderprogramm „Versorgungssicherheit im Quartier“ werden wir ältere und pflegebedürftige Menschen unterstützen, selbstbestimmt in der eigenen Wohnung leben zu können. Bei präventiven Hausbesuchen werden ältere Menschen ab 75 Jahre umfassend beraten. In Zusammenarbeit mit Initiativen, sozialen Trägern sowie den örtlichen Wohnungsunternehmen werden wir die alters- und pflegegerechten Wohnangebote in den kommenden Jahren weiter ausbauen.

Pflege bedarfsgerecht im Quartier ausbauen

Die Wohn- und Pflegeinfrastruktur werden wir weiter ausbauen – insbesondere in unterversorgten Stadtteilen, die sozial benachteiligt sind oder in den Außenbereichen liegen. Hierzu gehören der Ausbau ambulanter Pflege, mehr Kurzzeit- und Tagespflege und weitere Entlastungsangebote für pflegende

Angehörige. Dem steigenden Bedarf an „umfassender Pflege“ (24 Stunden) werden wir mit mehr Wohn-Pflegeangeboten begegnen – zum Beispiel mit Pflege- und Demenz-WGs. Eine rehabilitative Pflege führt darüber hinaus zu mehr Lebenszufriedenheit in Pflegeeinrichtungen und erlaubt den Bewohner*innen, auch verloren geglaubte Fähigkeiten wiedererlangen.

Da auch die Zahl älterer wohnungsloser Menschen mit Hilfe- und Pflegebedarf steigt, werden wir die Angebote für Menschen in prekären Lebenslagen weiter ausbauen, wie das Modell „Wohnen 60+“ für Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen.

Über das bestehende Angebote hinaus gibt es weiteren Bedarf an Wohnformen, die auch jungen Menschen mit umfassenden Unterstützungsbedarf ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Wir setzen uns auch in der „Jungen Pflege“ für mehr Kurzzeitpflegeplätzen für Kinder und Jugendliche ein.

Die rein familiäre Versorgung verliert aufgrund niedriger Geburtenraten und sich ändernder Lebensvorstellungen an Bedeutung für die Sicherung der Pflege. Zur weiteren Entlastung pflegender An- und Zugehöriger sowie zur Stärkung der Pflege im Quartier schaffen wir unterstützende Strukturen im Wohnumfeld. Durch die Kooperation mit professionellen Anbietern, ehrenamtlichen und privaten sozialen Netzwerken ermöglichen wir eine verlässliche Pflege in einer „Care-Community“.

Wir werden die kommunale verbindliche Pflegebedarfsplanung weiterführen, bedarfsgerecht ausweiten und Quartiers- und Bauungsplanung mitberücksichtigen. Hierzu gehören auch bezahlbare Liegenschaften für Pflegeangebote wie Pflege-Wohngemeinschaften.

Zukünftig gehört zu den Gemeinschaftsaufgaben der Stadtgesellschaft, bei allen Stadtentwicklungs-, Wohn- und Bauvorhaben frühzeitig die nötige Infrastruktur für gute Pflege einzuplanen. Ein erfolgreiches Beispiel ist die Wohngenossenschaft „Grüner Weiler“.

Ausbildung und Fachkräftesicherung

Wir setzen uns für ein adäquates Angebot an Pflegeschulen und Ausbildungsplätzen in Münster ein. Damit Auszubildende mehr ausländische Fachkräfte gewonnen werden, ist die Attraktivität der Pflegeberufe sichtbarer zu machen. Auch muss die Anerkennung der im Ausland erworbenen Berufsabschlüsse vereinfacht werden.

Wir werden in Zusammenarbeit mit den Pflegenden und mit dem Trägernetzwerk „Starke Pflege Münster“ darauf hinwirken, die Arbeitsbedingungen in der Pflege

weiter zu verbessern.

Im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten werden wir weitere Ausbildungs-, Fortbildungs- und Studienangebote unterstützen und uns auf Landesebene für die Einheitlichkeit der Ausbildungen der Heilberufe sowie ihrer Lehrerbildung einsetzen.

Vielfalt gerecht werden: Pflege und Sozialplanung inklusiv und diskriminierungssensibel gestalten

Unser Ziel ist eine diskriminierungsfreie pflegerische Versorgung, die allen Menschen offensteht – unabhängig von Herkunft, sozialem Status, Geschlecht, sexueller Identität oder einer körperlichen oder kognitiven Beeinträchtigung. Dazu gehört, dass Pflege und Sozialplanung die Lebensrealitäten von Menschen mit Migrationsgeschichte sowie LSBTIQ* Personen konsequent mitdenken. Dazu brauchen Fachkräfte mehr Fortbildungen, in denen sie für kulturelle Vielfalt, Sprachbarrieren, Rassismus und Diskriminierung sensibilisiert werden und praktische Handlungskompetenzen erhalten.

Gerade LSBTIQ* Personen erleben in Pflegeeinrichtungen oft Ausgrenzung, Gewalt oder mangelnde Akzeptanz. Wir setzen uns dafür ein, Pflegekonzepte queersensibel zu gestalten, Fachpersonal entsprechend zu schulen und Diskriminierung aktiv abzubauen – mit dem Ziel, die Selbstbestimmung von LSBTIQ* Menschen zu stärken.

Auch für Menschen mit Behinderung wollen wir die Teilhabe und pflegerische Versorgung in der eigenen Wohnung oder in gemeinschaftlichen Wohnformen mit intensiver Unterstützung (SeWo) weiterentwickeln. Eine enge Abstimmung zwischen der Stadt und dem LWL bei der Pflege- und Sozialplanung sorgt dafür, dass Angebote in der Pflege und Eingliederungshilfe besser ineinandergreifen. Die Ergänzende Unabhängige Teilhabeberatung (EUTB) und die Ombudspersonen für Pflege und Teilhabe werden dabei einbezogen.

Antrag

Initiator*innen:

Titel: Kultur

Antragstext

Kultur

Wer GRÜN wählt, stimmt für ...

- eine vielfältige, weltoffene, zugängliche und nachhaltige Kulturlandschaft.
- die strukturelle und finanzielle Stärkung der freien Kulturszene.
- die Förderung einer lebendigen Stadtteilkultur.
- mehr Kultur für und mit Kindern und Jugendlichen.
- den Ausbau der Musikförderung im Alltag, auf der Bühne und in der Bildung.

Kunst und Kultur sind elementar für das gesellschaftliche Miteinander und eine lebendige Demokratie. Sie bieten Räume für Reflexion, fördern den interkulturellen Austausch und setzen Impulse für Innovation und gesellschaftlichen Wandel. Kultur stärkt den sozialen Zusammenhalt, ermöglicht Bildung und steigert die Attraktivität Münsters als Stadt der Wissenschaften, Kreativität und Lebensqualität.

Eine vielfältige Kunst- und Kulturlandschaft ist für die Zukunftsfähigkeit Münsters von zentraler Bedeutung. Eine breite wie auch hochkarätige Kulturszene macht Münster lebenswert und trägt zur kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung bei.

Unsere Kulturpolitik setzt auf die langfristige Sicherung und Weiterentwicklung von Kulturangeboten, die Förderung der freien Szene, eine nachhaltige kulturelle Infrastruktur und einen konsequenten Ausbau der kulturellen Teilhabe für alle

Münsteraner*innen.

Erfolge der letzten Ratsperiode

- Gemeinsam mit moNOkultur als Interessenvertretung der freien Kulturszene haben wir ein Musikförderkonzept für Münster auf den Weg gebracht.
- Wir haben es geschafft, die Förderung der Stadtteilkultur personell und finanziell umzusetzen.
- Die freie Szene haben wir durch eine Stelle für moNOkultur und die Förderung von soziokulturellen Zentren wie der B-Side nachhaltig unterstützt.

Kultur braucht Raum, Infrastruktur und Förderung

Kultur entsteht dort, wo Menschen sich begegnen, Ideen wachsen und kreative Freiräume bestehen. Um Kultur in Münster für alle zugänglich und gestaltbar zu machen, setzen wir auf den Ausbau kultureller Infrastruktur und verlässliche Kooperationen. Wir fördern barrierefreie und kostengünstige Angebote in der ganzen Stadt. Kulturelle Orte in den Stadtteilen machen Kultur dort erlebbar, wo Menschen leben.

Stadtgesellschaft und Kulturszene profitieren von den großen internationalen Kulturveranstaltungen wie den Skulptur-Projekten, dem Jazz-Festival, dem Lyriktreffen oder den Flurstücken. Wir fördern Dialogprojekte von internationalen und lokalen Künstler*innen in Münster.

Weil starke Kultur auch lokal und regional im Miteinander entsteht, unterstützen wir bestehende Netzwerke wie moNOkultur oder die Kulturkooperative Münster. Neben städtischen Einrichtungen prägen viele freie Kunst- und Kulturschaffende das kulturelle Leben in Münster. Wir setzen uns für eine verlässliche Förderung der freien Szene ein – durch Räume, finanzielle Mittel und logistische Unterstützung.

Kulturorte erhalten und weiterentwickeln

Kultur braucht Platz. Deshalb unterstützen wir Ateliers, Bühnen, digitale Produktionsorte und soziokulturelle Zentren. Bestehende Orte wie den Hawerkamp, Gleis 22, cuba (BlackBox), den Hoppengarten, Kreativhaus, Bennohaus sowie das Begegnungszentrum an der Meerwiese werden wir dauerhaft sichern,

weiterentwickeln und bedarfsgerecht ausbauen – insbesondere als Räume für Jugendkultur, Musik, freie Kunst und alternative Kulturformate.

Stadtbüchereien sind mehr als Orte der Buchausleihe – sie sind Begegnungs- und Lernorte, die Bildung, Kultur und Austausch ermöglichen. Wir setzen uns für eine regelmäßige Sonntagsöffnung der Hauptstelle ein. Perspektivisch wollen wir die Öffnungszeiten der Büchereien familiengerecht erweitern.

Das Theater Münster ist ein starker Anker, und wir begrüßen ausdrücklich, dass es verstärkt Themen wie Inklusion, Gleichberechtigung und Demokratie aufgreift sowie durch Veranstaltungen in Schulen und Stadtteilen zugänglicher wird. Die große Unterstützung des Theaters erfordert bei künstlerischer Freiheit und wirtschaftlicher Achtsamkeit eine stärkere Verankerung in der gesamten Stadtgesellschaft.

Musikförderung

Musikförderung ist ein unverzichtbarer Teil grüner Kulturpolitik. Wir setzen uns für eine gezielte Förderung von musikalischer Bildung in Kitas, Schulen und außerschulischen Bildungseinrichtungen ein, schaffen Proberäume und Auftrittsmöglichkeiten für Musiker*innen, unterstützen Nachwuchsförderung und Strukturen der freien Musikszene, sowie die Vernetzung von städtischen Institutionen und Musikschaffenden.

Mit dem Musikförderkonzept wurde ein erster Schritt beschlossen, um die Musik gleichwertig neben darstellender und bildender Kunst zu fördern. Wir werden das Konzept und die dafür notwendige Finanzierung und Infrastruktur weiterentwickeln.

Nach dem vorläufigen Aus des Landes für den Neubau der Musikhochschule und damit dem Ende des Musikcampus arbeiten wir an einer zeitnahen Schaffung von Räumen für die Westfälische Schule für Musik und das Sinfonieorchester sowie von Probe- und Produktionsräumen für die freie Musikszene. Dabei muss die Standortfrage die Interessen der drei beteiligten Gruppen berücksichtigen.

Vielfalt und Kultur für alle

Kulturelle Teilhabe bedeutet, dass alle Menschen sich einbringen und teilnehmen können – unabhängig von Wohnort, sozialer Herkunft, Sprache, Gesundheit oder einer Beeinträchtigung. Wir setzen uns für eine dezentrale Kulturförderung ein, um Kulturangebote in den Stadtteilen zu stärken und auszubauen.

Wir fördern Projekte, die migrantische, interkulturelle, transkulturelle und diversitätssensible Perspektiven einbeziehen und so gesellschaftliches Miteinander stärken. Dabei sollen Migrant*innenselbstorganisationen und Künstler*innen mit internationaler Geschichte besonders berücksichtigt werden.

Kulturelle Bildung beginnt in der Kindheit und schafft Grundlagen für Kreativität und gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb werden wir Schulen und Kitas stärker mit der freien Szene und Kulturinstitutionen vernetzen. Zusätzlich fördern wir partizipative Projekte für und mit jungen Menschen, geschlechtergerechte Produktions- und Aufführungsbedingungen, sowie *weitergehende kulturelle Angebote für Kinder in den Stadtteilen.*

Kultur trifft Nachhaltigkeit

Kultur trägt dazu bei, das Bewusstsein der Stadtgesellschaft für Umwelt- und Klimaschutz zu stärken und Veränderungen kreativ zu gestalten. Nachhaltigkeit in der Kulturproduktion ist für uns ein zentrales Prinzip, das neben den ökologischen Aspekten vor allem auch eine soziale und kulturelle Aufgabe ist. Wir unterstützen nachhaltig produzierte Kulturveranstaltungen, Klimaanpassung im Denkmalschutz und begrüßen Kunstprojekte, die Umwelt- und Klimathemen auf lokaler und globaler Ebene aufgreifen.

Erinnerungskultur und gesellschaftliche Verantwortung für die Zukunft

Wir setzen uns für eine Erinnerungskultur ein, die gesellschaftliche Verantwortung und die Auseinandersetzung mit der Geschichte fördert. Dabei unterstützen wir Projekte, die faktenbasiert und interkulturell mit der Vergangenheit umgehen. Wir engagieren uns für Einrichtungen wie das Stadtarchiv, die Villa ten Hompel und das Stadtmuseum, aber auch für freie Initiativen, die Erinnerungskultur kreativ weiterentwickeln.

Wir stärken eine Erinnerungskultur, die auch bislang nicht gehörte Perspektiven berücksichtigt. Die Geschichte von Frauen, queeren Menschen, Menschen mit Migrationsgeschichte, Menschen mit Behinderung, Sinti*zze und Rom*nja, Juden*Jüdinnen und marginalisierten Gruppen muss sichtbarer werden. Gelungene Beispiele sind die Paul-Wulf-Skulptur und das Forschungsprojekt zu den vergessenen verfolgten Gruppen in der NS-Zeit.

Gleichzeitig stellen wir uns der besonderen Verantwortung Münsters als Stadt des Westfälischen Friedens für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Frieden ist eine dauerhafte Aufgabe – er bedeutet Inklusion, Teilhabe und die kritische Arbeit mit der eigenen

120 Geschichte.

121 Die Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit Münsters und der Kriegerdenkmäler
122 ist daher ein Schlüsselanliegen. Dies umfasst sowohl historische Forschung als
123 auch künstlerischen und kulturellen Diskurs.

Antrag

Initiator*innen:

Titel: Wohnen

Antragstext

1 Wohnen

2 Wer GRÜN wählt, stimmt für ...

- 3 • Schaffung von neuem, bezahlbarem Wohnraum.
- 4 • Stärkung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus und Steigerung seines Anteils
- 5 am gesamten Wohnungsneubau.
- 6 • Gründung einer Bürgergenossenschaft Münster, die bestehende Wohnungen im
- 7 Bestand ankaufen und sanieren kann, um Wohnraum in gemeinwohlorientierten Besitz
- 8 zu überführen.
- 9 • konsequenten Mieter*innenschutz mit dem Einsatz aller Instrumente, die der
- 10 Stadt zur Verfügung stehen.
- 11 • Reduzierung der Wohnungslosigkeit durch Absicherung und Ausbau der sozialen
- 12 Infrastruktur

13 Wohnen ist ein Grundrecht und darf kein Luxus sein. In Münster, einer der
14 attraktivsten Städte Deutschlands, erleben wir seit Jahren eine angespannte
15 Wohnraumsituation mit steigenden Mieten und zu wenig bezahlbarem Wohnraum. Als
16 einzige Partei nehmen wir das Spannungsfeld zwischen notwendigem Neubau und dem
17 Erhalt ökologisch wertvoller Flächen ernst. Auch wenn es ein Ziel ist, das
18 schwierig zu erreichen ist, setzen wir uns dafür ein, dass alle Menschen in
19 unserer Stadt ein Zuhause finden können – unabhängig von Einkommen und Vermögen,
20 Herkunft oder Lebenssituation. Gleichzeitig kämpfen wir für stärkere
21 Regulierungen auf Landes- und Bundesebene, um den kommunalen Einfluss auf den
22 Wohnungsmarkt zu sichern und Bezahlbares für alle Münsteraner*innen zu
23

ermöglichen.

Erfolge der letzten Ratsperiode

- Dank einer engagierten Wohnungspolitik ist Münster in Nordrhein-Westfalen die Nummer eins beim Wohnungsneubau, da die Stadt die größte Wohnungsbauquote im NRW-Vergleich aufweist.
- Durch die Übergabe von Grundstücken an die „Wohn + Stadtbau“ im Wert von über 50 Millionen Euro haben wir den Bau vieler neuer Wohnungen – gerade im öffentlich geförderten Wohnungsbau – ermöglicht.
- Ein besonderes Augenmerk lag für uns auch auf der Förderung von genossenschaftlichem Wohnen, wie zum Beispiel dem jüngst fertiggestellten Projekt „Grüner Weiler“.

Neuen Wohnraum schaffen

Münster ist bislang die Nummer eins beim Wohnungsneubau in Nordrhein-Westfalen und wir werden weiter daran arbeiten, dass dies auch in Zukunft so bleibt. Hierbei hat für uns der Neubau von Mehrfamilienhäusern unter Beachtung von Nachhaltigkeitsaspekten Priorität, denn nur so können wir möglichst viel bezahlbaren Wohnraum auf weniger Fläche schaffen.

In den kommenden Jahren werden wir – insbesondere in den Modellquartieren der Stadt – neuen Wohnraum schaffen, der gerecht verteilt ist und alle einschließt: rollstuhlgerecht, barrierefrei für alle Sinne und unterstützt durch moderne Technologien. Unser Ziel ist es, dass es in allen Quartieren eine bunte und diverse Mischung aus Münsteraner*innen unterschiedlicher sozialer Milieus, Jung und Alt, Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte, Familien mit Kindern und Alleinstehenden gibt und so der soziale Frieden und das gesellschaftliche Miteinander gefördert werden.

Gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik voranbringen

Ein wichtiger Weg, um bezahlbaren Wohnraum langfristig zu sichern, führt über gemeinwohlorientierte Wohnformen. Ob Genossenschaften oder Wohnungen im städtischen Eigentum – hier wird preisgünstiger Wohnraum dauerhaft gesichert und vor Profitstreben geschützt. Dabei leisten auch die meisten privaten Eigentümer*innen und besonders lokale Wohnungsunternehmen ihren Beitrag zu bezahlbarem Wohnen, was wir mit der städtischen Bodenpolitik absichern.

Wir fördern innovative Wohnformen wie genossenschaftliche Projekte, Mehrgenerationenwohnen und Wohninitiativen, die neben bezahlbarem Wohnraum auch den sozialen Zusammenhalt stärken. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die kommunale Beratung für solche Projekte ausgebaut wird.

Das Wohnungsbauunternehmen der Stadt Münster „Wohn + Stadtbau“ ist einer der wichtigsten Kooperationspartner für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Wir werden den erfolgreichen Kurs der letzten Jahre fortführen und die Einlagerung von städtischen Grundstücken in die Gesellschaft vorantreiben. Zusätzlich streben wir die Gründung einer Bürgergenossenschaft Münster an, die nach Hanauer Vorbild Wohnungen im Bestand ankaufen und sanieren kann – besonders dort, wo Investmentfonds Sanierungsstau verursachen. Diese Genossenschaft soll letztlich den Mieter*innen gehören und städtisches wie privates Kapital nutzen, um Wohnraum in gemeinwohlorientierten Besitz zu überführen. Wenn möglich sollen auch städtische Vorkaufsrechte zu ihren Gunsten ausgeübt werden.

Vorhandenen Raum besser nutzen

In Münster gibt es erhebliches Potenzial, durch kreative Lösungen neuen Wohnraum zu schaffen. Wir werden den Umbau leerstehender Gewerbeimmobilien zu Wohnungen fördern und Anreize für Dachgeschossausbauten und die Einrichtung von Einlieger*innenwohnungen stärken. Hierfür entwickeln wir ein vereinfachtes Genehmigungsverfahren und eine entsprechende Beratung. Auch Zwischennutzungen für Wohnen wollen wir stärken. Gegen Leerstände wollen wir alle Möglichkeiten – insbesondere die der Wohnraumschutzsatzung – nutzen.

Bodenpolitik und öffentlich geförderter Wohnungsbau

Unsere soziale Bodennutzung Münster (SoBoMü) hat in den vergangenen Jahren maßgeblich zur Schaffung von öffentlich gefördertem Wohnraum beigetragen. In jedem neuen Baugebiet im Außenbereich sollen auf städtischen Flächen 60 Prozent geförderte Wohnungen entstehen. Dank erfolgreicher Ankaufpolitik konnten wir oft mehr als die Hälfte neuer Baugebiete in städtischen Besitz bringen. Nun entwickeln wir diese Politik weiter: Wir passen den Anteil öffentlich geförderten Wohnungsbaus flexibel an die jeweiligen Quartiere an, mit dem Ziel, stadtweit etwa 40 Prozent geförderten Wohnraum in Neubaugebieten zu erreichen.

Um Flächen langfristig der Spekulation zu entziehen, halten wir sie verstärkt in städtischer Hand. Wir werden den Anteil städtischer Grundstücke, die wir in Erbpacht vergeben, deutlich erhöhen. Mittelfristig streben wir eine "Erbbaurecht-first"-Vergabe mit Laufzeiten von bis zu 99 Jahren an und veräußern Grundstücke nur noch in Ausnahmefällen. Dies gibt Investor*innen

Planungssicherheit und sichert gleichzeitig das Gemeinwohl. Hierbei erproben wir auch, mit dem Erbbaurecht längere Mietpreisbindungen zu vereinbaren.

Zur Sicherung bestehender öffentlich geförderter Wohnungen werden wir das Förderprogramm zum Ankauf und zur Verlängerung auslaufender Belegungsrechte weiterhin nutzen. Parallel setzen wir uns auf Landes- und Bundesebene für eine Reform der Wohnraumförderung mit längeren Bindungsfristen und besseren Finanzierungsbedingungen ein.

Wohnen für junge Menschen

Münster ist eine Stadt, in der viele junge Menschen leben. Für sie ist es häufig schwierig, bezahlbaren Wohnraum in Münster zu finden. Deshalb werden wir daran arbeiten, dass es in Münster ausreichend Wohnraum für junge Menschen gibt. Wir werden uns zum Beispiel für den Bau von Wohnheimen für Auszubildende einsetzen und wollen auch Unternehmen davon überzeugen, in Wohnungen für Mitarbeitende zu investieren. Die kommunalen Unternehmen im Stadtkonzern könnten hier beispielhaft vorangehen. Insbesondere für Azubi-Wohnheime sollen Grundstücke in neuen Baugebieten angeboten werden. Auch alternative Wohnformen wie zum Beispiel das vergünstigte Wohnen im Gegenzug zur Unterstützung von älteren Menschen oder zu Nachhilfe werden wir stärken.

Um ausreichend Wohnraum für die vielen – teils auch aus dem Ausland kommenden – Studierenden in Münster zu schaffen, muss es mehr Studierendenwohnungen geben. Daher soll die Stadt insbesondere in Neubaugebieten Grundstücke zur Verfügung stellen, sodass das Studierendenwerk und andere Träger dort bauen können. Auch in den neuen (Modell)quartieren müssen Studierende berücksichtigt werden. Zugleich werden wir uns auch für den Erhalt der bestehenden, gemeinwohlorientierten Studierendenwohnheime wie zum Beispiel das Volkeningheim und für die Förderung von temporären Wohnangeboten für Erstsemesterstudierende einsetzen.

Wohnen für Familien

Damit Familien mit mehreren Kindern in Münster gut leben können, braucht es für diese ausreichend großen und bezahlbaren Wohnraum. In Münster muss es auch Alleinerziehenden und Familien mit Migrationsgeschichte möglich sein, eine passende Wohnung zu finden. Dafür müssen noch mehr größere Wohnungen explizit für Familien geschaffen und vorgehalten werden. Insbesondere in den neuen (Modell)quartieren muss die Schaffung von Wohnraum für Familien ein prioritäres Anliegen sein. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass neben der „Wohn + Stadtbau“ auch andere Wohnungsbauträger familientauglichen Wohnraum schaffen,

wenn sie Grundstücke von der Stadt erhalten. Um Familien das Wohnen im Eigentum zu erleichtern, werden wir die bestehenden Förderungen des Erwerbs von Wohneigentum – auch als geförderte Eigentumswohnungen in Mehrfamilienhäusern – weiter bewerben.

Wohnen im Alter

Um Münster zu einer altersgerechten Stadt zu machen und ein selbstbestimmtes Leben im Alter zu fördern, werden wir den Bestand an barrierefreiem und -armen Wohnraum in den nächsten Jahren deutlich erhöhen. Daher werden wir insbesondere auf den Aus- und Umbau des bestehenden Wohnraums durch die Wohnungsunternehmen drängen. Barrierefreier Wohnraum muss in der ganzen Stadt entstehen, damit älteren Menschen bei einem Umzug ein Verbleib im angestammten Quartier ermöglicht wird. Ein Umzug in attraktive kleinere Wohneinheiten kann zudem dazu beitragen, dass Wohnraum in größeren Einfamilienhäusern von mehr Menschen genutzt werden kann. Wir werden Mehrgenerationenwohnen, gemeinschaftlichem Wohnen und alternativen Wohnformen in Münster mehr Raum und Aufmerksamkeit geben.

Mieter*innen schützen und unterstützen

Wir werden alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen, dem extremen Druck auf dem Wohnungsmarkt mit den Folgen immer weiter steigender Mieten zu begegnen. Dazu bedarf es dem konsequenten Einsatz aller Instrumente, die Bund und Land den Kommunen zur Verfügung stellen. Dies setzt voraus, dass wir das Amt für Wohnungswesen und Quartiersentwicklung stärken, um diesen Aufgaben wirkungsvoll nachzukommen.

Im Jahr 2022 haben wir die Wohnraumschutzsatzung überarbeitet und neue Regelungen eingeführt. Diese schreiben vor, dass Wohnungen nur unter engen, genehmigungspflichtigen Voraussetzungen für andere Zwecke als das Wohnen genutzt werden dürfen. Dazu zählen – wie bisher – unter anderem der Abriss von Wohnungen, die Nutzung von Wohnraum für berufliche oder gewerbliche Zwecke sowie der Leerstand. Seit September 2022 fällt auch die Kurzzeitvermietung neu unter diese Regelungen. Wir werden die Umsetzungskapazitäten ausbauen, damit diese Vorgaben nicht nur auf dem Papier bestehen.

Mit dem Wohnraumstärkungsgesetz hat das Land NRW Städte und Gemeinden in die Lage versetzt, gezielter gegen Verwahrlosung vorzugehen und Mindestanforderungen an die Unterbringung in Wohnungen durchzusetzen. Es steht zu erwarten, dass wir es in absehbarer Zeit zunehmend mit Häusern zu tun haben werden, in denen Vermieter*innen den Instandhaltungspflichten seit Jahren nicht nachgekommen

sind. Darauf müssen wir vorbereitet sein und handeln, bevor die Wohnverhältnisse unzumutbar werden. Die kostenlose Beratung und Hilfe für Mieter*innen, die über ein geringes Einkommen verfügen, ist hierbei ein wichtiger Baustein, weshalb wir Mieter*innenberatungsscheine weiterhin niedrigschwellig anbieten werden.

Die soziale Erhaltungssatzung im Hafen-, Hansa-, Herz-Jesu-Viertel schützt die Zusammensetzung der Bevölkerung vor Verdrängung. Wir werden mit Blick auf künftige Entwicklungen im innerstädtischen Bereich prüfen, wo zeitnah weitere Erhaltungssatzungen auf den Weg gebracht werden müssen, um gut funktionierende Nachbarschaften und beständige Quartiere zu erhalten.

Das Wirtschaftsstrafgesetz gibt der Stadt die Möglichkeit, gegen die Vermieter*innen vorzugehen, die hemmungslos die Lage am Wohnungsmarkt durch das Verlangen von deutlich überhöhten Mieten ausnutzen. Wir wollen, dass mit einem Online-Formular die Stadt für Mieter*innen die Voraussetzung schafft, eine erste Überprüfung des Verdachts auf Mietpreisüberhöhung vorzunehmen. Bestätigt sich der Verdacht, muss dem konsequent nachgegangen werden. Ein aufwendiges, aber zurzeit auch für unsere Stadt ein alternativloses Verfahren, welches wir für ein gerechtes Münster konsequent einsetzen werden.

Von der Landesregierung fordern wir weiterhin, dass die in 2020 ausgelaufene Umwandlungsverordnung unverzüglich wieder auf den Weg gebracht wird. Mit dieser Verordnung kann die Stadt die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen untersagen. Wie wir aus Städten in anderen Bundesländern wissen, zeigt dieses Vorgehen insbesondere in Gebieten mit Milieuschutzzatzungen deutlich Wirkung.

Wohnungslosigkeit

Unser Ziel ist es, Wohnungslosigkeit in Münster bis 2030 drastisch zu senken. Dazu werden wir die bereits vorhandene soziale Infrastruktur durch eine verlässliche Finanzierung absichern und gezielt Angebote für wohnungslose Menschen im Sinne des Masterplans ‚Wohnungslosigkeit‘ weiter ausbauen.

Gleichzeitig braucht es eine stadtteilorientierte Strategie zur Prävention von Wohnungslosigkeit. Neben zentralen Treffpunkten werden wir insbesondere dezentrale Stadtteiltreffs fördern, um wohnungslose oder von Wohnungslosigkeit gefährdete Menschen direkt in ihren Lebensumfeldern zu erreichen, um präventiv wirken zu können und soziale Isolation zu verhindern. Wohnungslosigkeit darf nicht allein als Problem der Innenstadt betrachtet werden – wir setzen deshalb auf quartiersorientierte Lösungen.

Wir werden präventive Maßnahmen gegen Wohnungslosigkeit insbesondere für junge

Menschen weiter ausbauen. Um ihnen künftig besser helfen zu können, setzen wir uns für eine stärkere Vernetzung der relevanten Akteur*innen ein – insbesondere an den Schnittstellen zwischen Jugendhilfe und Sozialhilfe. Zusätzlich werden wir gezielt auf junge Menschen zugeschnittene Streetwork-Angebote stärken und ausbauen, um ihnen niedrigschwellige Hilfsangebote und nachhaltige Unterstützung bereitzustellen.

Mit der erst kürzlich auf unsere Initiative hin im Haushalt abgesicherten sozialen Wohnraumagentur und Wohnungsvermittlung werden wir in vielen Fällen einer Wohnungslosigkeit entgegenwirken können. Wir werden darauf drängen, dass bislang ungenutzte geeignete Immobilien für eine soziale Wohnraumnutzung zur Verfügung gestellt werden. Für wohnungslose Familien mit Kindern werden wir feste Wohnungskontingente schaffen, die an kommunale Versorgungsstrukturen angebunden sind, um ihnen schnellstmöglich ein eigenes Zuhause zu ermöglichen. Gleichzeitig werden wir das bestehende Beratungsangebot für Familien in Wohnungsnotsituation sichern und bedarfsgerecht erweitern. Auch Hilfsangebote zur Förderung der Selbstständigkeit werden wir ausbauen und für die Gruppe der Wohnungslosen, die neu in Münster angekommen sind und sich nicht gut auf Deutsch verständigen können, den Zugang zu Sprachkursen verbessern.

Besonders vulnerable Gruppen, wie oftmals Frauen, benötigen gezielte Schutzkonzepte, denn gerade diese sind oft jahrelang „verdeckt“ obdachlos und erleben auf der Straße aber auch in Unterkünften vermehrt Gewalt. Deswegen werden wir spezifische Hilfsangebote ausbauen und vorhandene Schutzräume stärken, um die Umsetzung der Istanbul-Konvention für gewaltbetroffene wohnungslose Frauen in allen Einrichtungen sicherzustellen. Zudem werden wir die Wohn- und Unterstützungsangebote für wohnungslose Frauen erweitern.

Wir setzen uns für einen diskriminierungsfreien Zugang zu bezahlbarem Wohnraum für alle ein und werden mobile Dienste für die aufsuchende soziale und gesundheitliche Arbeit sichern und ausweiten. Ein wichtiger Baustein in der Wohnungslosenhilfe ist für uns der Ausbau des „Housing First“-Ansatzes. Wir werden uns dafür einsetzen, dass wohnungslose Menschen ohne Voraussetzungen Wohnraum erhalten und so langfristig in ein stabiles Leben zurückfinden können. Darüber hinaus wollen wir auch den Bau von Clusterwohnungen für Wohnungslose mit gesundheitlichen Einschränkungen und Pflegebedarf vorantreiben und Angebote für Menschen schaffen, die keine Wohnung, aber einen Job haben. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Wohnangebote bereits bei der Planung und Errichtung neuer Wohnquartiere berücksichtigt werden. Über Belegungsrechte und Kooperationsvereinbarungen kann die Stadt schon heute Menschen in Wohnungsnot in eine Wohnung vermitteln. Wir werden die bestehende Praxis und die Quotenregelung in den Kooperationsvereinbarungen evaluieren, um vor allem auch in neuen Quartieren noch mehr Menschen in Notsituationen eine Wohnung vermitteln zu

238 können. Unser Ziel dabei ist, dass die Stadt mindestens 5% der neuen Wohnungen
239 an Menschen in Notsituationen vermitteln kann.

240 Gemeinsam mit dem LWL und anderen sozialen Trägern soll ein Angebot für die
241 gezielte Unterstützung von wohnungslosen Menschen mit hohem Hilfebedarf
242 entwickelt werden. Außerdem sollen Geflüchtete gezielt dabei unterstützt werden,
243 aus Unterkünften in den freien Wohnungsmarkt zu wechseln. Auch für
244 haftentlassene Personen soll es spezifische Unterstützung geben, damit auch sie
245 Wohnraum finden können.

Antrag

Initiator*innen:

Titel: Soziale Teilhabe

Antragstext

1 Soziale Teilhabe

2 Wer GRÜN wählt, stimmt für ...

- 3 • inklusive Quartiere mit wohnortnahen Beratungs- und Begegnungsangeboten.
- 4 • mehr Dritte Orte als demokratische Räume – offen für alle Menschen.
- 5 • unbürokratische Soforthilfen für Menschen in akuten Notlagen.
- 6 • Erhalt und Weiterentwicklung des Münster-Passes.

7 Grüne Politik steht für eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe aller
8 Menschen. Unabhängig von finanzieller Situation und Bildung,
9 Migrationsbiografie, Alter, sexueller Identität oder gesundheitlichen
10 Einschränkungen müssen alle Zugänge zu sozialen, kulturellen und politischen
11 Angeboten haben. Dazu werden wir Barrieren abbauen und Zugänge schaffen, um
12 Partizipation, Teilhabe und Teilnahme zu fördern und Perspektivlosigkeit,
13 Isolation und Einsamkeit zu verhindern. Unsere Sozialpolitik setzt auf
14 Selbstbestimmung statt Entmündigung – sie soll Menschen befähigen, ihr Leben
15 eigenständig zu gestalten.

16 Unser besonderes Augenmerk liegt auf Menschen in schwierigen Lebenslagen – für
17 sie werden wir die Versorgung mit passgenauen Angeboten sichern und weiter
18 ausbauen. Grüne Politik steht für Solidarität mit Menschen mit erhöhtem
19 Unterstützungsbedarf und für unbürokratische, schnelle Hilfen, damit alle
20 Münsteraner*innen aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Soziale Teilhabe erfordert eine starke und vielfältige soziale Infrastruktur. Die Trägervielfalt in Münster ist ein zentraler Baustein dieser Infrastruktur, die wir erhalten und ausbauen werden. Dafür werden wir eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung sicherstellen und insbesondere kleine Träger vermehrt unterstützen. Zudem werden wir die Vernetzung der Träger themenfokussiert weiter ausbauen.

Erfolge der letzten Ratsperiode

- Wir haben die Quartierskonzepte in den Stadtteilen deutlich ausgebaut – mit neuen Quartierstreffs und einem stärkeren Quartiersmanagement, das die Nachbarschaften stärkt und vernetzt.
- Wir haben die Wohnungslosenhilfe auf eine neue Stufe gehoben: mit einem umfassenden Masterplan, der neue Wohnangebote schafft, eine soziale Wohnraumagentur etabliert, präventive Hilfen stärkt und speziell auf wohnungslose Frauen, junge Menschen und Familien zugeschnittene Angebote ausbaut.
- Wir haben den Münster-Pass erweitert und abgesichert, um noch mehr Menschen den Zugang zu wichtigen Angeboten und gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen.

Quartierskonzepte

Unser Ziel ist es, inklusive Stadtteile und Sozialräume zu schaffen, in denen alle Menschen selbstbestimmt und gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben und in ihrem Umfeld leben können. Hierzu werden wir eng mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe als einem wesentlicher Träger der Inklusion und anderen Träger bei der Sozialplanung zusammenarbeiten.

Bis 2030 werden wir die Zielsetzung der Stadt, in allen Stadtteilen Quartiersstützpunkte und -treffs einzurichten, schrittweise umsetzen. Unter ihrem Dach werden wohnortnah professionelle soziale Beratungs- und Unterstützungsangebote entwickelt, insbesondere für Kinder und Jugendliche sowie ältere Menschen. Hierbei werden wir auch die Mehrgenerationenhäuser und Stadteiltreffs einbeziehen sowie Initiativen und Nachbarschaften in den Stadtteilen stärken und deren Arbeit unterstützen. Besonders im Blick haben wir dabei Stadtteile, in denen Menschen mit sozialen Benachteiligungen zu kämpfen haben. Hier setzen wir uns gezielt für den gleichberechtigten Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen ein.

Für alle Menschen im Stadtteil werden leicht zugängliche Angebote für Begegnung, Kommunikation, solidarische Nachbarschaft sowie freiwilliges und ehrenamtliches Engagement entwickelt. Wir schaffen Orte der Begegnung und des Austausches zwischen gesellschaftlichen Gruppen – etwa zwischen Jüngeren und Älteren oder Menschen mit und ohne Migrationserfahrungen. Wir werden die Einrichtung von Quartiersbudgets zur Förderung der ehrenamtlichen Arbeit prüfen. Zur Entwicklung und Koordination in den Quartieren werden wir zusätzliche Stellen für Quartiersmanager*innen einrichten.

Wir werden die sozialen Beratungsangebote und die Stadtteilsozialarbeit ausbauen und weiterentwickeln. Die Stadtteilsozialarbeit umfasst unter anderem Beratung zur Grundsicherung sowie aufsuchende Hilfen, um Menschen in sozialen Notlagen oder prekären Lebenssituationen zu unterstützen. Dazu gehören auch Hilfen zur Haushaltsführung bei Pflegebedarf, gesundheitlichen Einschränkungen, bei einer Behinderung oder im Alter sowie Angebote gegen Einsamkeit. Unser Ziel ist es, den Menschen ein selbstständiges Leben und Wohnen in ihrem Quartier zu ermöglichen. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zu einer präventiven, sozialraumorientierten Stadtpolitik.

Dritte Orte

Leicht erreichbare, wohnortnahe und nicht-kommerzielle Dritte Orte sind wichtige demokratische Räume für ALLE. Die Möglichkeit, hier außerhalb des privaten und beruflichen Kontextes mit anderen in Kontakt zu treten, muss für Menschen aller Generationen möglich sein, ohne etwas zu kaufen oder zu konsumieren. Orte der Begegnung zwischen Alt und Jung, des kreativen „Abhängens“ von Jugendlichen, des Verweilens von Älteren sowie der Muße im hektischen Alltag fördern den gesellschaftlichen Zusammenhalt und machen eine Stadt lebenswert. Wir werden vielfältige und inklusive Dritte Orte in allen Stadtteilen schaffen. Dabei binden wir Stadtteil- und Nachbarschaftsinitiativen aktiv ein und berücksichtigen den besonderen Schutzbedarf von Frauen, Mädchen und queeren Menschen im öffentlichen Raum.

Wir werden ein Förderprogramm für Dritte Orte ins Leben rufen. Damit werden wir Initiativen unterstützen, die barrierefreie oder barrierearme Begegnungsräume schaffen und bekannt machen. Dazu können auch niedrighschwellige und kostengünstige Projekte gehören, etwa sogenannte Plauderbänke.

Die Stadtverwaltung beauftragen wir, einen „Runden Tisch Dritte Orte“ einzurichten. Ziel ist es, den Austausch zu fördern und gemeinsam Ideen zu sammeln, wie bestehende Infrastruktur und Angebote kreativ und einfach ergänzt werden können, um Begegnungen zu ermöglichen und Einsamkeit entgegenzuwirken. Auch Unternehmen und die Zivilgesellschaft laden wir ein, sich an diesen

Initiativen zu beteiligen und sie zu unterstützen.

Unbürokratische Hilfen

Grüne Politik bedeutet, Zugänge für alle Münsteraner*innen zu schaffen. Deshalb werden wir uns weiter für den Ausbau unbürokratischer und flexibel greifender Hilfsangebote einsetzen.

Es gibt viele Gründe, weshalb Menschen, die sich in prekären Lebenssituationen befinden, in akute Notlagen geraten. Um in diesen Fällen eine schnelle, unkomplizierte Hilfe bieten zu können, werden wir einen Hilfsfonds initiieren. Über diesen Hilfsfonds können kurzfristig entstandene Kosten abgedeckt werden – in der Struktur vergleichbar mit dem Sozialenergiefonds für einkommensschwache Haushalte, den die Stadt Münster gemeinsam mit den Stadtwerken und den Wohlfahrtsverbänden angeschoben hat. Ziel ist, eine Verschärfung der finanziellen Schieflage und daraus resultierende Folgen abzuwenden; der Anspruch auf staatliche Leistungen muss davon unberührt bleiben.

Eine Zielgruppe sind in diesem Kontext zum Beispiel neu in Münster ankommende Migrant*innen, die nicht schnell genug eine Erwerbsarbeit aufnehmen können sowie keinen Anspruch auf Sozialleistungen haben. Wir werden daher perspektivisch die dauerhafte Sicherung unabhängiger Beratungsstellen wie der Europa-Brücke Münster gewährleisten, damit sie Unterstützung erhalten, ihre Rechte durchsetzen und ihre Lebenslage verbessern können.

Für gelungene selbstbestimmte Teilhabe braucht es zudem Sprachfähigkeit und ein funktionierendes, bedarfsgerechtes Informationswesen. Es gibt Menschen, die aus Unkenntnis sowie Scham und der Befürchtung, stigmatisiert zu werden, ihnen zustehende Sozialleistungen und beratende Hilfen nicht in Anspruch nehmen. Hier muss die Stadt Unterstützung als Bringschuld im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge durch geeignete Maßnahmen anbieten, um Unterversorgung zu vermeiden und abzubauen. Hilfen wie auch der Hinweis auf Beratung und Unterstützung müssen barrierefrei und niedrigschwellig erfolgen. Wir werden die bereits bestehenden Beratungs- und Unterstützungsangebote wie die unabhängige Sozialberatungsstelle SiC im CUBA, die Sozialberatung in den Stadtteilen sowie die aufsuchende Stadtteilsozialarbeit hierzu weiter stärken und fördern. Zudem fördern wir Initiativen und Träger, die darüber hinaus Menschen mit Migrationsgeschichte bei ihren Angelegenheiten zur sozialen Sicherung zusätzlich unterstützen. Menschen mit geringen Deutschkenntnissen brauchen in der Auseinandersetzung mit Ämtern, mit Trägern, mit Beratungsstellen ebenso Unterstützung, um informiert Entscheidungen treffen und Angebote wahrnehmen zu können. Dafür braucht es nicht immer zertifizierte Dolmetscher*innen, die erst beantragt und finanziert werden müssen. Wir setzen uns deshalb für eine

131 Erweiterung des Sprach- und Kulturmittlungs-Tools des Kommunalen
132 Integrationszentrums ein.

133 Präventiv setzen wir weiterhin auf eine gute Schuldner*innenberatung und einen
134 unabhängigen Verbraucherschutz.

135 Weiterhin werden wir den Ausbau des Münster-Passes weiter fördern, der
136 einkommensarmen Bürger*innen die kostengünstige Teilnahme in verschiedenen
137 Bereichen anbietet sowie den Kauf vergünstigter Tickets für den ÖPNV. Der
138 Münster-Pass soll weiter fortgeführt werden und zusätzliche
139 Kooperationspartner*innen gewinnen, um noch stärker und differenzierter die
140 Bedarfe der Zielgruppen abzudecken.

141 Auch suchtkranke Menschen brauchen weiterhin adäquate Unterstützung – nicht nur
142 durch die Sicherung und den Ausbau von zentralen Anlaufstellen, sondern
143 verstärkt durch aufsuchende Sozialarbeit, um die notwendige und hinreichende
144 Versorgung im Quartier weiter voranzutreiben. Zugleich wollen wir das Angebot an
145 ambulant betreuten Wohngruppen erweitern.

146 Zur Unterstützung von Wohnungslosen und von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen
147 werden wir die bestehende soziale Infrastruktur weiter fördern und
148 bedarfsgerechte Unterstützung ausbauen – dazu gehören dezentrale Hilfsangebote
149 und gezielte Maßnahmen für betroffene Gruppen wie junge Menschen, Frauen und
150 queere Personen. (Verweis Kapitel Wohnen)

151 Es gilt also insgesamt, für passgenaue, zugängliche Hilfen die städtischen
152 Beratungsangebote sowie Angebote freier Träger zu stärken und fest in der
153 sozialen Stadtteilarbeit zu verankern.

Antrag

Initiator*innen:

Titel: Inklusion von Menschen mit Behinderung

Antragstext

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Wer GRÜN wählt, stimmt für...

- inklusive und barrierefreie Gestaltung von Grünflächen, Spielplätzen und Veranstaltungen.
- Beteiligung ohne Barrieren - Leichte und Einfache Sprache bei Kommunikation mit Verwaltung.
- barrierefreies Wohnen und 500 neue Wohnangebote für Menschen mit Behinderungen bis 2030.
- einen vollständig barrierefreien Öffentlichen Personennahverkehr mit Niederflurbussen und barrierefreien Haltestellen.

Inklusion ist ein Menschenrecht. Die UN-Behindertenrechtskonvention und deren Umsetzung ist die Leitlinie unserer Politik. Daher sind für uns der Abbau von Barrieren, die inklusive Grundausrichtung und eine selbstverständliche gesellschaftliche Teilhabe zentrale Anliegen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Inklusion als universelles Prinzip für alle Prozesse und Planungen in der Stadt zugrunde gelegt wird.

Seit vielen Jahren arbeiten wir GRÜNE erfolgreich daran, in Münster die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen, und zwar für jede Lebensphase. Von barrierefreien Spielplätzen für Kinder (Verweis Kapitel Kinder und Familie) bis hin zu Sitzbänken an Haltestellen für ältere Menschen: Inklusion muss überall spürbar sein. Doch wir wissen auch, dass noch viel zu tun ist.

Erfolge der letzten Ratsperiode

- Wir haben den Aktionsplan „Münster auf dem Weg zur inklusiven Stadt“ kontinuierlich umgesetzt und damit konkrete Schritte hin zu mehr Teilhabe und Barrierefreiheit eingeleitet.
- Wir haben den Fahrdienst für Menschen mit Behinderung neugestaltet – durch die Einführung eines Pauschalbetrags ist eine individuellere und flexiblere Nutzung möglich geworden.
- Wir haben mit dem Handlungskonzept „Inklusive Beteiligung“ einen wegweisenden Rahmen geschaffen, um Menschen mit Behinderung aktiv und gleichberechtigt an politischen Prozessen in Münster zu beteiligen.
- Wir haben den Beschluss gefasst, alle Kinderspielplätze in Münster inklusiv und barrierefrei zu gestalten – für gemeinsames Spielen ohne Hürden.
- Wir haben Grundsatzbeschlüsse auf den Weg gebracht, die den Bau barrierefreier und bedarfsgerechter Wohnungen in allen neuen Wohnquartieren und -projekten verbindlich machen.

Selbstbestimmt Leben und Wohnen sichern

Es ist wichtig, dass Menschen selbst entscheiden können, wie und wo sie im Alter oder bei Beeinträchtigung leben möchten. Das ist eine zentrale Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Wir fördern eigenständige Entscheidungen rund um Leben und Wohnen und schaffen entsprechende Unterstützungsangebote – auch für Menschen mit umfassenden Hilfebedarfen.

Alle neuen Wohnanlagen und Wohnprojekte werden barrierefrei gestaltet. Auch Renovierungen sollten von vornherein mit Blick auf Barrierefreiheit konzipiert werden.

Unser Ziel ist es, bis 2030 bis zu 500 weitere Wohnangebote für Menschen mit Behinderung zu schaffen, insbesondere im Bereich des ambulant unterstützten Wohnens und „Wohnen mit Assistenz“. Mit dem von uns bereits eingerichteten Förderprogramm „Versorgungssicherheit im Quartier“ werden wir unter anderem technische Unterstützung im Haushalt, den Abbau von baulichen Barrieren und weitere Hilfen zur Sicherung des selbstbestimmten Lebens in der eigenen Wohnung anbieten.

Barrierefreiheit im öffentlichen Raum

Mobilität ist ein Grundrecht und wir werden einen ÖPNV einfordern, der für alle Menschen zugänglich ist. Dazu müssen endlich alle Bushaltestellen in Münster barrierefrei sein und im Nahverkehr ausschließlich Niederflurbusse auf den Linien fahren. Dazu treffen wir mit allen beteiligten Verkehrsbetrieben entsprechende Vereinbarungen. An Haltestellen sollen auch im außerstädtischen Bereich Echtzeit-Informationen übermittelt werden; die App sollte perspektivisch ergänzend Echtzeit-Informationen in Gebärdensprache und Einfacher Sprache zur Verfügung stellen.

Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass das Taxi-Angebot für Menschen im Rollstuhl weiter ausgebaut wird und mehr Dienstleister*innen Fahrdienste in geeigneten Fahrzeugen anbieten. Nur so ist dann für Menschen, die auf diese Fahrdienste angewiesen sind, eine flexible, individuelle Planung möglich, die sich nicht nach der Verfügbarkeit eines Fahrdienstes richten muss.

Für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung werden wir dafür sorgen, dass es an den Haltestellen und im Stadtgebiet genügend Sitzmöglichkeiten gibt bzw. vorhandene Sitzmöglichkeiten nicht weiter abgebaut werden. Barrierefreie Toiletten sind ein wichtiger Aspekt für Mobilität. Sie müssen nicht zwangsläufig neu gebaut werden, eine Ausweitung des Angebots „nette Toilette“ kann an vielen Standpunkten eine ökologisch und finanziell sinnvolle Alternative sein.

Das gilt auch für Veranstaltungen und die Gastronomie in Münster. Bei der Planung muss Barrierefreiheit mitgedacht werden – dazu gehören neben den genannten Aspekten der Mobilität auch das Angebot von Gebärdensprachdolmetscher*innen, von induktiven Höranlagen, Rückzugsräumen und Informationsmaterial in Einfacher Sprache. Zudem können rein digitale Zugänge, etwa in Anmeldesystemen zu Veranstaltungen, für ältere Menschen und Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen eine erhebliche Barriere darstellen. Analoge Alternativen müssen bei der Planung von Angeboten und Veranstaltungen daher mitgedacht werden.

Selbstbestimmt Beteiligen – Mitwirkung verwirklichen

Im Rat der Stadt haben wir die Erarbeitung inklusiver Beteiligungsformen durch die betroffenen Menschen als Expert*innen in eigener Sache mit initiiert. Wir werden diese Vorhaben in der kommenden Ratsperiode voll umsetzen.

Wir werden die Ausbildung unter anderem von Gebärdensprachdolmetscher*innen unterstützen und durch konsequenten Einsatz bei städtischen Veranstaltungen

deren Tätigkeit verstetigen. Wir haben die Einführung der Leichten und Einfachen Sprache bei der Stadtverwaltung mit auf den Weg gebracht und werden dies schrittweise umsetzen. Davon profitieren viele Personen: Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen ebenso wie Migrant*innen, die gerade erst in Deutschland ankommen oder (noch) keinen Sprachkurs besuchen konnten, funktionale Analphabet*innen sowie Menschen mit herausfordernden Bildungsbiografien. Die Verwaltung profitiert auch selbst, wenn sie Informationen so vermittelt, dass sie von möglichst vielen Menschen verstanden werden. Hierzu werden wir auch die technischen Möglichkeiten der Künstlichen Intelligenz (KI) nutzen.

Die Mitnahme von Assistenzhunden in Geschäften, Praxen und sonstigen Bereichen des alltäglichen Lebens ist gesetzlich verankert. Dennoch stoßen die Betroffenen im Alltag immer noch auf Hürden und Verbote. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass Assistenzhunde überall mitgenommen werden dürfen und in Münster das Siegel „Assistenzhundefreundliche Kommune“ in der Praxis auch umgesetzt wird.

Menschen mit Behinderung in ihrer Vielfalt gerecht werden

Menschen mit Behinderung sind eine sehr heterogene Gruppe: Es sind Frauen und Männer, queere und trans Personen, arme und reiche Münsteraner*innen, Menschen mit und ohne Flucht- oder Migrationsgeschichte. All diese Gruppen sehen sich eigenen individuellen Herausforderungen gegenüber und sind unterschiedlich von Diskriminierung und Behindertenfeindlichkeit betroffen. Zum Beispiel im Zusammenspiel von Migrationsbiografie und Behinderung bestehen nach wie vor viele Hürden, sich in den bestehenden Hilfesystemen – etwa der Eingliederungshilfe oder Hilfe zur Pflege – zurechtzufinden, von den ihnen zustehenden Leistungen zu erfahren und diese dann auch erfolgreich zu beantragen. Wir setzen uns dafür ein, diese Barrieren zu reduzieren. Durch den Ausbau von Netzwerkarbeit zwischen den verschiedenen Anbietern der Migrationsarbeit und der Behindertenhilfe werden wir eine flexible und bedarfsgerechte Unterstützungsstruktur schaffen.

Antrag

Initiator*innen:

Titel: Migration

Antragstext

1 Migration

2 Wer GRÜN wählt, stimmt für ...

- 3 • eine zukunftsfähige Stadtverwaltung, die Migration gestaltet.
- 4 • eine Willkommenskultur gegenüber internationalen Arbeitskräften.
- 5 • Schutz und Perspektiven für geflüchtete Menschen.
- 6 • eine gerechtere Infrastruktur in benachteiligten Stadtteilen.
- 7 • Unterstützung von migrantischen, BIPOC- und weiteren Gruppen, die sich für
- 8 Demokratie engagieren.

9 Noch nie hat es in Münster ein so junges, vielfältiges und plurales, ein so
10 migrantisches, jüdisches, muslimisches, PoC-Leben gegeben wie heute. Diese
11 Vielfalt lassen wir uns nicht nehmen – weder von einer Partei noch von
12 irgendeiner Gruppe, die Menschen verachtet. Wir GRÜNE setzen uns für eine
13 inklusive Politik ein, die von, für und mit Menschen mit Migrationsbiografie
14 gestaltet wird.

15 Daher verankern wir Migration als Querschnittsthema stärker in sämtlichen
16 Politikfeldern. Unser Ziel sind Bildungschancen, Geschlechtergerechtigkeit,
17 ausreichend Kitaplätze, erschwingliche Wohnungen, gute Pflege und effektive
18 Mobilität für alle Münsteraner*innen. Wir wissen, dass einige Gruppen
19 internationaler Herkunft strukturell benachteiligt sind und sich oft nicht
20 mitgemeint fühlen. Dieses Ausschlussgefühl bedroht unsere Demokratie vor Ort.

Erfolge der letzten Ratsperiode

- Seit der Reform der Einbürgerung durch die Ampelregierung, die den Prozess erleichtert und die doppelte Staatsbürgerschaft ermöglicht hat, entscheiden sich auch in Münster immer mehr Menschen für die deutsche Staatsbürgerschaft. Wir GRÜNE haben diesen Wandel aktiv unterstützt, indem wir neue Verwaltungsstellen geschaffen und das Verfahren beschleunigt haben. Zudem haben wir ein Welcome Desk auf den Weg gebracht, um internationale Fachkräfte willkommen zu heißen.
- Wir haben dafür gesorgt, dass Münster keine Bezahlkarte einführt, die geflüchtete Menschen stigmatisiert und zudem zusätzliche Kosten und Bürokratie schafft. Dabei haben wir als eine der ersten Kommunen in Nordrhein-Westfalen von der Opt-Out-Regelung Gebrauch gemacht.
- Die umfassende interkulturelle Öffnung der Verwaltung mit ihren etwa 8.000 Mitarbeiter*innen steht dank unserer Beharrlichkeit weiter auf der Tagesordnung: Stellenanforderungen werden nun flexibilisiert, Menschen mit internationaler Geschichte zur Bewerbung ermutigt und ein Ausbildungscampus wird insbesondere auch Jugendliche mit Migrationsbiografie fördern.

Effizient, transparent, inklusiv: So funktioniert die Verwaltung einer Migrationsstadt

Wir setzen uns konsequent für eine zukunftsfähige Stadtverwaltung mit Strukturen für unsere diverser werdende Stadtgesellschaft ein. Unsere Behördenangebote müssen die Vielfalt unserer Stadt besser widerspiegeln. Also werden wir gezielt mehr Menschen mit Migrationsbiografie einstellen. Darüber hinaus entwickeln wir differenzierte Services für die unterschiedlichen Migrationsformen wie Einwanderung und Rückkehrwanderung, Flucht und Vertreibung, Pendel- und transnationale Wanderung, die mit unterschiedlichen Erwartungen und Teilhabeansprüchen der jeweiligen Migrierenden verbunden sind. Denn eine gut funktionierende Stadt braucht eine Verwaltung, die alle Menschen gleichermaßen erreicht und einbindet.

Das Amt für Migration und Integration, das aus der Behörde für aufenthaltsrechtliche Angelegenheiten und dem Kommunalen Integrationszentrum besteht, werden wir zu einer echten Willkommensbehörde weiterentwickeln.

Die Behörde für aufenthaltsrechtliche Angelegenheiten hat großen Einfluss auf das Leben von Ausländer*innen. Deshalb ist es wichtig, dass sie gut erreichbar

ist, transparent arbeitet, kurze Wartezeiten hat und insgesamt einen guten Service bietet – das wollen wir verbessern. Außerdem soll die Behörde ihre Ermessensspielräume bestmöglich nutzen, um Menschen ein Bleiberecht zu ermöglichen, anstatt sie zur Ausreise zu zwingen. Denn Aufenthaltsentscheidungen betreffen immer auch das Leben und die Zukunft von Menschen.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, das Kölner Programm „Bleiberechtsperspektiven für langjährig Geduldete“ auch in Münster umzusetzen. Vor allem für Menschen mit Arbeit wollen wir so eine Perspektive in Münster schaffen. Ebenso werden wir uns dafür einsetzen, dass Menschen, die hier eine Ausbildung machen, langfristig in Münster bleiben können.

Das vom Land geförderte Kommunale Integrationszentrum verstehen wir als eine von der sogenannten Ausländerbehörde unabhängig arbeitende Einrichtung. Sie koordiniert die kommunalen Aufgaben der Teilhabe und Integration und vernetzt die unterschiedlichen Akteure. Wir unterstützen insbesondere ihre rassismuskritische und diversitätssensible Bildungsarbeit.

Weiterhin setzen wir uns für Mehrsprachigkeit ein: In Münster werden viele Sprachen gesprochen, und das soll sich stärker in der Kommunikation aller städtischen Einrichtungen mit Bewohner*innen und Besucher*innen widerspiegeln. Auch Einfache Sprache muss zum Standard werden, damit Menschen mit geringen Deutschkenntnissen wichtige Dokumente leichter bearbeiten können. Zudem fehlen leicht zugängliche, mehrsprachige Verzeichnisse zentraler Serviceleistungen in der Stadt – etwa von Ärzt*innen und Therapeut*innen.

Nicht nur in der Kommunikation der Stadt, sondern auch im Stadtbild werden wir Mehrsprachigkeit fördern, sei es bei Wegweisern, Hinweistafeln oder in Bussen. Unser Ziel ist es, dass alle Menschen sich in Münster gut zurechtfinden können, egal ob sie seit Jahrzehnten hier leben, vor kurzem neu angekommen oder nur auf der Durchreise sind.

Arbeit ermöglichen – Ankommen erleichtern

Migration ist Münsters Zukunft. Nur wenn unsere Stadt für internationale Arbeitskräfte attraktiv ist, können wir die kommenden Herausforderungen meistern. Ob Klimaschutz, Pflege oder Tourismus – in allen Bereichen fehlt Personal, und der Mangel wird immer größer.

Unser Ziel ist es, Münster zu einer stabilen und gut funktionierenden Einwanderungsstadt zu machen – für unterschiedlich qualifizierte Arbeitsmigrant*innen, Studierende und Geflüchtete gleichermaßen. Alle sollen

hier eine Chance bekommen.

Dafür bieten wir ausreichend Sprachkurse, mehrsprachige Beratung sowie Qualifikations- und Integrationskurse an. Menschen, die bereits hier sind, unterstützen wir aktiv beim Einstieg in den Arbeitsmarkt. Gleichzeitig arbeiten wir daran, Münster für internationale Fachkräfte aus Wissenschaft, Handwerk, Technik und Pflege attraktiv zu halten. Doch gute Arbeitsbedingungen allein reichen nicht aus: Alle neuen Münsteraner*innen müssen sich auch gesellschaftlich willkommen fühlen. Institutionelle und strukturelle Diskriminierung wie auch offene oder versteckte Ablehnung erschweren die Integration erheblich – besonders für Menschen, die aufgrund ihrer Hautfarbe, ihres Akzents oder ihres Kopftuchs als „fremd“ wahrgenommen werden.

Schließlich folgen wir auch dem Wunsch von Wirtschaft und Handwerk nach einer transparenten und zügigen Integration von Eingewanderten. Wir werden die Entwicklung von Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration sowohl von Arbeitssuchenden als auch von Geflüchteten in Zusammenarbeit mit Wirtschaftsverbänden, Arbeitsagentur und Jobcenter vorantreiben. Dazu gehören auch feste Ansprechpersonen für die Wirtschaft bei der Behörde für aufenthaltsrechtliche Angelegenheiten.

Vulnerable Gruppen schützen und stärken

Schutzbedürftige Gruppen wie geflüchtete Kinder und unbegleitete Minderjährige, Frauen und LSBTIQ*-Personen sowie Menschen mit Behinderung erhalten unsere besondere Aufmerksamkeit. Wir fördern und unterstützen engagierte Einrichtungen wie die GGUA und Queer Refugees Münster, die diesen Menschen eine Stimme geben und sie bestmöglich beraten.

Die jüngsten Angriffe durch psychisch kranke Geflüchtete zeigen, wie wichtig es ist, psychosoziale Einrichtungen wie Refugio besser abzusichern. Diese Einrichtungen bieten niedrigschwellige, mehrsprachige Unterstützung für traumatisierte Menschen und benötigen eine verlässliche Finanzierung. Auch in Münster ist die psychosoziale, medizinische und therapeutische Versorgung von Asylbewerber*innen mit psychischen Erkrankungen jedoch noch völlig unzureichend. Hier wollen wir Einfluss nehmen.

Auch die zentrale Unterbringungseinrichtung des Landes für Geflüchtete muss stärker in den Blick genommen werden. Die Stadt trägt Verantwortung dafür, dass die dort untergebrachten Kinder und Jugendlichen zur Schule gehen und an offenen Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe im Quartier teilhaben können.

Starke Stadtteile – mehr Chancen für alle Menschen!

Wir investieren nachhaltig in Quartiere, in denen Münsteraner*innen mit begrenzten finanziellen Möglichkeiten leben – oft Menschen mit eigener oder familiärer Migrationsgeschichte. Denn Münster soll für alle ein gutes Zuhause sein.

Bislang hat Münster keine „Ghettos“, und das muss auch so bleiben. Im Gegenteil: Stadtteile wie Kinderhaus, Coerde und Berg Fidel sind lebendige Orte der Vielfalt. Doch die Komplexität dieser hochgradig diversen Stadtteile führt auch zu Konflikten, die gestaltet werden müssen. Die Bewohner*innen und viele Initiativen engagieren sich aktiv und gestalten ihr Quartier mit – eine wertvolle Eigeninitiative, die wir unterstützen werden.

Gleichzeitig ist die Infrastruktur in diesen migrantisch geprägten Stadtteilen oft unzureichend. Es fehlen Kita-Plätze, Pflegewohngemeinschaften und eine Gesamtschule. Wir setzen uns dafür ein, dass strukturell benachteiligte Quartiere besonders gut mit qualifizierter Sozialer Arbeit ausgestattet werden. Auch mehr niedrigschwellige Quartierstreffe können ein wichtiger Anknüpfungspunkt für Nachbarschaftsinitiativen sein.

Demokratie schützen – Engagement würdigen

Wir werden verstärkt jene Gruppen unterstützen, die sich in unserer Stadt für Pluralität, Demokratie und Menschenrechte einsetzen. Denn Migrant*innen-Selbst-Organisationen, Neue Deutsche Organisationen, migrantische Kunstprojekte, Initiativen von und für Münsteraner*innen of Color, Sinti*zze und Rom*nja sowie Juden*Jüdinnen leisten einen wertvollen Beitrag, indem sie sich für die spezifischen Bedarfe von Menschen mit eigener oder familiärer Migrationsbiografie engagieren oder von Rassismus betroffene Menschen unterstützen.

Wir setzen uns für mehr demokratische Orte ein, in denen sich Münsteraner*innen mit unterschiedlicher Herkunft begegnen. Auch einem neuen Versuch für ein Internationales Haus in Münster, das an die Erfahrungen des Zentrums „Die Brücke“ anknüpft, stehen wir aufgeschlossen gegenüber.

Uns geht es darum, die Vielfalt und Bereicherung unserer Stadtgesellschaft durch Migration aktiv anzuerkennen und dafür zu sorgen, dass Menschen mit internationaler Geschichte und Rassismuserfahrungen gleichberechtigt an der lokalen Demokratie teilhaben können. Ihre Perspektiven und Beiträge sollen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens sichtbar gemacht und gewürdigt

161 werden. Bislang sind sie in vielen Beteiligungsprozessen der Stadt deutlich
162 unterrepräsentiert – das werden wir ändern.

Antrag

Initiator*innen:

Titel: Gegen Rassismus

Antragstext

1 Gegen Rassismus

2 Wer GRÜN wählt, stimmt für ...

- 3 • die Stärkung bestehender Strukturen und Initiativen gegen Rassismus in
- 4 Münster.
- 5 • eine Antidiskriminierungsstelle für alle Münsteraner*innen, die von Rassismus
- 6 betroffen sind.
- 7 • eine Beschwerdestelle für Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung, die wirklich
- 8 wirken kann.

9 Die Ergebnisse des jüngsten Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors
10 (2025) sind erschreckend: Mehr als ein Fünftel der deutschen Bevölkerung hat
11 gefestigte rassistische Einstellungen. Und für rassistisch markierte Menschen
12 gehört Diskriminierung zum Alltag – besonders betroffen sind muslimische Frauen,
13 Sinti*zze und Rom*nja, Juden*Jüdinnen, Schwarze Menschen sowie weitere Personen
14 of Color. Sie erfahren Diskriminierung im öffentlichen Raum, in Ämtern und
15 Behörden, bei der Wohnungssuche, in der Freizeit, in Restaurants und Geschäften
16 sowie durch Polizei und Justiz. Diskriminierungserfahrungen sind psychisch
17 belastend und ein Gesundheitsrisiko, und sie senken das Vertrauen der
18 Betroffenen in staatliche Institutionen.

19 Auch vor Münster macht Rassismus nicht Halt. Als GRÜNE setzen wir uns weiterhin
20 dafür ein, die Stadtgesellschaft aktiv gegen Rassismus und jede Form der
21 Diskriminierung zu stärken. Angesichts der hohen Zustimmungsraten zur AfD ist

diese Aufgabe drängender denn je – jetzt und in Zukunft.

Erfolge der letzten Ratsperiode

- Über lange Zeit ist es uns gemeinsam mit anderen demokratischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Initiativen gelungen, die Themen Flucht und Migration sachlich zu halten. So spiegelt das neue „Migrationsleitbild 2025 | 2030“ diesen Münster-Konsens wider. Wir haben uns rassistischen Diskriminierungen von Asylsuchenden und Migrant*innen entschieden entgegengestellt.
- Das Münsteraner Konzept der dezentralen, kleinteiligen Unterbringung von Geflüchteten hat Modellcharakter. Statt Asylsuchende zu separieren, fördert dieser Ansatz ihr Ankommen in der Stadtgesellschaft. Das stärkt die Akzeptanz in der Bevölkerung und wirkt Hetze und Hass entgegen. Trotz gesellschaftlichen Drucks haben wir an diesem integrativen Weg festgehalten – und ihn dauerhaft etabliert. Dabei bleiben wir auch in Zukunft.

Die Stadtgesellschaft arbeitet bereits gegen Rassismus, wir unterstützen sie!

Zahlreiche Institutionen, Vereine und Initiativen setzen sich in Münster gegen Rassismus ein. Dazu zählen die beiden vom Land geförderten Servicestellen Antidiskriminierung bei den Wohlfahrtsverbänden ebenso wie selbstorganisierte Gruppen von Münsteraner*innen mit Rassismuserfahrung. Sie leisten unverzichtbare Beratung und Bildung mit rassismuskritischem Fokus. Wir stehen fest an ihrer Seite und setzen uns für ihre stärkere Anerkennung und Sichtbarkeit ein – nicht nur während der „Wochen gegen Rassismus“.

Rassismus betrifft Menschen auf unterschiedliche Weise. Schwarze Münsteraner*innen, People of Color, Sinti*zze und Rom*nja, Juden*Jüdinnen sowie Personen, die als muslimisch, asiatisch, afrikanisch oder osteuropäisch wahrgenommen werden, erleben in unserer Stadt oft verschiedene Formen von Rassismus. Viele sind zudem mehrfach von Diskriminierung betroffen – etwa als Frauen, queere Personen, Menschen mit Behinderung oder von Armut betroffene Münsteraner*innen. Wir solidarisieren uns mit Vereinen und Initiativen, die sich mit komplexen Diskriminierungsformen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auseinandersetzen und sich politisch für den Erhalt und die Stärkung unserer pluralen Demokratie engagieren. Für ihren Einsatz schaffen wir eine verlässliche, langfristige finanzielle Förderung.

Es braucht eine unabhängige Antidiskriminierungsstelle!

Antidiskriminierungsarbeit ist für uns ein niemals abgeschlossener Prozess. Daher planen wir eine zentrale Anlauf- und Beratungsstelle für alle Münsteraner*innen, die von Diskriminierung betroffen sind. Diese Einrichtung soll unabhängig arbeiten und die bereits bestehenden Strukturen sinnvoll ergänzen.

Ab 2026 starten wir mit einer Antidiskriminierungsstelle, die sich zunächst speziell mit Rassismus befasst; sie wird schrittweise ausgebaut. Diese Einrichtung wird allen gesellschaftlichen Gruppen offenstehen, barrierefrei zugänglich sein und umfassend über Handlungsmöglichkeiten gegen Rassismus informieren. Betroffene erhalten dort rechtliche und psychologische Beratung, Aufklärung und Unterstützung – sei es durch Verweise an spezialisierte Stellen, Begleitung bei Interventionen oder Hilfe bei Klagen nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Zudem wird die Arbeit der Stelle transparent dokumentiert und regelmäßig evaluiert.

Wir stärken die Antidiskriminierungsstruktur der Stadtverwaltung!

Rassismus findet überall statt – auch die städtische Verwaltung ist daher nicht frei von diskriminierenden Strukturen und Denkmustern. Seit Inkrafttreten des AGG (2006) gibt es in Münster eine Beschwerdestelle für Beschäftigte. Doch bislang haben die 8000 Mitarbeiter*innen ihr Recht auf Beschwerde nach § 13 AGG nicht genutzt. Das wollen wir ändern.

Wir setzen uns für eine Beschwerdestelle ein, die nicht nur auf dem Papier existiert, sondern wirklich wirkt! Ihr Unterstützungsangebot muss bekannter und sichtbarer werden. Unser Ziel: Alle Mitarbeiter*innen, die von Rassismus oder anderen Formen der Diskriminierung betroffen sind, kennen ihre Rechte und werden mit Respekt und Wertschätzung behandelt. Sie erhalten im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben qualifizierte Unterstützung.

Damit die Beschwerdestelle wirksam arbeiten kann, muss sich die Mentalität in der Verwaltung grundlegend ändern. Entscheidend ist dafür, dass sich das Personal kontinuierlich in Rassismuskritik fortbildet.

Antrag

Initiator*innen:

Titel: Gleichstellung

Antragstext

1 Gleichstellung

2 Wer GRÜN wählt, stimmt für ...

- 3 • Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsthema.
- 4 • Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt.
- 5 • Versorgungssicherheit bei Schwangerschaftsabbrüchen.
- 6 • vielfältiges, queeres Leben in Münster.
- 7 • mehr Frauen in Führungspositionen, mehr Chancen auf Führung in Teilzeit
- 8 • Gender Budgeting im städtischen Haushalt.

9 Gleichstellung ist das Fundament einer lebendigen Demokratie und sozialer
10 Gerechtigkeit. Wir GRÜNE stehen für eine feministische Politik, die
11 Geschlechtergerechtigkeit zum Ziel hat.

12 Dabei erkennen wir an, dass Menschen mit verschiedenen sexuellen Identitäten und
13 Orientierungen unterschiedlich von patriarchalen Strukturen betroffen sind. Auch
14 eine internationale Geschichte, die soziale Herkunft sowie Alter, Behinderung,
15 Religion oder die zugeschriebene Hautfarbe beeinflussen, wie Diskriminierung
16 erlebt wird. Das ist gemeint, wenn wir von Intersektionalität sprechen:
17 Diskriminierungen wirken nicht getrennt voneinander, sondern greifen ineinander.
18 Eine weiße Frau erfährt Sexismus anders als eine Person of Color, eine queere
19 Person ohne Behinderung anders als eine mit Behinderung. Intersektionale
20 feministische Politik ist in der Lage, die vielfältigen Diskriminierungs- und
21 Gewalterfahrungen zu adressieren. Wir wollen Strukturen schaffen, in denen sich

alle Menschen entfalten sowie frei, sicher und selbstbestimmt leben können. Gleichstellungspolitik ist mehr als „nur“ die Gleichstellung von Frauen und Männern.

Geschlechtergerechtigkeit muss als Querschnittsthema in allen kommunalen Arbeitsfeldern und Politikbereichen verankert sein: Von gendersensibler Stadtplanung bis hin zu Arbeitsmarktpolitik und Gesundheitsversorgung, die Barrieren abbaut und Zugänge schafft. Der Schutz vor Angriffen und Gewalt hat dabei oberste Priorität.

Erfolge der letzten Ratsperiode

- Wir stärken mit der kommunalen Umsetzung der Istanbul-Konvention die Strukturen für Prävention und Schutz gegen Gewalt. Frauenberatungsstellen und Täterarbeit haben wir durch mehr Personalmittel besser ausgestattet. Wir haben erreicht, dass die Rote Bank als Mahnmal gegen Gewalt an Frauen in der Altstadt aufgestellt wurde.
- Wir haben den „Aktionsplan LSBTIQ*“ unter Beteiligung vieler Akteur*innen erstellt. Wir schaffen Sichtbarkeit für queeres Leben in der Öffentlichkeit und fördern Projekte und Träger. Wir haben das Forschungsprojekt zu „Vergessenen Verfolgten“ des Nationalsozialismus in Münster ermöglicht. Im Rahmen von FrauenOrteNRW haben wir einen Gedenkort für Anastasius Rosenstengel ermöglicht und erinnern damit an eine queere Person aus dem 17. Jahrhundert.
- Wir haben erreicht, dass es an Schulen kostenlos Binden und Tampons gibt. Damit holen wir das Thema Menstruation aus der Tabuzone und ermöglichen einen unkomplizierten Zugang zu entsprechenden Produkten.
- Wir haben für die schwierige Versorgungslage bei Schwangerschaftsabbrüchen sensibilisiert und eine Informations- und Koordinierungsstelle zur Verbesserung der Lage geschaffen.

Nein zu Gewalt – für Prävention, Beratung und Schutz

Gewalt gegen Mädchen und Frauen sowie Gewalt gegen lesbische, schwule, trans, inter und nicht-binäre Personen nimmt zu. Wir werden die kommunale Umsetzung der Istanbul-Konvention weiter vorantreiben und verstetigen. Das bedeutet, dass wir die Angebote für Prävention, Beratung und Schutz erhalten, stärken und zielgerichtet ausbauen. Die wichtige Netzwerkarbeit aller Akteur*innen werden wir aktiv begleiten und unterstützen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass es in

diesem Prozess auch einen Betroffenenbeirat gibt, damit die Stimmen gewaltbetroffener Frauen gehört werden.

Der Bedarf an Plätzen in den Frauenhäusern ist weitaus größer als das bestehende Angebot. Das Gewalthilfegesetz formuliert einen klaren Auftrag an Bund und Land, endlich für ausreichende Schutzangebote zu sorgen. Wir werden uns im Austausch mit anderen Städten dafür einsetzen, dass die Einzelfallfinanzierung der Frauenhausplätze durch eine pauschale Finanzierung ersetzt wird. Nur so ermöglichen wir allen schutzsuchenden Frauen und ihren Kindern unabhängig von ihrer finanziellen oder aufenthaltsrechtlichen Lage einen Platz im Frauenhaus. Auch von Gewalt betroffene trans und inter Personen müssen entsprechend geschützte Räume vorfinden.

Digitale Gewalt gegen nimmt stetig zu. Auch Jugendliche sind online massiv von sexueller Belästigung, Nötigung, Beleidigung und Drohungen betroffen. Über das Smartphone und soziale Netzwerke überschreiten solche Angriffe auch die Grenzen geschützter Räume wie Frauenhäuser und Hilfegruppen. Wir werden den Ausbau von Beratungskompetenzen und -angeboten in diesem Feld fördern.

In Einrichtungen für Geflüchtete müssen Frauen und Mädchen ebenso wie queere Menschen vor Gewalt geschützt sein. Wohnungslose Frauen sind (nicht nur) auf der Straße bedroht. Wir werden mit dem Aktionsplan zur Umsetzung der Istanbul Konvention Maßnahmen zum Schutz dieser Zielgruppen einfordern und beschließen.

In familiengerichtlichen Verfahren geschieht es immer wieder, dass Mütter sich nicht ausreichend vor der fortgesetzten Gewalt des Partners geschützt fühlen. Frauen mit Migrationsgeschichte, ohne ausreichende Sprachkenntnisse oder mit unsicherem Aufenthaltsstatus erleben dies in besonderer Weise. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die beteiligten Akteur*innen sich intensiver als bisher mit institutioneller Gewalt auseinandersetzen.

Wir engagieren uns gegen Zwangsprostitution und Menschenhandel und stärken Initiativen, die Betroffene unabhängig von Herkunft, Aufenthaltsstatus oder Arbeitsverhältnis beraten und unterstützen.

Gendersensible Stadt- und Verkehrsplanung

Städtische Räume sind nicht neutral. Gendersensible Stadtplanung berücksichtigt unterschiedliche Lebensrealitäten. Wir fordern mehr Genderkompetenz in der Planungsverwaltung, bei Stellenbesetzungen und Fortbildungen.

Menschen, die Kinder betreuen oder Angehörige pflegen, brauchen eine Stadt der

kurzen Wege, wohnortnahe Versorgung und einen guten Nahverkehr. Für sichere Mobilität sorgen breite, gut beleuchtete Rad- und Gehwege sowie längere Grünphasen. Angst-Räume müssen umgestaltet und Freizeitflächen für alle nutzbar sein.

Öffentliche Toiletten müssen den Bedürfnissen schwangerer, menstruierender und älterer Menschen gerecht werden. Queere Menschen müssen die Möglichkeit haben, Unisextoiletten zu nutzen. Wir begleiten die Umsetzung des Toilettenkonzepts gendersensibel.

Queeres Leben in Münster

Queere Personen brauchen sichere Treffpunkte, die bekannt sind. Daher werden wir den Queer-Guide Münster ausbauen, verbessern und die Beratungsangebote für LSBTIQ* weiter fördern. Vorurteilen und Diskriminierung gegen Frauen und marginalisierte Gruppen, wie LSBTIQ*, People of Color oder Menschen mit Behinderung muss bereits in der Kita aktiv begegnet werden. Wir setzen uns dafür ein, dass mehr Schulen in Münster zu „Schulen der Vielfalt“ werden (Akzeptanz geschlechtlicher, sexueller Vielfalt) und konsensuelle Kommunikation gelehrt wird (nur ja heißt ja).

Gendersensible Gesundheitsversorgung

Die medizinische Versorgung bei Schwangerschaftsabbrüchen ist in Münster unzureichend. Wir setzen uns weiter dafür ein, dass ungewollt Schwangere Wahlfreiheit bei Praxis und Abbruchmethode haben. Mit der neuen Koordinierungs- und Vernetzungsstelle werden wir niedergelassene Ärzt*innen informieren, vernetzen und entlasten und uns für eine Enttabuisierung des Themas einsetzen. Wir forcieren, dass das Verbot der Gehsteigbelästigung konsequent durchgesetzt wird.

Wir sichern die Beratungsangebote im Bereich der Pränataldiagnostik, Sexualpädagogik, Verhütung und Sexualberatung.

Frauen und Mädchen mit körperlichen, geistigen, psychischen Besonderheiten erleben zahlreiche Barrieren in Praxen und Krankenhäusern, vor allem bei der gynäkologischen Versorgung. Wir unterstützen Initiativen zum Abbau dieser Hürden.

Wir setzen uns für die Unterstützung von Sexarbeiter*innen ein und sichern die aufsuchende Sozialarbeit, ihre gesundheitliche Versorgung und insbesondere eine niedrigschwellige gynäkologische Versorgung.

Gutes Beispiel: Arbeitgeberin Stadt Münster

Die Stadt muss als öffentliche Arbeitgeberin Vorbild sein. Quoten, angepasste Beurteilungsverfahren sowie Modelle für geteilte Führung sollen strukturelle Benachteiligungen abbauen und echte Chancengleichheit schaffen. Familie und Beruf müssen für alle vereinbar sein – unabhängig von Geschlecht oder Familienmodell. Wir unterstützen flexible Arbeitszeitmodelle und Homeoffice, ohne Nachteile bei Beförderungen.

Wir begrüßen, dass die Verwaltung mit dem Projekt „Grenzachtender Umgang“ für Machtmissbrauch sensibilisiert und klare Beschwerdeverfahren bei sexuellen Übergriffen etabliert. Auch die verpflichtenden Führungskräftebildungen begrüßen wir und plädieren dafür, diese um die Themen Rassismus und institutionelle Gewalt zu erweitern.

Geschlechtergerechte Finanzen, Sprache und Digitalisierung

Der städtische Haushalt ist nicht geschlechtsneutral. Mit Gender Budgeting schaffen wir Transparenz und machen sichtbar, wer von Investitionen, Förderungen und Zuschüssen profitiert. Wir werden daran arbeiten, dass die bisherigen Erkenntnisse aus den Gender Budgeting-Projekten auf den gesamten Haushalt ausgerollt werden.

Eine Stadt der Vielfalt muss diskriminierungsfrei kommunizieren. Daher wird in Dokumenten der Stadt Münster eine Sprache verwendet werden, die nicht nur geschlechtergerecht ist, sondern diskriminierungs- und barrierearm für alle Menschen verständlich ist.

Für uns ist wichtig, dass digitale Kompetenzen geschlechtergerecht vermittelt werden und gerade ältere Frauen und Mädchen davon profitieren. Bei der Entwicklung von digitalen Diensten werden wir darauf achten, dass alle von den Chancen der Digitalisierung profitieren und Hürden abgebaut werden.

Gerechte Repräsentation in der Kommunalpolitik

Gleichberechtigte Teilhabe aller Geschlechter an politischen Entscheidungsprozessen ist ein demokratisches Grundrecht. Derzeit sind Frauen im Stadtrat mit nur 37 % unterrepräsentiert, während queere Menschen kaum sichtbar sind. Wir setzen uns für eine vielfältige Repräsentation ein.

Wir werden eine städtische Kampagne initiieren, um Frauen und queere Menschen

156 zum politischen Engagement zu ermutigen. Mit Mentoring, Workshops und
157 Informationsveranstaltungen bauen wir Einstiegshürden ab, schaffen Räume für
158 Austausch und Empowerment und fördern politisches Engagement. Wir stärken die
159 Beteiligung des Gleichstellungsbüros an landesweiten Netzwerken und Kampagnen.

160 Wir fordern die quotierte Besetzung aller städtischer Ausschüsse und Gremien,
161 daher wollen wir hier verbindliche Regelungen etablieren. Das Allgemeine
162 Gleichbehandlungsgesetz & Landesgleichstellungsgesetz bieten dazu die rechtliche
163 Grundlage.

Antrag

Initiator*innen:

Titel: Wirtschaft

Antragstext

1 Wirtschaft

2 Wer GRÜN wählt, stimmt für ...

- 3 • eine sozial gerechte, ökologisch und ökonomisch nachhaltige Wirtschaft, die am
- 4 Gemeinwohl orientiert ist und Wohlstand für alle schafft.
- 5 • eine resiliente Innenstadt, die auch in Krisenzeiten lebendig bleibt.
- 6 • Münster als Innovationsstandort für grüne Technologien, Digitalisierung und
- 7 Start-ups.
- 8 • faire Arbeitsbedingungen und gute Ausbildungsmöglichkeiten für alle.
- 9 • die Stärkung des lokalen Handels und der Gewerbestruktur in den Quartieren.

10 Eine starke Wirtschaft ist das Fundament für eine lebenswerte Stadt. Sie sichert
11 Arbeitsplätze, stärkt das Gemeinwohl und ermöglicht durch das Steueraufkommen
12 wichtige Investitionen in Infrastruktur, Bildung und soziale Angebote. Münster
13 hat bewiesen, dass wirtschaftlicher Erfolg, soziale Verantwortung und
14 ökologische Nachhaltigkeit einander stärken können. Die wirtschaftliche Vielfalt
15 Münsters – von Einzelhandel über Start-ups bis zu großen Unternehmen – ist eine
16 besondere Stärke. Damit Münster ein innovativer und resilienter
17 Wirtschaftsstandort bleibt, setzen wir auf nachhaltiges Wachstum,
18 Bürokratieabbau und eine Wirtschaftspolitik, die die Wirtschaftstreibenden im
19 Blick hat.

20 Erfolge der letzten Ratsperiode

- Trotz Corona-Nachwirkungen und Online-Handel bleibt die Innenstadt lebendig. Mit dem Zentrenfonds und dem Kauf des Galerie-Gebäudes haben wir die Grundlage für eine zukunftsfähige Stadtgestaltung gelegt.
- Mit neuen Leitlinien schaffen wir eine nachhaltige Gewerbeflächenplanung und fördern Flächenschonung, Nachverdichtung und kleine Handwerksbetriebe.
- Während der Coronakrise war die Stadt ein starker Partner für Gastronomie und Schaustellergewerbe.
- Mit der Battery City und gezielter Start-up-Förderung wurde Münster zum Zentrum für grüne Technologien und zum Innovationsstandort.
- Trotz schwieriger Bedingungen konnten wir ohne Erhöhung der Gewerbesteuer wichtige Zukunftsinvestitionen tätigen, Münster bleibt damit Standort stabiler Finanzen.

Resiliente Innenstadt und starke Quartiere

Die Innenstadt ist das Herz Münsters – ein Ort des Handels, der Begegnung und des kulturellen Lebens. Ebenso sind die Stadtteilzentren mit ihren vielfältigen Geschäften und Betrieben prägend für unser städtisches Leben. Zusammen sind sie der Herzschlag, der unsere Stadt lebendig hält.

Doch der Strukturwandel im Einzelhandel stellt sie vor neue Herausforderungen. Wir reagieren darauf mit kreativen und nachhaltigen Lösungen: Leerstände wollen wir mit neuen, gemeinwohlorientierten Nutzungen beleben – mit Kultur, Bildung, sozialen Angeboten oder Pop-up-Geschäften. Auch dafür bauen wir den Zentrenfonds weiter aus und stärken die Aktivitäten von Münster Marketing und der Wirtschaftsförderung in diesem Bereich. Mit der Förderung von Projekten oder gezielten Ankäufen von Immobilien kann die Stadt selbst Impulse für Wohnen, Arbeiten und kulturelle Nutzung setzen – ein strategischer Beitrag zu lebendigen Quartieren und einer gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung. Lokale Initiativen, z.B. von Geschäftsleuten, sind dabei starke Partner, wenn es darum geht, unsere Einzelhandelsstruktur zukunftsfest und nachhaltig weiterzuentwickeln und Projekte vor Ort umzusetzen.

Münster setzt mit uns zudem auf nachhaltigen Tourismus, Fachmessen und Kongresse, um die wissenschaftliche sowie kulturelle Bedeutung und Vielfalt der Stadt hervorzuheben und dies mit der Ruhe des Münsterlandes zu kombinieren.

Beste Rahmenbedingungen für Münsters Wirtschaft

Um Münster als attraktiven Standort zu stärken, schaffen wir verlässliche Rahmenbedingungen: Bezahlbarer Wohnraum, leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur und ein klimafreundlicher Nahverkehr sind dabei zentral – mit einer besseren Anbindung von Gewerbegebieten an Busverkehr, Mobilitätsstationen, Bahnhaltdepunkte oder Velorouten.

Dem Fachkräftemangel begegnen wir u. a. mit mehr Wohnraum, besserer Kinderbetreuung sowie Programmen zur Integration. Das Handwerk als Schlüsselakteur der Energiewende unterstützen wir durch modernisierte Berufsschulen, günstigen Wohnraum für Auszubildende sowie Projekte wie Ausbildungsbotschafter*innen an Schulen. Für eine autofreie Innenstadt entwickeln wir intelligente Lösungen für Handwerker*innen und Zulieferverkehr – etwa Zufahrtsregelungen oder entsprechende Lieferinfrastruktur (Verweis Kapitel Verkehr).

Wirtschaft mit agiler und mutiger Verwaltung stärken

Eine zentrale Rahmenbedingung für die Wirtschaft ist eine unterstützende Verwaltung. Schnellere Genehmigungsverfahren und eine lösungsorientierte Haltung schaffen ein wirtschaftsfreundliches Umfeld für Wachstum und Innovation. Wir setzen uns für eine Verwaltungskultur ein, die Innovation und Mut fördert. Eine positive Fehlerkultur soll Mitarbeiter*innen dazu ermutigen, neue Wege zu gehen. Wir initiieren Projekte zur Verwaltungsmodernisierung, bauen Bürokratie ab, treiben die Digitalisierung voran und beschleunigen Entscheidungsprozesse. Dabei wahren wir soziale und ökologische Standards. Wir werden einen engen Austausch zwischen Verwaltungsspitze und Wirtschaft sicherstellen.

Innovation und Digitalisierung als Standortvorteil

Neben der Sicherung von guten Standortbedingungen für alle muss Münster noch stärker Raum für Start-ups und innovative Unternehmen werden. Münsters Bildungslandschaft mit der Vielfalt der Hochschulen und dem Technologiepark bietet gute Voraussetzungen für zukunftssträchtige Unternehmungen. Die starken Kooperationen von Industrie und Wissenschaft möchten wir ausbauen. Dies wird ein Schwerpunkt der städtischen Wirtschafts- und Technologieförderung sein. Start-ups müssen etwa besonders bei ihrem Wachstum und der Einholung von notwendigen Genehmigungen unterstützt werden. Dabei können wir an den Erfolg der Battery City anknüpfen. Damit machen wir Münster zu einem Innovationsstandort, der Fortschritt mit Tradition verbindet.

Die Digitalisierung bietet große Chancen für Unternehmen, Verwaltung und Stadtgesellschaft. Der Glasfaser- und 5G-Ausbau sind essenziell für einen

modernen Wirtschaftsstandort.

Büroflächen- und Gewerbeentwicklung: Nachhaltig denken

Um Münster als Wirtschaftsstandort weiterzuentwickeln, setzen wir auf moderne Büroflächen sowie eine ressourcenschonende Entwicklung von Gewerbegebieten. Bestehende Flächen sollen effizienter genutzt werden – durch Nachverdichtung oder Revitalisierung bereits erschlossener Areale. Neue Gewerbegebiete werden dort ausgewiesen, wo sie ökologisch vertretbar sind.

Damit wollen wir das Wachstum bestehender Münsteraner Betriebe gezielt unterstützen – neben der Ansiedlung neuer, zukunftsorientierter Unternehmen. Besonders kleine Handwerksbetriebe berücksichtigen wir bei der Flächenvergabe in neuen Quartieren.

Nachhaltig Wirtschaften

Wir setzen auf eine Wirtschaftspolitik, die soziale und ökologische Verantwortung belohnt. Unternehmen unterstützen wir dabei, nachhaltiger zu wirtschaften – und verbinden so wirtschaftlichen Erfolg mit Klimaschutz und Ressourcenschonung. Mit der Wirtschaftsförderung Münster wollen wir Unternehmen gezielt beraten, wie sie sich klimaneutral aufstellen können. Besonders wichtig ist uns GRÜNEN die Fortführung des Projekts Ökoprot – eines etablierten Beratungs- und Zertifizierungsprogramms, das Betriebe dabei unterstützt, ihre Prozesse ökologisch zu überprüfen und zukunftsfähig zu gestalten. Damit Unternehmen die ökologische Transformation gelingen kann, muss die Verwaltung die passenden Rahmenbedingungen schaffen und effizient und verlässlich agieren. Soziale, ökologische und ethische Kriterien werden bei Ausschreibungen und öffentlichen Vergaben konsequent berücksichtigt. Soweit rechtlich möglich legen wir den Fokus auf Vergaben an regionale Unternehmen (Verweis Kapitel Finanzen).

Antrag

Initiator*innen:

Titel: Arbeit

Antragstext

1 Arbeit

2 Wer GRÜN wählt, stimmt für ...

- 3 • einen umfassend vernetzten Ausbildungsmarkt für junge Menschen.
- 4 • einen für alle Menschen offenen, chancengleichen und geschlechtergerechten
- 5 Arbeitsmarkt.
- 6 • ein vielfältiges Bildungs- und Weiterbildungsangebot mit unterstützender
- 7 Beratung.
- 8 • faire Arbeitsmarkt-Partnerschaften zwischen Arbeitnehmer*innen und
- 9 Unternehmen, die neben Lohnbedingungen auch die Vereinbarkeit von Beruf, Care-
- 10 Arbeit und Freizeit beachten.

11 Wir müssen einen Arbeitsmarktzugang für alle Bürger*innen schaffen. In unserem
12 Fokus stehen dabei die Fachkräftebedarfe der Unternehmen, aber auch von Stadt
13 und freien Trägern. Daher werden wir neben der Fort- und Weiterbildung auch die
14 Gewinnung von ausländischen Fachkräften unterstützen.

15 In unserer Stadt fördern wir das Miteinander von Arbeitnehmer*innen und
16 Unternehmen. Damit „inklusiver Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsmarktintegration“ keine
17 leeren Worte bleiben, müssen wir alle an einem Strang ziehen. Daher ist es unser
18 oberstes Ziel, alle Partner, die für die Integration von Menschen in den
19 Arbeitsmarkt nötig sind, einzubinden. Neben Jobcenter, Agentur für Arbeit und
20 Bildungsanbietern sind insbesondere der LWL sowie Arbeitslosenberatungen, wie
21 die Beratungsstelle Arbeit im cuba und das „MALTA – Münsters Arbeitslosentreff

Achtermannstraße“, der Arbeitskreis QuadA und Chance e.V. zu berücksichtigen.
Nur so gelingt es uns, eine faire Beteiligung aller Menschen in unserer Stadt
sicherzustellen - auch in prekären Lebenssituationen.

Erfolge der letzten Ratsperiode

- Im Gegensatz zu den Kürzungen des Bundes bei der Finanzierung der Jobcenter haben wir das kommunale Programm für den sozialen Arbeitsmarkt mit Beschäftigungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose ausgebaut und für die Zukunft abgesichert.
- Wir haben beim Jobcenter eine Beratungsstelle eingerichtet, die dafür sorgt, dass Menschen Leistungen weiter erhalten, wenn sich die Zuständigkeit bei Kinderzuschlag und Wohngeld ändert. Damit werden wir auch zukünftig verhindern, dass Familien ohne Leistungen dastehen und in eine Schuldenfalle geraten.
- Wir haben eine dauerhafte berufliche Eingliederung junger Menschen durch den erfolgreichen Abschluss einer Ausbildung unterstützt und damit Langzeitarbeitslosigkeit vermieden.
- Wir haben ein breites Angebot an Sozialberatungsstellen sowie Treffpunkten für Arbeitslose gefördert und gesichert.

Den Übergang von Schule zu Ausbildung und Beruf erleichtern

Die Jugendberufsagentur als Zusammenschluss von Agentur für Arbeit, Jobcenter und Jugendamt ist nur der erste Schritt, um jungen Menschen einen guten Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf zu ermöglichen. Diese Zusammenarbeit soll weiter ausgebaut werden. Es gilt, die zahlreichen, teils unübersichtlichen Unterstützungsangebote weiter zu bündeln. [davor modifizierte Übernahme A23-047-2, dann:] Damit auch junge Menschen aus Förderschulen direkt auf dem regulären Arbeitsmarkt Fuß fassen können, werden wir auf Ausbildungsträger, Kammern und Arbeitgeber zugehen, um entsprechend angepasste Ausbildungsgänge zu eröffnen. Die Stadtverwaltung mit ihren zahlreichen Berufsbildern und Ausbildungsberufen muss hier Vorbild sein. Mit dem Antrag für eine Ausbildungswerkstatt bei der Stadt Münster haben wir bereits in der letzten Ratsperiode die Weichen gestellt für ein stärkeres Engagement der Stadt Münster als Arbeitgeberin. [dahinter modifizierte Übernahme A23-047] So haben junge Menschen mehr Chancen, sich selbstbestimmt ihren beruflichen Weg zu erarbeiten – bei Bedarf mit entsprechender Unterstützung und Förderung.

Den sozialen Sektor stärken

Die Nachfrage nach Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Betreuung und Erziehung steigt weiter. Der Bedarf an Fachkräften übersteigt dabei das Angebot. Daher werden wir Berufe in diesen Zukunftsbranchen bewerben und Ausbildungs- bzw. Arbeitsaufnahmen unterstützen und begleiten. Dazu haben wir mit dem Jobcenter und weiteren Partnern wie der Agentur für Arbeit und Bildungsträgern die erforderlichen Kompetenzen in Münster. Wir werden dafür sorgen, dass diese Kompetenzen gebündelt und unbürokratisch eingesetzt werden. Entscheidend sind aber auch die Rahmenbedingungen, vor allem ausreichend bezahlbarer Wohnraum (Verweis Kapitel Wohnen).

Den sozialen Arbeitsmarkt weiterhin sichern

Wir werden Arbeitslose bei der Suche nach einem Job gezielt unterstützen – auch durch öffentlich geförderte Beschäftigung. Dafür werden wir das kommunale Programm „Sozialer Arbeitsmarkt“ fortführen und im Rahmen der Möglichkeiten weiter sichern. Unabhängig davon, wie lange ein Mensch schon keinen Job hatte, werden wir allen dabei helfen, wieder einen Arbeitsplatz zu erhalten. Unser Ziel ist dabei stets eine existenzsichernde sozialversicherungspflichtige Arbeit.

Vereinbarkeit gewährleisten

Die Vereinbarkeit von Beruf, Care-Arbeit und Freizeit sowie ehrenamtlichen Aufgaben braucht flexible Rahmenbedingungen in Unternehmen, Verwaltungen bzw. Organisationen, stabile Kinderbetreuungsangebote und Entlastung bei der Pflege von Angehörigen. Deshalb werden wir Betreuungsangebote weiter ausbauen, aber auch Arbeitgeber*innen zu modernen und zukunftsfähigen Arbeitszeitmodellen beraten. Dabei werden wir uns für Strukturen einsetzen, die Geschlechtergerechtigkeit fördern und insbesondere die Unterstützungsangebote für Alleinerziehende stärken. Familien im Leistungsbezug werden wir weiterhin mit der Beratungsstelle beim Jobcenter dabei unterstützen, stets und ohne Unterbrechung die richtige Leistung abzurufen.

Die berufliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung stärken

Unser Ziel wird immer sein, Menschen mit Behinderung die Teilhabe am Arbeitsleben und damit an der Gesellschaft zu ermöglichen. Dafür braucht es neben Werkstätten gute Alternativen, die den Einstieg in Ausbildung und Beruf erleichtern. Zudem werden wir die Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung in Kooperation mit allen beteiligten Akteuren, insbesondere dem LWL, kontinuierlich weiterentwickeln – hin zu einem inklusiven Arbeitsmarkt. Hierzu

gehört auch die Unterstützung von Inklusionsunternehmen und -abteilungen und die Erweiterung des Budgets für Arbeit.

Bei der Beschäftigungsquote von Menschen mit Schwerbehinderung und diesen Gleichgestellten hat die Stadt eine Vorbildfunktion, der sie mit 6,27 Prozent bisher nicht ausreichend gerecht wird. Wir werden uns deshalb weiterhin mit Nachdruck dafür einsetzen, die Quote deutlich auf acht Prozent zu steigern.

Für einen migrationsfreundlichen Arbeitsmarkt

Menschen mit Migrations- oder Fluchterfahrung stoßen beim Zugang zum Arbeitsmarkt oft auf besondere Schwierigkeiten. Wir werden diese Hürden abbauen, indem wir Prozesse beschleunigen und relevante Akteure wie Agentur für Arbeit, Ausländerbehörde, Jobcenter, Bildungsanbieter und Kammern besser vernetzen. Digitale und hybride Beratungsformate sollen Entscheidungen über Arbeitserlaubnisse und die Anerkennung vorhandener Kompetenzen erleichtern. So kann auch die Integration in Sprach- und Qualifizierungsmaßnahmen sowie in den Ausbildungsmarkt schneller gelingen – besonders für junge Geflüchtete.

Die Stadt Münster nimmt als große Arbeitgeberin eine Vorbildfunktion ein. In Verwaltung, Eigenbetrieben und städtischen Unternehmen soll sich die Vielfalt der Stadtgesellschaft widerspiegeln. Flexible Arbeitszeitmodelle und umfangreiche Praktikumsangebote, besonders für Schüler*innen und Menschen mit Migrationsgeschichte, sind dabei zentrale Instrumente. (Verweis Kapitel Migration)

Bildung für Alle

Wir alle müssen lernen und uns weiterbilden, um mit den Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt Schritt zu halten. In unserer Stadt gibt es dafür eine Vielzahl an Bildungs- und Qualifizierungsangeboten. Damit niemand im Dschungel der Möglichkeiten den Überblick verliert, braucht es ein gutes, niedrighschwelliges Beratungsangebot. Erste Schritte hin zu vernetzten Bildungsstrukturen wurden bereits unternommen. Im Rahmen einer Initiative – unterstützt vom Land NRW – haben unter anderem die Regionalagentur Münsterland e.V., Gewerkschaften, Kammern, Jobcenter und Arbeitsagenturen gemeinsam Angebote für Bürger*innen entwickelt und umgesetzt, zum Beispiel zur Gewinnung neuer Busfahrer*innen. Dieses Netzwerk soll nun zu einer Bildungsagentur ausgebaut werden.

Unternehmen fit für die Zukunft machen

Durch das Finanzpaket des Bundes entstehen viele neue Arbeitsplätze im Bereich

125 Infrastruktur, auch mit dem Fokus Klimaschutz. Damit wächst auch der Bedarf an
126 gut ausgebildeten Fachkräften. Die Wirtschaftsförderung sollte deshalb eng mit
127 Partnern wie der Agentur für Arbeit, den Jobcentern und Bildungsträgern
128 zusammenarbeiten. Ziel ist es, frühzeitig den konkreten Qualifizierungsbedarf in
129 den Unternehmen zu erkennen, passende Weiterbildungsangebote zu entwickeln und
130 diese gezielt zu fördern.

Antrag

Initiator*innen:

Titel: Internationales

Antragstext

Internationales

Wer GRÜN wählt, stimmt für ...

- eine noch stärkere internationale Zusammenarbeit mit Partnerstädten sowie die Unterstützung von Partnerschaftsvereinen.
- ein Programm der Stadt für Bildungsfahrten ins Ausland für Schüler*innen aus allen Schulformen.
- den Ausbau der Städtefreundschaft mit Winnyzja in der Ukraine.
- die Aufnahme von Tamale, Ghana, in den Kreis der Partnerstädte.

Wir lehnen eine Abschottung innerhalb Europas und nationalstaatlichen Egoismus ab. GRÜNE unterstützen die EU und die europäische Einigung, auch auf städtischer Ebene. Auch aufgrund des Krieges gegen die Ukraine müssen wir die Zusammenarbeit mit unseren Freund*innen in Europa weiter ausbauen. In der Ukraine wird die Demokratie Europas und auch unsere Freiheit verteidigt. In einer Zeit, in der der Frieden in Europa gefährdet ist, müssen wir uns als Friedensstadt in Münster klar positionieren.

Erfolge der letzten Ratsperiode

- Wir haben die guten Beziehungen zu unseren Freund*innen in den Niederlanden in die zehnte Städtepartnerschaft mit Enschede münden lassen.
- Die Unterstützung der Stadt Winnyzja ist zu einer solidarischen

Städtefreundschaft gewachsen.

- Der europäische Gedanke wurde zum Beispiel bei den Twin-City-Games, dem gelebten Austausch der Europa-Schulen und der akkreditierten ERASMUS-Schulen gefördert.
- Die intensive Zusammenarbeit mit Tamale, Ghana, ist auf einem guten Weg zur Städtepartnerschaft.
- Die Feiern zum Jubiläum 375 Jahre Westfälischer Frieden und die 2024 viel beachtete internationale westfälische Friedenskonferenz mit der Verleihung und Versteigerung des Friedenspreises haben die Bedeutung der Friedensstadt Münster unterstrichen.

Internationale Solidarität in Krisenzeiten

Seit dem Beginn des völkerrechtswidrigen Überfalls auf die Ukraine haben Münsteraner*innen viel getan, um das Land zu unterstützen. Münsteraner*innen evakuieren ehrenamtlich Menschen von der Front, verwundete Soldaten wurden im Universitätsklinikum behandelt und viele spenden bis heute Geld. Auch die Stadt Münster trägt ihren Teil bei. Die Solidaritätspartnerstadt Winnyzia hat bereits städtische Linienbusse und, in Zusammenarbeit mit dem ASB, Generatoren erhalten, die die Klassenräume der Stadt mit Licht und Wärme versorgen. Weiterhin haben Kinder aus der Stadt Winnyzia letztes Jahr die Chance gehabt, dem Kriegsalltag durch einen Besuch in Münster zu entfliehen.

Diese große Solidarität werden wir GRÜNE weiter unterstützen und ausbauen.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine richtet sich auch gegen das demokratische Europa. Für die kollektive Friedenssicherung im Rahme der UN-Charta hat der Stab des 1. Deutsch-Niederländischen Corps in Münster einen hohen Stellenwert. In ihm arbeiten seit 30 Jahren Soldat*innen ehemaliger Kriegsgegner besonders integriert zusammen. Weil Schutz vor Bedrohungen von Frieden und Demokratie nur gesamtstaatlich und gesamtgesellschaftlich gewährleistet werden kann, ist eine effektive Zusammenarbeit der Stadt Münster mit dem Corps unabdingbar.

Einen wichtigen Beitrag zur kollektiven Friedenssicherung leistet auch der außen- und sicherheitspolitische Dialog. Münster trägt hierzu durch bestehende Veranstaltungen wie die Westfälische Friedenskonferenz bei. Diesen Ansatz wollen wir weiter stärken, indem wir Münster als Forum für den außen- und sicherheitspolitischen Dialog weiterentwickeln und entsprechende

Gesprächsformate unterstützen.

Städtepartnerschaften – wichtige Instrumente kommunaler Außenpolitik

Für uns GRÜNE besteht der große Wert unserer bestehenden zehn Städtepartnerschaften im gegenseitigen Kennenlernen, dem Abbau von wechselseitigen Vorurteilen sowie der Förderung gegenseitigen interkulturellen Verständnisses. Partnerschaften von Gemeinden und Regionen überall in Europa tragen zur europäischen Einigung bei, fördern die Zusammenarbeit und stärken den Zusammenhalt zwischen Bürger*innen aus den Mitgliedsstaaten – Aspekte, die für GRÜNE als Europa-Partei essenziell sind.

Unsere Partnerschaft mit Enschede in den Niederlanden wird auf vielen Ebenen bereits sehr aktiv gelebt und soll nach Möglichkeit noch intensiviert werden. Vonseiten der Niederlande ist der Fachaustausch zu den Fachämtern unserer Verwaltung sehr gefragt. Auch die Vernetzung im Wirtschaftsbereich ist stark ausgebaut worden.

Über die Grenzen Europas hinaus kommt den Städtepartnerschaften als Instrument kommunaler Außenpolitik ebenfalls eine besondere Bedeutung zu. Eine Bedeutung, die mit zunehmender Globalisierung und Urbanisierung weiterwachsen wird.

Daher setzen GRÜNE sich dafür ein, dass die bestehende Projektpartnerschaft mit Tamale in Ghana, die dank sehr vieler ziviler Akteur*innen und auch auf Verwaltungsebene sehr erfolgreich gelebt wird, zu einer Partnerschaft wird.

Neben den offiziellen Zusammentreffen der Repräsentantinnen und Repräsentanten partnerschaftlich verbundener Städte, dem kommunalen Fachaustausch sowie gemeinsamen Projekten auf der Arbeitsebene leben aktive Städtepartnerschaften vor allem von der direkten Bürgerbegegnung. Daher setzen wir uns dafür ein, dass es auch in wirtschaftlich schwierigen Jahren ermöglicht wird, weltweit eingegangene Beziehungen aufrechtzuerhalten und die aktiven privaten Partnerschaftsvereine weiterhin finanziell und ideell zu begleiten.

Die drohende Kürzung der Förderstränge im Rahmen der globalen Entwicklungszusammenarbeit, die aktuell auf Bundesebene vorgesehen ist, lehnen wir daher ab. Die Arbeit des Beirates für kommunale Entwicklungszusammenarbeit und die des interfraktionellen Arbeitskreises Internationales werden wir weiterhin konstruktiv begleiten.

Münster als Teil der Euregio, der Eurocities und der

Erasmus-Projekte

Wir sehen uns auch in Zukunft als Teil der EUREGIO – einem grenzüberschreitenden Zusammenschluss mit den Gebieten Twente und Achterhoek – und wollen so die Lebensqualität und den Wissenszuwachs steigern sowie den Grenzverkehr erleichtern. Mit dem Kleinprojektfonds werden Bildung, Kultur und Sport gefördert und konkrete Verwaltungsaustausche durchgeführt.

Die engagierte Arbeit im Büro für Internationales für alle zehn Städtepartnerschaften – gerade im Hinblick auf lebendige Schulaustausche – wird unterstützt. Und zudem durch Vernetzungsarbeit überregional – wie im Verbund der Eurocities – sowie lokal mit den Kammern und der Bezirksregierung ergänzt. Eine konzeptionelle internationale Zusammenarbeit mit eindeutigen, politischen Aussagen zur Diversität, zur Nachhaltigkeit und zur Geschlechtergerechtigkeit sind selbstverständlich.

Dies geschieht vor allem bei der Umsetzung von Schulaustauschen auf der europäischen Ebene im Rahmen von Erasmusprojekten und den bilateralen Projekten mit den Niederlanden. Eine städtische Initiative für die Mitnahme aller Schulformen bei den vorgenannten Projektideen soll helfen, allen Schüler*innen in Münster einen internationalen Austausch zu ermöglichen. Dies kann durch die städtischen Fördermittel und die Partnerschaftsvereine finanziert werden.

Antrag

Initiator*innen:

Titel: Demokratie

Antragstext

1 Demokratie

2 Wer GRÜN wählt, stimmt für ...

- 3 • einen Ausschuss für Einwohner*innenbeteiligung, bessere Information über
- 4 Mitbestimmungs- und Beteiligungsmöglichkeiten und mehr Sichtbarkeit
- 5 demokratischer Rechte.
- 6 • lebendige Demokratie durch städtische Wettbewerbe, Projekte für junge Menschen
- 7 und inklusive Förderung von Engagement gegen Diskriminierung und für Vielfalt.
- 8 • eine städtische Demokratie auf Augenhöhe durch Runde Tische, geloste
- 9 Einwohner*innenräte, niedrigere Hürden für Anträge und digitale
- 10 Beteiligungstools.
- 11 • starke Bezirksvertretungen, die vor Ort die Anliegen aller Menschen im Bezirk
- 12 wirksam umsetzen.
- 13 • eine klare Haltung gegen Rechts: für eine vielfältige, solidarische
- 14 Stadtgesellschaft ohne Rassismus, Ausgrenzung und Hetze.

15 Wir GRÜNE setzen uns für eine offene, transparente und inklusive Demokratie ein.
16 Wir schaffen Voraussetzungen für starke lokale Beteiligung – mit ausreichenden
17 personellen und finanziellen Ressourcen sowie leicht zugänglichen,
18 verständlichen und digitalen Mitwirkungsformaten für alle, unabhängig von
19 Herkunft, Alter oder Bildung. Zivilgesellschaftliche Gruppen wollen wir
20 weiterhin fördern und stärker einbinden, um Vertrauen in die Demokratie zu
21 stärken und Politik erlebbar und gestaltbar zu machen.

Erfolge der letzten Ratsperiode

- Ratssitzungen werden nun live im Internet ausgestrahlt.

- Die „Leitorientierungen für eine Gute Öffentlichkeitsbeteiligung – Kommunikation, Partizipation und Koproduktion in Münster“ sichern die Qualität der mitgestaltenden Beteiligung.

- Durch die Unterstützung des Hansa-Forums haben wir die Einwohner*innenbeteiligung und Selbstverwaltung vor Ort gestärkt.

Demokratie ist Arbeit und braucht Ressourcen

Der Erhalt unserer Demokratie ist ein stetiger Prozess und erfordert konsequenten Einsatz. In Münster gibt es viele Organisationen und Initiativen, die hierzu mit ihrer Arbeit beitragen. Diese brauchen Ressourcen und unsere Unterstützung für ihre wertvolle Arbeit. Auch die Stadt selbst kann hier, etwa durch Informationskampagnen, ihren Beitrag leisten. Diese sollen alle Einwohner*innen erreichen und über ihre demokratischen Rechte und Beteiligungsmöglichkeiten aufklären. Wir werden uns dafür einsetzen, auch hierfür ausreichend Ressourcen sicherzustellen.

Ein Ausschuss für Einwohner*innenbeteiligung

Um demokratische Strukturen zu stärken, setzen wir uns für einen eigenen Ausschuss für Einwohner*innenbeteiligung ein. Dieser Ausschuss kann sowohl den Umgang mit konkreten Anregungen der Bürger*innen als Anträge nach § 24 GO oder Beschwerden regeln, als auch die städtischen Beteiligungsverfahren steuern und mitgestalten. Er ersetzt die Beschwerdekommision und ist zuständig für Belange der Stadtdemokratie.

Demokratie erfahrbar machen – durch Projekte und gelebte Praxis

Um demokratisches Engagement sichtbar zu machen, richten wir alle zwei Jahre den Wettbewerb „Demokratie leben in Münster“ aus. Gefördert werden Projekte zu Werten, Mitbestimmung und Zivilcourage, aber auch Workshops zu Medienkompetenz und Angebote an junge Demokrat*innen. Jugendzentren, Sportvereine, Kulturinitiativen und religiöse Gemeinden werden aktiv eingebunden. Eine divers besetzte Jury wählt die Projekte aus, die der*die städtische Partizipationsbeauftragte begleitet, vernetzt und unterstützt (Verweis Kapitel

Verwaltung).

Kooperative Stadt(teil)entwicklung fördern

Menschen in Münster sollen Raum und Gelegenheit für ihre eigenen Ideen, Initiativen und Projekte haben. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass sich Rat und Verwaltung dem Kodex „Kooperative Stadt“ verpflichten, der zu einer Kommunikation und Kooperation auf Augenhöhe zwischen Verwaltung und Initiativen aufruft.

Wir werden außerdem die Arbeit der Bezirksvertretungen in der Stadtteilentwicklung stärken und sowohl deren Erreichbarkeit, als auch die der Bezirksbürgermeister*innen analog und digital verbessern.

Wie partizipative Stadteilerneuerung gelingen kann, zeigt das Projekt Soziale Stadt in Kinderhaus-Brüningheide mit der Einbeziehung vieler Mitglieder der Stadtteilgesellschaft bei der Planung und Umsetzung.

Förderung von Bürgerengagement und Stadtteilentwicklung durch Nachbarschaftsfonds

Der Schlüssel zu nachhaltiger und gerechter Stadtentwicklung liegt für uns in mehr Partizipation und zivilgesellschaftlichem Engagement. Deshalb wollen wir Nachbarschaftsfonds aus städtischen und privaten Mitteln einrichten, um eigene Ideen und Projekte zur Verbesserung der Nachbarschaften finanziell zu unterstützen (Verfügungsfonds). Die Fonds ermöglichen es Anwohner*innen, mit kleinen Beträgen Nachhaltigkeit, Integration, Bürgerdialoge und die Belebung öffentlicher Räume zu fördern – für mehr Lebensqualität und ein starkes Miteinander in den Quartieren. Diese Fonds sollen die vorhandenen Mittel der Bezirksvertretungen ergänzen. Die Bezirksvertretungen entscheiden auch darüber, wie das Geld verteilt wird.

Vielfältige Beteiligungsformen ermöglichen

Zentrale Instrumente zur Stärkung der Demokratie sind Runde Tische aus engagierten Bürger*innen, Expert*innen und Politik, deren Empfehlungen in politische Entscheidungen einfließen sollen. Dabei achten wir auf eine vielfältige und inklusive Zusammensetzung, etwa durch Losverfahren. Zudem wollen wir Einwohner*innenräte – also zufällig geloste Gremien – bei geeigneten Themen wie Stadtentwicklungsprojekten einsetzen. Sie ergänzen die gewählten lokalen Gremien basisdemokratisch, helfen Konflikte konstruktiv zu lösen und sollen durch stadtweite Teilnahmeaufrufe die Vielfalt Münsters abbilden. Auch

Bürger*innenbegehren und -entscheide halten wir als bestehende direktdemokratische Instrumente für wichtige Partizipationsmöglichkeiten. Daher werden wir uns mit solchen, wenn sie von den Einwohner*innen hervorgebracht werden, aktiv auseinandersetzen.

Partizipation aller Einwohner*innen stärken

Im Sinne einer inklusiven Stadtentwicklung werden wir die Beteiligungsmöglichkeiten aller Menschen in Münster nachhaltig ausweiten. Insbesondere junge Menschen sollen wirksamer beteiligt werden. Dafür werden wir ein Gesamtkonzept entwickeln, das die bestehenden Strukturen – Jugendrat, Stadtjugendring und Schüler*innenvertretungen – verknüpft, stärkt und ergänzt (Verweis Kapitel Jugend).

Um Anliegen unkompliziert einzubringen, bieten wir regelmäßige, digitale Sprechstunden für Bürger*innen mit Ratsmitgliedern und Bezirksbürgermeister*innen an. Bei der Quartiersentwicklung sollen alle sozialen Gruppen wirksam in Planungsprozesse einbezogen werden. Zudem setzen wir uns auf Landesebene für ein inklusives kommunales Wahlrecht in NRW ein, damit auch Ausländer*innen aus Nicht-EU-Staaten nach drei Jahren Lebensmittelpunkt in Münster wählen dürfen.

Gegen Rassismus, soziale Ausgrenzung und Rechts – für Demokratie und Solidarität!

Münster ist eine vielfältige Stadtgesellschaft, geprägt von Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte. Ehrenamt und zivilgesellschaftliches Engagement sind zentrale Säulen für eine inklusive Stadt. Viele zivilgesellschaftliche und antifaschistische Gruppen sorgen dafür, dass extrem rechte Parteien wie die AfD in Münster wenig Einfluss haben – und das soll so bleiben. Wir GRÜNE verstehen uns als Teil dieser Bewegung und engagieren uns in Bündnissen wie „Keinen Meter den Nazis“, um Vertreter*innen der AfD und anderer extrem rechter Kräfte aus Rat und Bezirksvertretungen fernzuhalten. Wir unterstützen Initiativen wie „Schule ohne Rassismus“ und setzen uns für eine inklusive Gesellschaft ein, in der alle Menschen sich wirksam einbringen können. Diskriminierung bekämpfen wir proaktiv und stärken die Zivilgesellschaft. Wir wissen: Auch in Münster gibt es Alltagsrassismus, Hakenkreuzschmierereien und Ausgrenzung. Wir stellen uns dem entgegen und unterstützen Betroffene – ob Menschen mit Migrationsgeschichte, queere Menschen, Klimaaktivist*innen oder andere. Münster bleibt bunt und vielfältig. (Verweis Kapitel Rassismus)

Für eine zeitgemäße Erinnerungskultur

124 Institutionen wie das Stadtarchiv, das Stadtmuseum und ganz besonders die Villa
125 ten Hompel, deren Einrichtung als wichtiger Gedenk- und Lernort wir GRÜNE in den
126 90er Jahren ermöglicht haben, leisten heute eine entscheidende Rolle in der
127 Erinnerungs- und Aufklärungsarbeit. Wir setzen uns für eine zeitgemäße
128 Erinnerungskultur ein, die den Dialog und die Mitgestaltung fördert und
129 aufzeigt, wie vielfältig, lebendig und lebensnah historische
130 Auseinandersetzungen sein können. (Verweis Kapitel Kultur)

Antrag

Initiator*innen:

Titel: Sicherheit

Antragstext

1 Sicherheit

2 Wer GRÜN wählt, stimmt für ...

- 3 • eine Stadt, in der sich alle Menschen sicher fühlen, frei bewegen können und
- 4 vor rassistischen oder queerfeindlichen Angriffen geschützt sind.
- 5 • einladende öffentliche Räume – sauber und sicher, offen für Kreativität und
- 6 Vielfalt.
- 7 • zukunftsfähige Ordnungsdienste, Feuerwehren und Rettungsdienste mit einem
- 8 starken Ehrenamt.
- 9 • eine klimaresiliente Stadt und vorausschauenden Zivil- und Katastrophenschutz.

10 Nur eine sichere Stadt ist eine lebenswerte Stadt. Das gilt für den öffentlichen
11 Raum genauso wie bei Events und Veranstaltungen oder im eigenen Zuhause. Denn
12 nur dort, wo Menschen sich sicher fühlen, haben sie die Möglichkeit, sich frei
13 zu bewegen, ihr Leben zu gestalten und sich zu engagieren. So wächst eine starke
14 lokale Demokratie.

15 Wir GRÜNE engagieren uns in zahlreichen Politikfeldern für mehr Sicherheit in
16 der Stadt: in der Verkehrspolitik, der Stadtplanung, der Klimapolitik, der
17 Sozialpolitik oder der Gleichstellungspolitik. Denn Sicherheit ist viel mehr als
18 „Recht und Ordnung“.

19 Zivilgesellschaftliches Engagement und eine starke Bürger*innenschaft gehen Hand
20 in Hand mit dem Schutz durch Polizei und Ordnungskräfte. Nur ein starkes
21 Gemeinwesen ist resilient gegen Belastungen oder Angriffe.

Erfolge der letzten Ratsperiode

- Wir haben die Stelle der Nachtbürgermeister*innen geschaffen. Das Team holt Akteur*innen zusammen, trägt dazu bei, Konflikte zu entschärfen, entwickelt innovative Konzepte und sorgt für eine gute Kommunikation rund um die Feier- und Nachtkultur in Münster.
- Wir haben den kommunalen Ordnungsdienst personell verstärkt und zugleich beauftragt, insbesondere im Bahnhofsumfeld eng mit dem Quartiersmanagement und den sozialen Diensten zu kooperieren.
- Wir stärken die Verkehrssicherheit durch Investitionen in die Geschwindigkeitsüberwachung, durch die weitere Ausweisung von Tempo-30-Zonen und die Umverteilung des Straßenraums zugunsten von Fuß-, Rad- und Busverkehr.
- Wir investieren in den Klimaschutz und stärken die Klimaresilienz unserer Stadt.
- Wir haben die kommunale Umsetzung der Istanbul-Konvention gegen Gewalt an Frauen auf den Weg gebracht.
- Mit Gebühren für die Anbieter von E-Scootern und Parkzonen in der Innenstadt haben wir konsequente Schritte für mehr Ordnung beim Abstellen der Roller eingeleitet.
- Wir haben den Brandschutzbedarfsplan beschlossen und stärken mit zusätzlichen Stellen Feuerwehr und Rettungsdienst.

Sicherheit im öffentlichen Raum

Das Sicherheitsempfinden im öffentlichen Raum hängt von vielen Faktoren ab: von der Verkehrssituation, davon, wie belebt eine Gegend ist, wie sauber oder wie gut beleuchtet Plätze und Wege sind. Wir wollen, dass Kinder zu Fuß oder per Rad im Straßenverkehr sicher sind – dafür brauchen sie Platz und gute Sicht (Verweis Kapitel Verkehr). Wir wollen, dass die Menschen in der Altstadt sich auf der Straße sicher fühlen und bewegen können. Wir wollen, dass es keine Angsträume gibt.

Wir werden uns weiter dafür engagieren, dass unsere Stadt einen aufgeräumten und gepflegten Eindruck macht und dass die Bewohner*innen Lust haben, sich daran zu

beteiligen.

Die Aufgaben des Kommunalen Ordnungsdienstes nehmen kontinuierlich zu. Wir werden hier in einen konstruktiven Dialogprozess einsteigen, um Anforderungen und Ausstattung in ein gutes Verhältnis zu bringen. Dazu gehört auch eine gute und abgestimmte Zusammenarbeit mit der Polizei als Landesbehörde.

Menschen vor Angriffen schützen

Rassistische, queerfeindliche oder sexistische Angriffe finden auch in Münster statt. Unsere Stadt ist solidarisch mit von Hass und Hetze betroffenen Menschen. Wir wollen, dass alle Menschen sich im öffentlichen Raum frei bewegen können und vor Angriffen sicher sind. Wir stärken die Sichtbarkeit von queeren Menschen und damit die Akzeptanz für vielfältiges Leben. Wir fördern mit Projekten und Initiativen eine Willkommenskultur in unserer Stadt, und wir investieren in den Gewaltschutz (Verweis Kapitel Gleichstellung).

Veranstaltungen sicher und bezahlbar

Die Anforderungen an die Sicherheit bei Veranstaltungen im öffentlichen Raum steigen stetig. Das betrifft Großveranstaltungen wie Weihnachtsmärkte oder den Send, aber auch kleinere Stadtteilstefte von Initiativen oder Vereinen. Wir werden diese weiterhin darin unterstützen, dass sie sich die erforderlichen Schutzmaßnahmen leisten können. Wo kommunale Ordnungskräfte und private Sicherheitsdienste zusammenarbeiten, werden wir auf eine hohe Qualität dieser Leistungen achten.

Nachtbürgermeister*innen für sichere Nachtkultur

Seit 2022 gibt es in Münster Nachtbürgermeister*innen. Sie leisten eine wichtige Arbeit zur Vernetzung der Akteur*innen der Nachtkultur, sie sind als Vermittler*innen in Konfliktfällen gefragt, entwickeln Konzepte und begleiten Projekte für mehr Sicherheit im Nachtleben. Damit Menschen jedes Geschlechts sicher feiern können, unterstützen wir die entsprechenden Initiativen der Nachtbürgermeister*innen.

Wir werden die Funktion der Nachtbürgermeister*innen erhalten und uns dafür einsetzen, dass mehr Menschen in Münster von diesem Angebot wissen.

Das Bahnhofsumfeld kooperativ sichern

Viele Menschen fühlen sich im Bahnhofsumfeld nicht sicher. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass soziale, ordnungsrechtliche, hygienische und stadtplanerische Maßnahmen immer Hand in Hand gehen und aufeinander abgestimmt

sind. Wir werden die Szene nicht aus dem Bahnhofsumfeld verdrängen. Die Herausforderungen durch die sich verändernde Drogenszene steigen und verlangen neue Antworten. Wir bemühen uns weiter um eine räumliche Lösung für das Drogenhilfezentrum Indro. Wir befürworten eine gemeinsame Wache von Polizei und Ordnungsamt sowie gemeinsame Streifen am Hauptbahnhof.

Weniger Müll im öffentlichen Raum

Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum haben viel mit Sauberkeit zu tun – in der Innenstadt ebenso wie in den Stadtteilen.

Wir werden das große Problem der besitzlosen und Schrott-Fahrräder im Stadtraum konsequent angehen – auch damit in vorhandenen Fahrradständen wieder Platz ist.

Auch illegales Ablegen von Müll werden wir konsequent verfolgen. Der Mängelmelder der Stadt muss bedienungsfreundlicher werden, damit wilde Müllablagerungen schnell und unkompliziert an die Abfallwirtschaftsbetriebe gemeldet werden können.

Rettungsdienst und Feuerwehr zukunftsfähig

Unsere Feuerwehren und Rettungsdienste sind zentrale Säulen der öffentlichen Sicherheit. Um ihre Arbeit effizienter, sicherer und attraktiver zu gestalten, setzen wir auf moderne Technologien, eine gezielte Nachwuchsförderung und eine stärkere gesellschaftliche Einbindung. Neben der Berufsfeuerwehr leisten die Ehrenamtlichen der Freiwilligen Feuerwehren hier einen unverzichtbaren Beitrag.

Moderne Technik für effiziente und sichere Einsätze

Wir setzen uns dafür ein, die technologische Ausstattung von Feuerwehr und Rettungsdiensten stetig weiterzuentwickeln und greifen hierbei auch auf Erfahrungen aus anderen Städten und Gemeinden zurück. Wir setzen uns für einen besseren Schutz und die konsequente Unterstützung von Rettungs- und Einsatzkräften ein. An Silvester werden wir die Sicherheitszonen mit Verbot von privatem Feuerwerk in der Innenstadt soweit wie rechtlich möglich ausweiten, um Menschen und insbesondere Einsatzkräfte zu schützen. Im Gegenzug soll es professionell betreute Bürgerfeuerwerke geben, die ein sicheres Neujahrsspektakel ermöglichen.

Vielfalt in Feuerwehr und Rettungsdienst stärken

Wir wollen, dass sich die Vielfalt in unserer Gesellschaft auch in den Reihen

der Rettungskräfte widerspiegelt. Vielfältige Teams sind überall erfolgreicher. Insbesondere im unmittelbaren Kontakt mit Menschen in Not sind diverse Kompetenzen von enormer Bedeutung. Frauen, Menschen mit Migrationsgeschichte und LSBTIQ*-Personen sind in Feuerwehr und Rettungsdienst unterrepräsentiert. Mit gezielten Kampagnen wollen wir mehr Menschen erreichen.

Feuerwehrhäuser als offene Orte

Feuerwachen sollen nicht nur Arbeitsorte, sie können auch Orte der Begegnung sein. Mit offenen Veranstaltungen, Infoabenden und Projekten mit lokalen Vereinen kann das Interesse an der Arbeit der Feuerwehren gesteigert werden. Wir setzen uns für direkte Kooperationen mit migrantischen Selbstorganisationen ein, damit Berührungängste abgebaut und neue Mitglieder für die Feuerwehren gewonnen werden können.

Nachwuchs und Ehrenamtliche gewinnen und ausbilden

Jugendfeuerwehren und Erste-Hilfe-Kurse in Schulen schaffen ein Bewusstsein für die wichtige Arbeit der Einsatzkräfte und wecken frühzeitig Interesse. Wir werben dafür, dass der Einstieg in Feuerwehr und Rettungsdienst als zukunftssichere Berufsperspektive sichtbar gemacht wird. Schnuppertage und Praktikumsangebote können helfen, neue Ehrenamtliche zu gewinnen.

Zivil- und Katastrophenschutz

Durch den Klimawandel werden Unwetter wie Starkregen immer wahrscheinlicher. Wir werden dafür sorgen, dass Münster hier gut vorbereitet ist. Hierzu gehören sowohl Katastrophen- als auch Zivilschutz. (Verweis Kapitel Umwelt)

Effektive Strukturen

Wir wollen flächendeckend für eine gute Selbsthilfefähigkeit sensibilisieren. Daneben gilt es, weiter an der Verbesserung der Warninfrastruktur zu arbeiten, damit im Katastrophenfall alle Menschen schnell gewarnt sind.

Die Stadt als untere Katastrophenschutzbehörde ist maßgeblich dafür verantwortlich, die Menschen in Münster im Fall von Extremwetterereignissen und anderer Katastrophen zu schützen. Damit im Ernstfall alles reibungslos funktioniert, brauchen wir im Rahmen des Katastrophenschutzbedarfsplans eine vollumfängliche Risikoanalyse, die nicht nur Münster, sondern auch die Kreise im Münsterland und Strukturen in ganz NRW im Blick hat. Wir setzen uns dafür ein,

151 dass die wesentlichen Stellen in der Stadtverwaltung krisenresilient aufgestellt
152 sind.

153 **Gemeinsam stark**

154 Neben einer effektiven Infrastruktur für Bevölkerungsschutz in der Verwaltung
155 und der Berufsfeuerwehr baut die Bewältigung von Katastrophen vorwiegend auf
156 freiwillige Helfer*innen auf. Dieses Ehrenamt ist das Rückgrat für gelingenden
157 Katastrophenschutz in Münster.

158 Damit Abläufe zuverlässig funktionieren und wir unser Katastrophenmanagement
159 regelmäßig verbessern, planen wir gemeinsame Übungen mit professionellen und
160 ehrenamtlichen Kräften. Die Expertise aus den Hilfsorganisationen in Münster und
161 dem Umland nutzen wir, um alle Aspekte des Katastrophenschutzes in den Blick zu
162 nehmen.

Antrag

Initiator*innen:

Titel: Digitalisierung und Verwaltung

Antragstext

Digitalisierung und Verwaltung

Wer GRÜN wählt, stimmt für ...

- eine Verwaltung, die aktiv unterstützt, statt passiv zu verwalten.
- eine moderne, digitale Verwaltung, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert.
- schnelle, unkomplizierte Hilfe statt bürokratischer Hürden.
- analoge Alternativen für diejenigen, die digitale Angebote nicht nutzen können.
- eine unabhängige, sichere und nachhaltige IT-Landschaft, die Open-Source-Produkte priorisiert.
- digitales Ehrenamt, Open Data, eine transparente Stadtverwaltung und vereinfachte Wege der Partizipation für alle Einwohner*innen.

Bürger*innen erleben die Stadtverwaltung aus ganz unterschiedlichen Perspektiven – sie stellen bei der Stadt Anträge, sie besuchen städtische Angebote, sie nutzen städtische Gebäude, sie benötigen städtische Informationen, sie beziehen städtische Leistungen und vieles mehr. Dabei erwarten sie zu Recht zügig, zugewandt und nachvollziehbar unterstützt zu werden. Diesem Leitbild einer serviceorientierten Verwaltung wollen wir gerecht werden, mit einer umfassenden Modernisierung und Digitalisierung. Zum Beispiel mit der Münster-App und einem digitalen Assistenten. Zu einer modernen Verwaltung gehört auch eine selbstverständlich integrierte Partizipation aller Einwohner*innen. Bei der Digitalisierung achten wir auf Zukunftsfähigkeit und Zugänglichkeit.

Erfolge der letzten Ratsperiode

- Mit digitalen Bürgerservices können viele Anliegen jetzt online erledigt werden.
- Fast 90 Prozent der Haushalte haben Zugang zu schnellem Internet mit Geschwindigkeiten von mindestens 1.000 MBit/s im Downstream. Das 5G-Mobilfunknetz ist flächendeckend verfügbar.
- Die Stadt hat ihre Fachkräftegewinnung deutlich verbessert und ihre Arbeitgeberattraktivität erhöht.

Verwaltung

Die Verwaltung der Zukunft: menschlich, offen, digital

Für uns GRÜNE ist klar: Die Verwaltung soll den Menschen dienen. Sie muss einfach erreichbar und hilfreich sein. Digitalisierung ist dafür ein wichtiges Werkzeug, aber kein Allheilmittel.

Digitale Angebote, Prozessautomatisierung und Künstliche Intelligenz (KI) entlasten die Mitarbeitenden und schaffen Zeit für persönliche Beratung. Der demografische Wandel bedeutet: In den kommenden Jahren wird die Stadt weniger Personal gewinnen können. Deshalb sind Digitalisierung und stringente Prozesse für uns zentral. Sie helfen, trotz sinkender Personalkapazitäten eine bürgernahe und leistungsfähige Verwaltung zu sichern.

Wir setzen auch auf verständliche Sprache, klare Zuständigkeiten und Empathie. Städtische Angebote sollen für alle zugänglich sein – barrierefrei, digital und auch analog (zum Beispiel beim Zugang zu Gebäuden). Außerdem sollen sie mehrsprachig sein. Wir vereinfachen Formulare soweit möglich, und setzen uns für Übersetzungen in gängige Sprachen ein.

Verwaltung ist mehr als Technik. Wir denken sie neu – für eine Stadt, die besser funktioniert.

Eine App für Münster: Kommunikation auf Augenhöhe

Wir wollen die Art und Weise verändern, wie Einwohner*innen und die Stadtverwaltung miteinander kommunizieren. Unser Ziel ist besserer Service und Kommunikation auf Augenhöhe.

Ein digitaler Assistent oder Chatbot kann je nach Lebenssituation passende Lösungen anbieten – rund um die Uhr. Wenn der Bot nicht weiterweiß, soll direktes Chatten mit der Verwaltung möglich sein. Auch als Feedback-Tool kann der Chatbot genutzt werden, um den Mängelmelder zu ergänzen und Probleme schneller zu lösen.

Eine Münster-App, in der wir alle städtischen Angebote zusammenfassen, ist dabei unser Ziel. Sie bietet einen sicheren Zugang zu allen städtischen Services: von der Anmeldung über Anträge bis zu aktuellen Informationen. Bei Diensten, für die Einwohner*innen sich authentifizieren müssen, soll eine einmalige Anmeldung ausreichen, sodass man sich nicht bei jedem Kontakt mit der Verwaltung neu ausweisen muss.

Prozessautomatisierung sinnvoll nutzen

Damit Anliegen von Einwohner*innen schnell bearbeitet werden, wollen wir Prozesse standardisieren und möglichst automatisieren. Auch hier sollen alle relevanten Informationen möglichst nur einmal abgefragt werden. Anträge sollen direkt auf Vollständigkeit geprüft und fehlende Informationen automatisch angefragt werden. Entscheidungen sollen mit KI vorbereitet werden. Begünstigende Entscheidungen wollen wir, soweit gesetzlich zulässig, auch vollständig automatisieren. So bleibt mehr Zeit für wichtige individuelle Anliegen. Datenschutz, Transparenz, Verständlichkeit und Diskriminierungsfreiheit haben dabei für uns Priorität.

Flexibel arbeiten – gemeinsam gestalten mit moderner Führungskultur

Eine moderne Verwaltung benötigt moderne Arbeitsformen. Wir wollen, dass sich mehrere Mitarbeitende einen Arbeitsplatz teilen mit einer Desksharingquote von 70 %, also sieben Schreibtischen für zehn Personen. Dafür schaffen wir die Voraussetzungen und sorgen insbesondere dafür, dass alle Mitarbeiter*innen mobil arbeiten können.

Uns ist wichtig, dass Fachämter besser zusammen und nicht nebeneinander arbeiten. Damit das gelingt, braucht es gute Führung, klare Strukturen und regelmäßige Weiterbildung für alle. Aufgaben sollen an die zuständigen Mitarbeitenden delegiert werden. Eine positive Fehlerkultur soll die Übernahme von Verantwortung ermöglichen und Entscheidungsfreude und Risikobereitschaft fördern.

Mitarbeitende und Führungskräfte sollen sich der Diversität in der Stadt bewusst sein. Die Verwaltung soll diese Diversität widerspiegeln. Deshalb setzen wir uns

dafür ein, dass alle die nötigen Kompetenzen für einen diversitätssensiblen Umgang innerhalb der Verwaltung und im Kund*innenkontakt erhalten.

Wirkungs- und serviceorientiert

Wir setzen uns für eine wirkungsorientierte Steuerung ein. Maßnahmen sollen klar begründet, Ziele messbar formuliert und Erfolge transparent nachvollziehbar sein. Dann können Einwohner*innen sehen, was mit öffentlichen Mitteln erreicht wird, ob beim Klimaschutz, in der Bildung oder im sozialen Bereich. In Münster könnte dies zum Beispiel durch ein digitales Wirkungsdashboard geschehen, das zeigt, wie sich Investitionen in die energetische Sanierung von Schulen auf den Energieverbrauch auswirken oder wie viele Menschen durch ein neues Beratungsangebot tatsächlich erreicht werden. Auf dem Weg dahin entwickeln wir die Stadtverwaltung so weiter, dass Serviceversprechen möglich sind: Anträge sollen in angemessener Frist bearbeitet werden und Reaktionen auf Anfragen messbar schnell erfolgen. Bürger*innen haben möglichst nur eine Ansprechstelle, auch wenn mehrere Ämter an einer Sache beteiligt sind. Zuständigkeiten werden verwaltungsintern geklärt und die Klärung nicht in die Verantwortung der Bürger*innen gelegt.

Digitalisierung

Stadt für Alle – digital wie analog

Wir GRÜNE werden digitale Angebote für alle Menschen zugänglich machen – unabhängig insbesondere von Alter, Einkommen, Sprache, Geschlecht oder körperlichen Einschränkungen und Lernschwierigkeiten. Deshalb setzen wir auf barrierefreie Webseiten und Apps, die leicht verständlich und für alle nutzbar sind. Die Stadt wird bis Mitte 2026 eine Übersicht über die Barrierefreiheit ihrer Angebote und Webseiten vorlegen, auf deren Basis die nächsten Schritte geplant werden können. Denn durch digitale Angebote sollen Barrieren abgebaut und nicht neue geschaffen werden. Gleichzeitig möchten wir den digitalen Graben abbauen, indem wir Menschen gezielt unterstützen, die weniger Erfahrung mit oder keinen Zugang zu digitalen Technologien haben. Dafür sollen kostenfreie und geschützte Möglichkeiten der Endgeräte-Nutzung zum Beispiel in den Stadt(teil)bibliotheken und der Volkshochschule. Auch die Bereitstellung von Geräten über die Schulen, beziehungsweise die Möglichkeit zur Ausleihe von technischen Geräten in der Mitmachbar (der Bibliothek der Dinge) in der Stadtbibliothek bleibt erhalten. Trotz aller digitaler Möglichkeiten bleiben analoge Beratungsangebote und Bürgerämter in den Stadtteilen erhalten, denn nicht jede*r kann oder will alles online erledigen.

Digitale Medienkompetenz

Damit alle Einwohner*innen digitale Angebote sicher und selbstbewusst nutzen können, setzen wir auf den Ausbau der digitalen Medienkompetenz. In Zusammenarbeit mit der Volkshochschule, den Stadt(teil)bibliotheken und ehrenamtlichen Initiativen möchten wir praxisnahe Kurse unterstützen, in denen Menschen jeden Alters kostenfrei den Umgang mit digitalen Medien lernen. Um die Bedarfe älterer Menschen in Münster sinnvoll abzudecken, beziehen wir Wohlfahrtsverbände und Senior*innenvertretungen mit in die Planungen ein. Für junge Menschen und Schüler*innen soll das Digitallabor bestehen bleiben. Niemand soll aufgrund mangelnder Kenntnisse von digitalen Behördengängen, Einwohner*innenbeteiligung oder anderen Online-Services ausgeschlossen werden.

Digitale Unabhängigkeit & digitale Sicherheit

Wir bauen die digitale Infrastruktur möglichst unabhängig von internationalen Konzernen auf. Das erreichen wir, indem wir konsequent auf Open-Source und europäische Anbieter setzen. Damit hierbei keine Insellösungen entstehen, steht Vernetzung mit anderen Kommunen im Fokus. Dort, wo wir uns in eine Abhängigkeit begeben müssen, planen wir von vorneherein eine Exit-Strategie ein.

Wir machen unsere digitale Infrastruktur robust und sicher. Denn die vergangenen Jahre zeigen, dass auch Kommunen immer häufiger zum Ziel von Hacking-Angriffen werden. Wenn dann über Wochen Verwaltungsleistungen nicht zur Verfügung stehen, sind Einwohner*innen direkt betroffen. Damit ehrenamtliche Sicherheitsforscher*innen Sicherheitslücken an die Stadt melden können, ohne Angst vor Repression haben zu müssen, werden wir gemeinsam mit dem städtischen IT-Dienstleister eine Responsible Disclosure Policy einführen. Auch weitere Möglichkeiten, die städtische IT-Sicherheit zu erhöhen, wie Bug-Bounty-Programme, wollen wir evaluieren.

Für uns sind Datenschutz und Innovation kein Widerspruch. Wir setzen bei städtischen Angeboten konsequent auf datensparsame Lösungen. Beim Einsatz von KI bevorzugen wir Softwarelösungen, die entweder von uns als Stadt selbst oder von einem europäischen Dienstleister betrieben werden. Bis zum Ende der Wahlperiode sollen alle städtischen Websites so datenschutzfreundlich sein, dass Cookie-Banner der Vergangenheit angehören.

Open-Data & digitales Ehrenamt

Wir GRÜNE machen Open-Data zum Grundprinzip einer digitalisierten Verwaltung. Das Open-Data-Portal behalten wir bei. Bis zum Ende der Wahlperiode überprüfen

wir, welche Fachverfahren dort weitere Daten einspeisen und für die Gesellschaft verfügbar machen können.

Wir GRÜNE fördern digitales Ehrenamt. Dafür behalten wir die digifarm.ms als erste Anlaufstelle für digitale Ehrenamtler*innen bei. Lokale Initiativen wie Code for Münster oder Veranstaltungen wie Münster Hackt unterstützen wir. Hacker- und Makerspaces vor Ort wollen wir erhalten.

Internet. Schnell und für Alle.

Wir machen das Internet in Münster schnell. Dazu sorgen wir gemeinsam mit Land, Bund und den Stadtwerken Münster dafür, dass bis 2029 Glasfaser in jedem Haus in Münster verfügbar ist. Das ist insbesondere auch energiesparender als herkömmliche Internetanschlüsse. An öffentlichen Orten wie dem Domplatz, in Bussen oder den Stadtteilzentren sorgen wir für kostenloses W-LAN. Den ehrenamtlichen Betrieb öffentlicher W-LAN-Netze fördern wir weiterhin.

Digitalisierung. Nachhaltig.

Wir setzen auf nachhaltige IT-Lösungen, um Ressourcen zu schonen und langfristig Kosten zu senken. Wir bevorzugen langlebige, reparierbare und energieeffiziente Hardware, die idealerweise aus recycelten oder fair produzierten Materialien besteht. Zudem fördern wir die Weiternutzung und Aufarbeitung gebrauchter Geräte (zum Beispiel in Repair-Cafés), anstatt sie frühzeitig zu entsorgen. Rechenzentren sollen möglichst energieeffizient sein und Cloud-Dienste sollten ökologisch nachhaltigen Kriterien entsprechen. So reduzieren wir den CO₂-Fußabdruck der kommunalen IT. Unser Ziel ist eine digitale Infrastruktur, die ökologisch verträglich, sozial gerecht und wirtschaftlich nachhaltig ist. Beim Einsatz von KI konzentrieren wir uns auf kleine, spezialisierte Modelle, anstelle der sehr großen Modelle, die viel Energie und weitere Ressourcen verbrauchen.

Digitale Zahlungsabwicklung.

Egal, ob Schwimmbad, Fahrradparkhaus oder neuer Personalausweis: Wir wollen, dass alle städtischen Leistungen auch bargeldlos, zum Beispiel mit Giro- und Kreditkarte oder per SEPA-Überweisung, bezahlt werden können.

Wirksame Einwohner*innenbeteiligung

Wir GRÜNE setzen auf Beteiligungsverfahren, die mehr und andere Menschen in

Münster erreichen als bisher. Denn in bisherigen Beteiligungsverfahren bringen sich häufig diejenigen ein, die bereits wissen, wann, wo und wie Beteiligung passiert. Wir wollen, dass alle Menschen sich aktiv einbringen können, ihre Stadt gemeinschaftlich mitzugestalten. Beteiligung gestalten wir quartiersorientiert, themen- und gruppengerecht. Denn wo Menschen in ihrer Nachbarschaft oder für ihr Viertel aktiv werden, dort werden Grundsteine für eine starke lokale Demokratie gelegt. Die Weiterentwicklung von „Meine Stadt Transparent“, der Plattform Beteiligung NRW mit einem gut zugänglichen Ratsinformationssystem wird von uns unterstützt.

Stabsstelle Partizipation

Wir richten eine zentrale Stabsstelle für Partizipation ein, die in Planungs- und Entscheidungsprozesse eingebunden ist und vom städtischen Partizipationsbeauftragten geleitet wird. Sie verantwortet die Leitlinien, die in Abstimmung mit den politischen Gremien konkreter als die bisherigen Leitorientierungen gefasst werden, unterstützt in verschiedenen Verfahren kompetent und stellt Synergien zwischen verschiedenen Beteiligungsverfahren her. Eine Erfolgskontrolle der Umsetzung von Ergebnissen und deren Kommunikation wird sichergestellt. Die Stabsstelle verfügt über ein eigenes Budget.

Digitale Partizipation stärken

Das Portal "Beteiligung NRW" ist eine wichtige Anlaufstelle für digitale Partizipation in Münster. Einwohner*innen können hier an Umfragen und Beteiligungsverfahren teilnehmen, werden über Veranstaltungen und Verfahren informiert und können Ereignisse oder Orte von öffentlichem Interesse melden.

Die Plattform soll so weiterentwickelt werden, dass dort kommunalpolitische Entscheidungen sichtbar werden und sie barrierefrei nutzbar ist.

Wir stellen sicher, dass alle Beteiligungsverfahren digital und mehrsprachig, inklusive einfacher Sprache, unterstützt werden. Wir befürworten den Einsatz von Open-Source-Anwendungen zur Online-Beteiligung in formalen und informellen Verfahren in Münster.

Schulung von Verwaltung und Politik

Damit die vielfältigen Beteiligungsmöglichkeiten von Verantwortlichen gezielt genutzt werden können, werden Mitarbeitende der Verwaltung und Politiker*innen regelmäßig zu Beteiligungsverfahren geschult und dadurch empowert.

Antrag

Initiator*innen:

Titel: Finanzen

Antragstext

Finanzen

Wer GRÜN wählt, stimmt für ...

- weiterhin solide städtische Finanzen.
- konsequente Investitionen in Münsters Zukunft.
- strategische Ausrichtung des städtischen Haushalts auf Münsters Ziele.
- weniger Bürokratie und mehr Nachhaltigkeit bei Vergaben.
- eine Politik an der Seite der städtischen Unternehmen bei der Transformation in die Zukunft.

Stabile Finanzen sind die Grundlage wirkungsvollen städtischen Handelns. Wir GRÜNE stehen für die Balance aus Solidität und Zukunftsfähigkeit. Wir haben den Haushalt in den letzten Jahren stabil gehalten, Münster vor der Haushaltssicherung bewahrt und konnten gleichwohl gestalten. Diesen Weg müssen wir weitergehen. Gleichzeitig ist es entscheidend, genug in Münsters Zukunft zu investieren. Dafür sind auch ausreichend Mittel von Bund und Land nötig. Wir erwarten, dass die zusätzlichen finanziellen Spielräume auf Landes- und Bundesebene zugunsten der Kommunen genutzt werden.

Erfolge der letzten Ratsperiode

- Münsters Finanzen stehen stabil da. Fünf Haushalte ohne Haushaltssicherung trotz aller Krisen und eines nie dagewesenen Finanzdefizits der Kommunen in Deutschland zeigen, dass GRÜNE Münsters Finanzen trotz der schwierigen

Lage im Griff haben.

- Bei der Grundsteuer haben wir Mehrbelastungen für das Wohnen vermieden und mit differenzierten Hebesätzen Mieter*innen durchschnittlich sogar entlastet.
- Wir haben Nachhaltigkeit in den städtischen Finanzen konsequent gestärkt: Münsters erste zwei Green Bonds kamen auf den Markt, die städtischen Anlagen sind konsequent auf Nachhaltigkeit ausgerichtet und die städtischen Beteiligungen werden eine Nachhaltigkeitsberichterstattung einführen.

Nachhaltige Finanzen

Sowohl bei den städtischen Anlagen als auch in der Kapitalbeschaffung der Stadt legen wir Wert auf Nachhaltigkeit. Münster investiert bereits konsequent nach nachhaltigen Finanzierungsrichtlinien und hat zweimal erfolgreich Green Bonds – Grüne Schuldscheine – mit einem Gesamtvolumen von 310 Millionen Euro für institutionelle Investor*innen aufgelegt. Die hohe Nachfrage zeigt das Vertrauen der Investierenden in Münsters Finanzpolitik. So hat die Stadt Münster einen nachhaltigen Finanzkreislauf aufgebaut, den wir in Zukunft weiter ausbauen wollen. Zum Beispiel möchten wir mit einer neuen Zukunftsanleihe auch Bürger*innen aus Münster die Möglichkeit geben, direkt in nachhaltige Projekte und soziale Infrastruktur zu investieren.

Ein nachhaltiges Finanzmanagement bedeutet auch einen ressourcenschonenden Umgang mit der städtischen Infrastruktur. Wir setzen uns für eine vorausschauende Sanierungsstrategie ein, die städtische Gebäude energetisch modernisiert und ihre Lebensdauer verlängert. Digitale Flächenmanagement-Systeme können helfen, Räume effizienter zu nutzen und eine gemeinschaftliche Nutzung öffentlicher Gebäude zu erleichtern.

Stabile Finanzen und Steuern

Inflation, Zinswende, Tarif- und Energiekostensteigerungen verursacht durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine wirken seit 2022 ungebremsst auch auf unseren kommunalen Haushalt und führen zu erheblichen Mehrausgaben. Mehr als in den vergangenen Jahren sind die Kosten für Pflichtaufgaben, namentlich die Sozialtransfers und Leistungen für Kinder, Jugend und Familie, massiv gestiegen. Es ist uns gelungen, diesen Belastungen zu begegnen, ohne Gewerbe- und Grundsteuer anzuheben. Bei der Grundsteuer konnten wir Mieter*innen sogar entlasten.

Um die städtischen Finanzen in der Balance halten zu können, verstärken wir den bereits initiierten Fokus auf die städtischen Ziele. Anhand derer sind politische Beschlüsse und Verwaltungshandeln konsequent zu priorisieren. Eine effizienter agierende Verwaltung muss auch Ausgaben senken.

Für uns GRÜNE folgen stabile Finanzen keinem Selbstzweck, sondern sind die tragfähige Basis für eine nachhaltige und selbstbestimmte Daseinsvorsorge in unserer Stadt. Wir stellen daher die Weichen, um einen Ausgleich zwischen laufenden Einnahmen und Ausgaben zu schaffen. Um weiterhin Steuererhöhungen zu vermeiden, braucht es neben unserem Fokus auf die Ausgabenseite eine angemessene Finanzierung der Pflichtaufgaben durch Bund und Land.

Wir investieren auch in Zukunft in unsere Infrastruktur, um unser demokratisches Gemeinwesen zukunftsfähig zu sichern. Die Stadtgesellschaft muss sich auf eine funktionierende Infrastruktur aus Schulen, Radwegen, Straßen, Kitas, Sporthallen, Abwasserkanälen und vielem mehr verlassen können. Darüber hinaus muss Münster die Transformation zur Klimaneutralität finanzieren.

Städtische Finanzen strategisch ausrichten

In den vergangenen Jahren haben wir einen Neustart der städtischen Finanzsteuerung angestoßen. Die städtischen Finanzen müssen den durch den Rat beschlossenen Zielen der Stadt dienen: Klimaneutralität, Mobilität, Wohnen, dem Abbau von Armut und Diskriminierung sowie einer starken Wirtschaft. In den nächsten fünf Jahren müssen diese Ziele nun in konkrete Vorgaben für die einzelnen Bereiche der Verwaltung umgesetzt werden. Dabei muss auch die städtische FinanzFAIRteilung, das so genannte Gender Budgeting, neu justiert werden. Dies war in der Vergangenheit wie alle Kennzahlen ein zahnloser Tiger. Doch als Teil des Ziels Abbau von Diskriminierung müssen geschlechtsspezifische Zielkennzahlen dort definiert werden, wo insbesondere Frauen besonders benachteiligt sind.

Ein starker Stadtkonzern

Für die Bewältigung der aktuellen Herausforderungen braucht die Stadtverwaltung starke Partner. Deshalb sind die städtischen Unternehmen entscheidend für die Umsetzung der Transformation. Dies gilt insbesondere für die Energie- und Wärmewende, die Wohnungsversorgung, eine nachhaltige Stadtentwicklung sowie Wirtschafts- und Technologieförderung. Dabei werden wir die städtischen Beteiligungen effizient organisieren. Um das Nachhaltigkeitsmanagement der Unternehmen stetig zu verbessern, setzen wir auf systematische Auswertungen der Nachhaltigkeitsberichte und darauf aufbauende Maßnahmen. Aufsichtsgremien

sollten kompetent besetzt und angemessen dimensioniert sein. Wir werden prüfen, wo Aufsichtsräte zusammengelegt oder verkleinert werden können, damit die Kontrolle effektiv ausgeübt werden kann.

Öffentliche Vergaben

Die öffentlichen Vergaben der Stadt Münster sollen sowohl wirtschaftlich effizient als auch ökologisch und sozial nachhaltig sein. Dafür modernisieren wir die Vergabeprozesse, machen sie transparenter und zugänglicher und verankern Nachhaltigkeitskriterien.

Durch die verstärkte Bündelung fachlicher Zuständigkeiten in spezialisierten Kompetenzzentren und Vergabestellen lassen sich Verwaltungsaufwand reduzieren, Abläufe klarer gestalten und die Zusammenarbeit effizienter koordinieren. Durch vereinfachte Verfahren bauen wir bürokratische Hürden ab. Insbesondere kleinen und mittelständischen Unternehmen soll der Zugang zu öffentlichen Aufträgen leicht gemacht werden.

Preis darf nicht das alleinige Kriterium sein – soziale, ökologische und ethische Aspekte müssen konsequent mitgedacht werden. Wir verankern eine nachhaltige Vergabekultur in der gesamten Stadtverwaltung. Damit stärken wir faire Arbeitsbedingungen, den Einsatz klimafreundlicher Materialien und ressourcenschonende Produktionsweisen. Durch effiziente Prozesse stellen wir sicher, dass nachhaltige Vergabe kein zusätzlicher Aufwand, sondern ein echter Gewinn für Stadt, Wirtschaft und Umwelt ist.

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 02.05.2025)

Titel: Wahlkampfbudget

Antragstext

1 Die aufgrund der steigenden Mitgliederzahl erhöhten Einnahmen werden im Umfang
2 von **20.000 Euro** zusätzlich für den Kommunalwahlkampf bereitgestellt. Zudem
3 schieben wir **5.000 Euro** aus dem Posten „Fortbildungskosten Mitglieder“ in das
4 Wahlkampfbudget.

5 Die vorausgesagte Spendensumme wird um 50.000 auf **70.000 Euro** erhöht. Für den
6 wahrscheinlichen Fall einer OB-Stichwahl hat uns der Landesverband einen
7 Zuschuss von **25.000 Euro** in Aussicht gestellt. Das Budget für den Wahlkampf
8 erhöht sich demnach von 130.000 auf **230.000 Euro**.

9 Wird die vorausgesagte Spendensumme im Laufe des Wahlkampfes erkennbar nicht
10 erreicht, so werden die Wahlkampf-Ausgaben soweit reduziert, dass nicht mehr als
11 20.000 Euro zu Lasten des Jahresergebnisses gehen. Dazu wird das Budget im
12 Wahlkampf einem regelmäßigen Controlling unterzogen.

Begründung

Ein erfolgreicher Wahlkampf erfordert nicht nur ein großes ehrenamtliches Engagement, sondern verbraucht auch eine Menge finanzieller Mittel für zusätzliches Personal sowie Gestaltung und Herstellung von Werbematerial. Dem trägt der Kreisverband Rechnung, indem aus dem regulären Haushalt statt 110.000 Euro nun 135.000 Euro bereitgestellt werden.

Zwischen der Aufstellung des Haushaltsplans im Februar und Mitte April sind etwa 200 Neueintritte zu verzeichnen gewesen. Nach Abzug von entsprechend erhöhten Kosten – insbesondere die Abführung an Landes- und Bundesverband – verbleibt eine Mehreinnahme von 20.000 Euro bis zum Jahresende. Der

Mitgliederzuwachs hat sich inzwischen deutlich abgeschwächt, so dass darüber hinaus keine erheblichen Zusatzmittel mehr erwartet werden. Die genannten Fortbildungskosten fallen im Rahmen des Wahlkampfs an, deshalb werden sie so nun korrekt zugeordnet.

Weitere Mittel werden vom Landesverband bereitgestellt oder müssen durch Einwerbung von Spenden beschafft werden. Wir halten eine Spendensumme von über 50.000 Euro für erreichbar, so dass wir nur ein kleines Risiko eingehen, wenn wir diesen Mindestbetrag einplanen.

Das vom Kreisverband bereitgestellte Budget für den Wahlkampf – inklusive der Maßnahmen für die erwartete OB-Stichwahl – ist damit endgültig festgelegt und kann nur durch zusätzlich eingenommene Spendenmittel und Zuschüsse erhöht werden.